Nr. 142. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 22. Juni 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Vom offiziösen Preßsumpf.

Als es vor einiger Zeit hieß, der Geheime Kommissionsrath Pindter werde demnächst vom Schauplatze seiner langjährigen Thätigkeit abtreten, durchzitterte ein Freudenschauer die liberale Presse. Der altersschwache Liberalismus, der seit Jahrzehnten sich von Hoffnungen auf dereinstige Gunst der Obrigkeit nährt, schnupperte ein laues Frühlingslüftchen mit den laschen Nüstern, er sah mit dem Pindter schon die gesammte offiziöse Presse mit ihrer Korruption dahinschwinden. Man braucht kein Prophet zu sein, man braucht nur die deutsche Reichspolitik Caprivi's wie seines Vorgängers aufmerksamen Augs verfolgt zu haben, um zu wissen, daß aller dieser Hoffnungsnarren die nämliche Enttäuschung wartet, die sie schon so oft herunterschlucken mußten. Wer vom Abgange Pindter's die Abschaffung der offiziösen Presse oder auch nur ihre Sittenverbesserung erwartet, ist ebenso thöricht, als wer beim Eintritt Miquel's in das preußische Ministerium eine neue liberale Aera hereinbrechen sah. Der alte Pindter geht mit vollen Taschen, um in beschaulicher Ruhe den ehrenvollen Lebensabend eines Geheimen Kommissionsrathes zu genießen, und ein neuer Pindter kommt mit leeren Taschen, um durch geheime Kommissionsthätigkeit sich den gleichen Titel und das gleiche Recht auf den einträglichsten Platz an der offiziösen Futterkrippe zu verdienen.

Was ist denn überhaupt so ein Pindter? Wer diesen ehemaligen polnischen Insurgentenführer und späteren Profoß des preußisch-deutschen Patriotismus irgend welcher bemerkenswerthen literarischen Leistungen, und sei es auch nur der eines norddeutschen allgemeinen Rechtsverdrehers und Sinnverkehrers, für fähig hielte, würde den Mann überschätzen und seine Rolle verkennen. Das wäre ebenso fehlgeschossen, als wenn man einer anderen Zierde des offiziösen Preßsumpfes den christlich-germanisch angetünchten Galizier Schweinburg zutrauen würde, daß er mit seinen fetten Fingern einen richtigen deutschen Satz zusammenquälen könnte. Nicht als Literaten, sondern als Geschäftsmänner, als Korruptionskommissionäre, verdienen sich diese dickhäutigen Biedermänner ihr beträchtliches Einkommen.

Daß es den Lenkern des neuen Kurses persönlich lieb wäre, wenn sie sich der Berührung mit Pindter und Schweinburg enthalten könnten, glauben wir gern. Sie haben ja sogar einen Versuch gemacht, sich die Leute vom Halse zu halten, die der alte Reptilienvater einst in einem Anfluge der Selbsterkenntniß und Freundeserkenntniß charakterisirte mit den Worten: „Anständige Leute schreiben nicht für mich". Trotzdem Pindter und Schweinburg, sobald der alte Machthaber ihnen die Taschen nicht mehr füllen konnte, vor der Thüre seines Nachfolgers wedelten und winselten, wurden sie doch nicht hereingelassen, und es entging ihnen mancher schöne Markknochen, den sie auf ihren gewohnten Schleichwegen so trefflich zu irgend einem Börsenjobberstückchen hätten verbrauchen können. Aber siehe da, sie fanden doch wieder Zugang zu den hohen Pforten der Wilhelmstraße, die Pindter und Schweinburg. Sie setzten unter dem neuen Kurs das Geschäft fort, das sie unter dem alten gelernt; nur daß sie uns noch das erbauliche Schauspiel lieferten, ihren früheren Herrn und andere Nörgler neueren Datums mit der nämlichen Wuth anzukläffen, mit der sie früher nur die zeitweilig zu Reichsfeinden gestempelten Bismarckgegner in die Hacken zu beißen pflegten. Die Männer des neuen Kurses hatten nach etlichem Laviren wieder das alte schmutzige norddeutsche allgemeine Topfegel aufgesetzt; sie glaubten ohne die offiziöse Preßhilfe nicht vorwärts kommen zu können.

Der Pindter konnte sich und den Besitzern des Guanoblattes wieder die Taschen füllen. Doch ganz so einträglich wie zu Zeiten des Mannes, der es offen aussprach, daß man die Klinke der Gesetzgebung zu Nutz und Frommen der eigenen Interessen in Bewegung setzen dürfe, scheint das Geschäft nicht mehr gewesen zu sein. Ob nun irgend eine Verstimmung zwischen den Guanobaronen in Hamburg und ihrem geheimen Kommissionsrath den Anstoß zu dessen Beseitigung gegeben — man bringt auch den Tod des Chefs des Hauses Ohlendorf damit in Verbindung — das sind interne Angelegenheiten des Guanogeschäfts, und interessirt uns nicht weiter. Für die Oeffentlichkeit hätte es nur Bedeutung, wenn die Regierung selbst mit dem Pindter oder vielmehr mit der ganzen Pindterei gebrochen hätte. Doch die Pindterei ist mit dem Klassenstaat, der sich auf kapitalistischer Grundlage aufbaut, zu eng verknüpft, als daß das möglich wäre. Die gegenwärtige Pindterkrise hat nur noch den einen Nutzen gehabt, daß von Bismarckscher Seite über das Verhältniß des Geheimen Kommissionsraths und seines Nährvaters folgendes aus der Schule geplaudert wurde:

„Was er hatte und was er war, hatte er ausschließlich dem Fürsten Bismarck zu danken, der die „Norddeutsche" zu seinem Leiborgan erkoren und ihr dadurch neben einem ausgebreiteten Abonnentenkreise thatsächlich einen Weltruf verschafft hatte. Aber noch mehr. Theils durch den direkten Einfluß des Fürsten Bismarck, theils indirekt veranlaßt durch sein offenkundiges Verhältniß zu dem Blatte, waren der Norddeutschen Buchdruckerei zahlreiche amtliche Aufträge zugewendet worden. Ja sogar der Druck des „Reichs- und Staats-Anzeigers", der von Rechts wegen der Reichsdruckerei gebührt hätte, war der Norddeutschen Buchdruckerei übertragen worden."

So wird „regiert". Für schweres Geld errichtet das Reich eine Reichsdruckerei. Und handelt sich's um den Druck eines vom Reich auf Kosten der Staatsbürger herausgegebenen Blattes, dann drückt die gewichtige Reichskanzlerhand auf die Klinke, und der Auftrag fällt einem jener dunkeln Männer in den Schooß, die der Chef so treffend mit seinem Ausspruch gekennzeichnet hat. Duftet das nicht nach Panama?

Tag und Nacht steht vor der Reichsdruckerei ein Posten mit scharf geladenem Gewehr, um Dieben aufzupassen. Wenn er seinen Instruktionen folgte, könnte er fast jeden Tag einen unbotmäßigen Passanten über den Haufen schießen. Aber daß der Pindter und der Ohlendorf zur Belohnung für geheime Kommissionen der Reichsdruckerei Unsummen unter der Hand entziehen durften, das sieht und hört er nicht. Die kleinen Ruhestörer schießt man todt, den großen Pindter läßt man laufen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Pressstimmen zur Stichwahl in Pinneberg-Elmshorn.

Die „Berliner Zeitung" schreibt:

Am Sonnabend findet im Wahlkreise Elmshorn-Pinneberg die Stichwahl statt zwischen dem nationalliberalen Margarine-Fabrikanten Mohr und dem sozialdemokratischen Zigarrenarbeiter von Elm. Die Aktien des Herrn Mohr stehen schlecht. Das Elmshorner freisinnige Wahlkomitee hat es den Wählern überlassen, welchem von den beiden Kandidaten sie ihre

Feuilleton.

Der Jude. 70

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

„Ersticke, und verdammt seist Du, verfluchter, abtrünniger Sohn des Leviathan!" kreischte hier der alte Jochai, und sank unter Zuckungen zur Erde nieder. Ben David stand ihm, obwohl selbst kraftlos taumelnd, bei, und wandte zum Himmel die trockenen Augen, in welchen eine wilde, verzweiflungsvolle Frage an das Verhängniß lag. Der Oberstrichter nahm jedoch keinen Antheil an Jochai's Zustand, und gebot dem fürchterlichen Kläger zu enden. Mit tückischer Behaglichkeit ging auch Zodick zu Ende. „Das Büblein ist verschieden unter dem Messer des Raaf, und sein weiteres Schicksal weiß ich nicht," schloß er. „Ob sie das Körperlein vergraben, — ob sie es geworfen in den Fluß, weiß ich nicht, da ich mich entfernte, während sie noch darüber gestritten. Der Raaf war für das erstere, und Ben David für das zweite, denn er hat mir nicht getraut, da ich ihn kommen gesehen mit dem Knaben. Ich aber konnte nicht mehr aushalten in Ben David's Nähe, und habe benützt die erste Gelegenheit, um aus der Gemeinschaft zu treten mit dem Raaf und seinem Sohne. Das ist, so wahr mir helfe der Barmherzige, der mich gerettet von der Ketzerei, die reine, lautere Wahrheit; Amen." —

Ein tiefes Schweigen beherrschte den düstern Schauplatz. Jochai lag bewußtlos, Ben David war zu Stein geworden, — Grete betete in Gedanken ihren Rosenkranz zum Heil der hingeopferten Seele; — Zodick rastete von der Anstrengung seiner Rede, und selbst der Oberstrichter und sein Gehilfe, gewöhnt an Schreckenisse und Frevelklagen, erholten sich von den unerhörten Gräueln, die sie vernommen. — Endlich faßte sich der Richter und wendete sich mit donnernder Stimme an Ben David: „Du hast gehört, Abscheulicher," sprach er, „wessen man Dich anklagt. Ein Genosse Deines Hauses, Dein ehemaliger Glaubensbruder, Dein getreuer Knecht ist es, der den Schleier von dem ungeheuren Verbrechen zieht, das Du mit Deinem Vater begingst. Wirst Du ferner leugnen, und dadurch das Schwert der Vergeltung schärfen? Wirst Du verharren in dem giftigen Groll Deiner irrgläubigen Verstocktheit?"

„Herr!" antwortete Ben David mit frostklappernden Zähnen. „Ich soll reden, und kann kaum finden ein Wort auf meiner Zunge. Ich könnte Euch zuschwören unsere Unschuld bei dem heiligen, hochgelobten Gott, den Gräbern unserer Voreltern, und allem, was uns heilig ist in Israel, — Ihr würdet uns aber nicht glauben, denn wir sind schlechte Juden, — ich könnte herbeibringen das Zeugniß meiner unschuldigen Tochter Esther, — aber Ihr würdet sagen, es gelte nicht, weil es meine Tochter gab. — Warum jedoch glaubt Ihr dem abtrünnigen Knecht, der gegen uns zeugt, warum der Magd, die in ihrer Stumpfheit alles bejaht, was man ihr vorsagt? Unschuldig sind wir, unschuldig, unschuldig an dem gräßlichen Frevel, den man uns auflegt. Fünf Monden sollen sein verflossen seither, und nun erst kommt der gottlose Bube hier vor Eure Bank, und schreit Zeter über uns? Warum hat er nicht allsobald aufgerufen zur Rache Himmel und Erde, nachdem, — wie er lügt — die Unthat geschehen?" — „Wirst Du schweigen, verfluchter aussätziger Jude!" zürnte der Oberstrichter, indem er heftig aufsprang: „Sollte sich der arme Mann Eurer Rache aussetzen? Ihr Judengeschmeiß klebt aneinander wie Ketten, und dieser hier wäre nicht der erste, den Ihr erschlagen habt, um seine Geständnisse zu verhindern, oder zu bestrafen. Ehe er mit Euch ins verdiente Gericht ging, mußte er aufhören, in Eurer höllischen Mitte zu leben. Er that's, er hat sich dem Himmel, dem allbarmherzigen Schooß des wahren Glaubens zugewendet, und kann nun offen gegen Euch auftreten von unserer Macht geschützt. Noch mehr, die Seele des unschuldigen Knäbleins, das Ihr unserem Heilande zu schmählichem Spott, zu Tode gemartert habt, ist diesem neuen Christen zu wiederholten Malen im Traume erschienen, und hat ihn aufgefordert bei seiner eignen Seelen Heil und Frieden, die Greuelthaten offenkundig zu machen und zu rächen schon in dieser Welt. Blutdürstiges Schelmenvolk! Deine Bosheit liegt am Tage, und noch in dieser Stunde lasse ich Euch beide in Eures Hauses Keller führen, der noch bis jetzt mit meinem Siegelring verpetschirt liegt. Ich will mir ein Fest daraus machen, durch eigene Untersuchung des Klägers Angaben zu beglaubigen, und am letzten Tage der Leidenswoche unseres Herrn, zwei Mörder und Gotteslästerer zu entlarven, die mit seinem Namen und seinem Erlösungswerke todeswürdigen Spott getrieben."

Die Schelle erklang von neuem, und die Rathsdiener erschienen. „Reißt den alten Bösewicht von der Erde auf;" befahl der Oberstrichter, dessen blinde Hitze im Steigen war: „es ist eitel Lug und Trug mit seiner Hinfälligkeit. Die Wahrheit, die er nicht leugnen kann, hat ihn umgeworfen. Schleift ihn an Stricken mit Euch. Den andern Höllenhund werft wieder in seine Fesseln. Der Stöcker soll herbei mit seinen Knechten, und das Gezücht nach der Judengasse bringen; denn keinem ehrlichen Manne steht's zu, seine Hand an den Ungeheuern hier zu verunreinigen. Ich folge alsobald."

Der gestrenge Herr warf den Mantel über, winkte dem Schreiber, dem Zodick und der stummen Magd, ihm nachzukommen, und ging aus der Kammer. Ben David hatte keine Augen für das tückische Lächeln, mit welchem Zodick an ihm vorüberstrich, sondern lauschte sorgsam auf die Athemzüge seines sich erholenden Vaters, von welchem er sich nicht trennte, obgleich man ihn neben demselben in Ketten schlug.

Einer der Rathsknechte lief, befohlenermaßen, nach dem Stöcker und seinem Geleite, der andere ging vor die Thüre, um den Wachen und neugierigen Gaffern redselig zu beschreiben, in welcher Wuth der Oberstrichter von dannen

Stimmen geben wollen. Richtiger wäre vielleicht gewesen, zur Wahl des Sozialdemokraten aufzufordern, denn Herr Mohr, der sich mit Haut und Haar dem Landwirthsbunde verschrieben und sich die Wahrnehmung seiner speziellen Margarine-Interessen vorbehalten hat, wäre denn doch ein Volksvertreter von recht zweifelhaftem Werthe. Auch von antisemitischer Seite hat er nur spärlichen Zuzug zu erwarten, denn die konservativ-antisemitische Presse erklärt ziemlich unverblümt einen Sozialdemokraten gegenüber einem Margarinefabrikanten für das kleinere Uebel. Eine Molkerei-Zeitung aus der Provinz erklärt sich direkt gegen die Wahl des Herrn Mohr. Wie man sieht, wirft der im nächsten Reichstag drohende „Butterkrieg" schon seine Schatten bei dieser Wahl voraus. Unter diesen Umständen müssen allerdings die Aussichten des sozialdemokratischen Mandatsbewerbers für die Stichwahl steigen. —

Ein neues Sozialistengesetz wird in den verbismarckten „Hamburger Nachrichten" gefordert. Dem grollenden Reichskanzler scheint unser endgiltiger Sieg nicht früh genug zu kommen. —

Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Licenzgebühren für die Abgabe von geistigen Getränken im Kleinen durch Konsumvereine an die Ausschüsse für Zölle und Steuerwesen und für Elsaß-Lothringen überwiesen. Die Entwürfe von Gesetzen wegen Erweiterung der Unfallversicherung sowie wegen Abänderung der Unfall-Versicherungsgesetze wurden den Ausschüssen für Handel und Verkehr, für das Seewesen und für Justizwegen überwiesen. Dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen und des Gesetzes betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern wurde die Zustimmung ertheilt. Die Resolution des Reichstags betreffend die Veröffentlichung einer Konkursstatistik wurde dem Reichskanzler überwiesen. —

Die Einnahmen der Reichspost-Verwaltung für die Monate April und Mai 1894 haben betragen . 48 661 282 M.
für dieselben Monate 1893 . . . . . 41 379 433 „
mithin für 1894 mehr . . . . . 2 281 849 M.
Die Ausgaben ergeben für April und Mai 1894 ein Mehr von . . . . . 1 617 074 M.
Der reine Ueberschuß betrug in den beiden genannten Monaten 1894 . . . . . 6 882 082 M.
dagegen 1893 . . . . . 6 217 307 „
mithin für 1894 mehr . . . . . 664 775 M.
Eine mit ständig steigenden Ueberschüssen arbeitende Verwaltung wie die Reichspost-Verwaltung könnte für die bei ihr beschäftigten Beamten und Arbeiter ganz anders sorgen, als es thatsächlich geschieht, aber sie will und kann es nicht, denn dem Moloch Militarismus muß alles geopfert werden, mögen auch die Kulturaufgaben des Staates darunter leiden. —

Den Entwurf eines Gesetzes, betr. Erweiterung der Unfallversicherung, veröffentlicht heute Abend der „Reichs-Anzeiger". Der Entwurf umfaßt 140 Paragraphen und füllt mit seiner Begründung nicht weniger als 14½ Seiten engsten Druckes im großen Zeitungsformate. Wir sind daher heute blos in der Lage, einige wenige Punkte aus demselben mitzutheilen, uns ein genaueres Eingehen für die nächste Zeit vorbehaltend:

Aus der Begründung der Reichsregierung heben wir die folgenden Stellen hervor:

„Der vorliegende Entwurf soll den Schlußstein des großen Gesetzgebungs-Werks bilden, insofern er auch diejenigen durch ihre Berufsthätigkeit gefährdeten Arbeiter, die von den bisherigen Unfallversicherungs-Gesetzen noch nicht berührt sind, in den Kreis der Unfallversicherung aufnimmt. Es handelt sich dabei vornehmlich um die gefährlicheren, aber noch nicht versicherungspflichtigen Betriebe im Handwerk, im Handel, in der Fischerei und in der Küstenschifffahrt.

Zunächst ist es natürlich, daß, je weiter die Erkenntniß von den segensreichen Wirkungen der Unfallversicherung sich verbreitet hat, desto empfindlicher sich die Arbeiter in solchen Betrieben berührt fühlen, die ebenfalls mit Gefahren verbunden sind, ohne an den Wohlthaten dieser Einrichtung theilzunehmen. Die Betriebe zum Beispiel, in denen Metalle mit Feuer bearbeitet werden, wie Schlossereien, Schmieden, Gießereien, sind gegenwärtig nur versichert, wenn sie fabrikartig oder mit Motoren, Dampf u. s. w. arbeiten, dagegen nicht, wenn sie den Betrieb nur handwerksmäßig und ohne Motoren führen, obwohl die Betriebsgefahr hier kaum geringer ist als bei jenen, sicherlich aber größer, als bei fabrikmäßig arbeitenden und deshalb versicherten Betrieben zahlreicher anderer Berufszweige. Diese verschiedenartige Behandlung wird um so fühlbarer, als in anderen Berufszweigen, z. B. in den Betrieben der Maurer, Zimmerer, Müller, Schornsteinfeger, alle Arbeiter versichert sind, ohne Rücksicht auf die Art der Betriebsmittel und den Umfang des Betriebes. Weiter ist in einer großen Zahl von Betrieben infolge der allmäligen Erweiterung der Unfallversicherung nur ein Theil der Betriebsthätigkeit, ein anderer Theil dagegen nicht versichert. Es sind dies namentlich die zu einem Theil mit Bauten befaßten Betriebe der Tischler, Schlosser, Maler, Glaser, Klempner ꝛc. In diesen Betrieben ist nicht nur die vielfach ebenso gefährliche Werkstattarbeit gleichartiger Arbeiter unversichert, sondern es ist sogar ein und derselbe Arbeiter für einen Theil seiner gewerblichen Thätigkeit (bei Bauten) versichert, für einen anderen Theil (in der Werkstatt) unversichert. Denn der Werkstättenbetrieb eines Schlossers, Tischlers ꝛc. ist nach den jetzt geltenden Bestimmungen nur dann versicherungspflichtig, wenn er entweder ein fabrikmäßiger ist, oder wenn er nach seinem Umfange sich als ein Nebenbetrieb der Bauschlosserei, Bautischlerei ꝛc. darstellt. Dagegen nicht, wenn umgekehrt die Werkstättenarbeiten die Hauptsache, die Bauarbeiten aber die Nebensache sind. Diese Rechtslage hat nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für alle anderen Betheiligten mißliche Folgen.

Neben den handwerksmäßigen und kleingewerblichen Betrieben kommen für die Erweiterung der Unfallversicherung ferner die gesammte Fischerei sowie die Seeschifffahrt mit kleinen nicht mehr als 50 Kubikmeter Brutto-Raumgehalt enthaltenden Fahrzeugen in Betracht, sofern diese weder Zubehör eines größeren Fahrzeuges, noch auf Fortbewegung durch Dampf oder andere Maschinenkräfte eingerichtet sind. Auch in diesen Betrieben ist bekanntlich die Unfallgefahr keine geringe. Im Handelsgewerbe sodann ist gegenwärtig das Lagern und das Umgehen mit schweren Gegenständen (Steinen, Eisen, Nutzholz, Brennmaterial, großen Kisten, Fässern, Säcken ꝛc.) nur insoweit versichert, als ein Speicherei- oder Kellereibetrieb vorliegt, im übrigen dagegen unversichert. Die Beschäftigung der Handlungsgehilfen und -Lehrlinge sowie der sonst im Handelsgewerbe als Arbeiter, Faktoren u. s. w. verwendeten Arbeitskräfte ist aber häufig auch dann, wenn sie nicht unmittelbar mit dem Lagern und Laden von Gegenständen der genannten Art zu thun haben, mit Unfallgefahr verbunden, z. B. beim Verkehr auf schlüpfrigen Treppen, zwischen Frachtfuhrwerk, auf ladenden Schiffen, zwischen aufgestapelten Lasten. Zu den Handlungsgehilfen und -Lehrlingen gehören auch die Apothekergehilfen ꝛc., die bei der Bearbeitung von kochenden, ätzenden, giftigen oder explosionsfähigen Stoffen vielfach der Gefahr von Unfällen ausgesetzt sind, häufig auch wegen der mit der Apotheke verbundenen Fabrikation von kohlensäurehaltigen Wassern für den hierauf bezüglichen Theil ihrer Beschäftigung bereits versichert, im übrigen aber noch unversichert sind. Im Fuhrwerksbetriebe ferner ist nur das Umgehen mit Fuhrwerk im eigentlichen Fuhrwerksgewerbe, nicht dagegen im Handelsbetriebe und ebenso wenig die namentlich für das Personal der Gastwirthe in Betracht kommende Wartung fremden Fuhrwerks versichert.

Aber auch hiermit ist der Kreis von Berufsarbeitern, für die ein Bedürfniß nach Ausdehnung der Unfallversicherung hervorgetreten und von den Betheiligten geltend gemacht ist, noch nicht abgeschlossen. Ein solches Bedürfniß liegt auch vor für Bedienstete in Krankenhäusern und Bade-Anstalten, in Bildhauerwerkstätten, Laboratorien, in Anstalten für Sportbetrieb, z. B. Rennställen, Ruder- und Segelklubs, in Reitbahnen, Theatern und anderen Kunst- und wissenschaftlichen Anstalten, in zoologischen Gärten, für Feuerwehrmänner, Todtengräber, Glöckner u. a.

Weiter sind Unzuträglichkeiten dadurch herbeigeführt worden, daß die in gewerblichen und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter von ihren Arbeitgebern vielfach auch zu häuslichen und sonstigen privaten Dienstleistungen herangezogen werden, z. B. der für das Geschäft gehaltene Kutscher zu Spazierfahrten oder zur Wartung von Kutschpferden, der für den Gewerbebetrieb angenommene Tischler oder sonstige Handwerker zu Arbeiten in der Familienwohnung des Geschäftsleiters, der Fabrikarbeiter zu Botengängen in Privatangelegenheiten oder zu Arbeiten im Hausgarten des Arbeitgebers. In noch höherem Maße vermischt sich die Thätigkeit für den Betrieb und für den Haushalt des Unternehmers in kleinen Handelsgeschäften, kleinen Gastwirthschaften, vielfach auch in Handwerks- und sonstigen kleinen Gewerbebetriebe. Hier pflegt das Hausgesinde auch gewerblich mit thätig oder umgekehrt das Geschäftspersonal auch im Haushalt beschäftigt zu sein. Es ist unzweckmäßig und wird von den Betheiligten nicht verstanden, wenn sich die Unfallversicherung in solchen Fällen nur auf denjenigen Theil der Thätigkeit erstreckt, welcher sich im Gewerbe des Arbeitgebers vollzieht. Diesem Uebelstand kann wirksam aber nur dadurch abgeholfen werden, daß die bezeichneten Personen für ihre gesammte Thätigkeit der Unfallversicherung unterworfen werden.

Endlich sind im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst außerhalb der bereits versicherungspflichtigen Betriebe noch gewisse Personen mit Dienstleistungen beschäftigt, die einigen der im Vorstehenden genannten Thätigkeiten gleich stehen und ebenfalls eine gewisse Unfallgefahr mit sich bringen. Auch auf diese Personen wird die Unfallversicherung auszudehnen sein.

Ueber die Organisation, sowie das Verfahren zur Aufbringung der Beiträge heißt es in der Begründung:

Für den größeren Theil der hier in Betracht kommenden Betriebe des Handwerks und Kleingewerbes, sowie für die Fischerei und die kleine See-Schifffahrt fehlt es aber an den nothwendigen Voraussetzungen zu einer berufsgenossenschaftlichen Organisation. Die Erfahrungen bei den bestehenden Berufsgenossenschaften haben gelehrt, daß die berufsgenossenschaftliche Verwaltung sich für den Verkehr mit einer großen Zahl kleiner Betriebsunternehmer nicht eignet.

Deshalb sind bezirksweise organisirte Unfallversicherungs-Genossenschaften in Aussicht genommen, bei denen die Schiedsgerichte der Invaliditäts- und Altersversicherung zur Rechtsprechung benutzt werden könnten.

Behörden oder Beamten oder dem Vorstande der Alters- und Invaliden-Versicherungsanstalt oder Organen der Kommunalverwaltung soll die Leitung der Geschäfte der Unfall-Versicherungs-Genossenschaften übertragen werden können.

Eine Vereinfachung der Organisation in anderen Zweigen der Arbeiterversicherung könnte durch Vereinigung der Verwaltung ihrer Verbände, soweit sie den gleichen räumlichen Umfang haben, herbeigeführt werden.

Es erscheint nothwendig, die Anforderungen an die Betriebsunternehmer hinsichtlich der für die Genossenschaft zu liefernden Nachweisungen möglichst einzuschränken. Dies ist sowohl bei der Beitragserhebung, wie bei der Festsetzung der Entschädigungen möglich. Bei der Beitragserhebung kann von der für die Industrie geltenden Grundlage, nämlich der Lohnhöhe, in der Regel abgesehen werden, wenn in Anlehnung an die für die Land- und Forstwirthschaft und für die Seeschifffahrt bestehenden Grundsätze nur die Zahl der in jedem Betriebe beschäftigten Vollarbeiter zu Grunde gelegt, oder wenn, was zuweilen noch einfacher sein wird, die Beiträge in Form eines Zuschlages zu öffentlichen Abgaben erhoben werden. Dies ist bei den unter den Entwurf fallenden Betrieben um so unbedenklicher, als die Höhe des Lohns der einzelnen Versicherten hier meist nur geringe Unterschiede zeigen und nur geringen Schwankungen unterliegen wird. Wenn die Zahl der Vorarbeiter ähnlich wie nach § 36 des landwirthschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes und nach § 34 des See-Unfallversicherungsgesetzes durch Schätzung für jeden Betrieb ermittelt wird, so bedarf es der Einreichung regelmäßiger, für die Unternehmer lästiger Jahresnachweisungen über die beschäftigt gewesenen Personen und die von denselben verdienten Löhne und Gehälter nicht.

Was die Unterlagen für die Entschädigungen der Verletzten betrifft, so ist von Durchschnittssätzen für männliche und weibliche, erwachsene und jugendliche Arbeiter ausgegangen. In gleicher Weise sind, entsprechend den einfachen Verhältnissen vieler bei dem Entwurf in Betracht kommender Betriebe, auch hier Durchschnittssätze in Aussicht genommen, für deren Bemessung die Vorschriften der Krankenversicherung vielfach einen brauchbaren Anknüpfungspunkt bieten.

Die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes werden wir in den nächsten Tagen nach den Motiven der Reichsregierung unseren Lesern vorführen. —

Die lutherisch-evangelische Kirche, Orthodoxe und Protestantenvereinler, werden sehr erbaut sein von der zu erwartenden päpstlichen Encyklika, über die wir gestern bereits kurz berichteten. Die räudigen oder verirrten Schäflein werden liebevoll zur Rückkehr in den Schooß der katholischen Kirche gemahnt. Den Protestanten fehle die feste Richtschnur für den Glauben und die Autorität, kurz und gut, um uns eines beliebten Ausdrucks zu bedienen, sie seien nur eine Vorfrucht der Sozialdemokratie und aller Umsturzbestrebungen. Wir haben selbstverständlich dem päpstlichen wie dem protestantischen Rundschreiben gegenüber nur das Gefühl der Wurstigkeit. Spaß macht es uns aber, wie die beiden Bundesgenossen, die den sozialdemokratischen Unglauben gemeinsam bekämpfen sollen, sich selbst untereinander als noch schlimmeres als den Gottseibeiuns betrachten, wie Luther den Papst als Antichrist darstellt und der Papst noch alljährlich die lutherische Ketzerei verdammt. Was aber den Spaß noch erhöht, ist, daß die starrsten evangelischen Zeloten die päpstlichen Liebenswürdigkeiten ruhig einstecken müssen und daß sie, deren Mund tränft von Schimpf und Geifer gegen den Unglauben der Zeit, hier ihren Mund hübsch im Zaum halten müssen. Denn ergösse sich aus demselben eines jener Kraftworte, an deren Gebrauch sie im Kampf gegen alles freiheitliche Denken gewöhnt sind, so würde man auf katholischer Seite nicht zögern, den § 166 des Straf-Gesetzbuchs anzurufen. Freilich unsere protestantischen Zeloten, so hochfahrend sie auch sich zu gebahren belieben, verstehen es eben so tief sich zu ducken. Daß der kirchliche Glaube aber selbst bei seinen Bekennern wenig ins Gewicht fällt, sieht man auch bei dieser Gelegenheit. Der orthodox protestantische Junker steht zu dem ultramontanen Agrarier, und im Kampfe gegen die Arbeiter läßt sich der katholische Unternehmer von dem protestantischen nichts vorgeben. Die traurigste Rolle spielen aber unsere „Kulturkämpfer", die so viel von einem protestantischen Kaiserthum gefaselt haben und dieses als eine Waffe für sich benutzen zu können glaubten. In der protestantischen Kirche ist die Orthodoxie mit Spott und Hohn über sie zur Tagesordnung hinweggegangen, blickt aber selbst mit einem Gefühl des Neides zu der katholischen Kirche hinauf, weil sie fühlt, daß sie ohne die Staatshilfe und Staatsmacht bald am Ende ihrer Tage wäre. Daß der Papst den Ruf der Rückkehr zu Rom ertönen läßt, darf uns am wenigsten wundern in einer Zeit, wo aus den herrschenden Kreisen immer mächtiger der Sehnsuchtsruf: „Zurück ins Mittelalter!" ertönt. —

Alles was kriechen kann, muß Soldat werden. So oder ähnlich hatte sich vor längerer Zeit ein Mitglied einer Aushebungskommission über die erfolgte Anmusterung geäußert, und schon des öfteren konnten wir mittheilen, daß Personen mit schweren körperlichen Gebrechen zum Militärdienst ausgehoben würden. Ein ähnlicher Fall wird jetzt wieder aus Dinklage (Oldenburg) gemeldet. Der am 18. Januar 1874 zu Gr.-Loppin geborene Schlosser K. wurde am 12. Juni d. J. in Versenbrück zum 78. Infanterie-Regiment ausgehoben, obwohl er infolge eines früher erlittenen Unfalls das erste Glied des Mittelfingers an der linken Hand verloren hat und dafür eine Rente von jährlich 21 M. bezieht.

Ja, wir haben's herrlich weit gebracht. Theilweis verkrüppelte Personen werden zu Vaterlandsvertheidigern ausgebildet, um gegebenen Falls das „theure" Vaterland vor dem „inneren" und dem „äußeren" Feinde zu vertheidigen. —

Strenge Warnungen vor Mißhandlung der Mannschaften werden jetzt, wie die „Volks-Zeitung" zu berichten weiß, den zur Uebung einberufenen, einige Jahre der Fahne fern gewesenen Reserve-Unteroffizieren und Unteroffizier-Dienstthuenden der hiesigen Garnison ertheilt. Vor Allem wird ihnen eingeschärft, bei den Exerzitien niemals einen Mann anzufassen

---

gegangen, und welche Worte er drohend und zürnend gesprochen. Die Gefangenen blieben einige Augenblicke allein, und Ben David küßte mit Entzücken die Hände seines erwachenden Vaters. „Ach!" seufzte dieser ermattet: „so war es kein Traum! O Herr in Israel! wie kannst Du dulden solche Nichtswürdigkeit! Ich bin zu alt, um machen zu können Anspruch aufs Leben, denn ich habe gelebt für zwei Menschen auf der Erde, aber . . . Du — mein Sohn — und Esther, das Enkelchen! Weh mir! Was soll das noch werden, wenn Du bestehst darauf, zu schweigen, und nicht zu sagen, wo Du hingeführt den Knaben aus Edom."

„Ich darf nicht, Vater," versetzte Ben David fest: „Ich würde machen unglücklich, die jetzt glücklich sind. Ich habe versprochen, zu schweigen, und will halten, was ich versprochen."

„Und wenn Du hättest geschworen," fiel Jochai eifrig ein: „so gilt der Schwur nichts, da geht es an den Hals. Ich will Dich entbinden Deines Gelübdes, wie ein rechter Lehrer in Israel. Ungiltig soll sein der Schwur, den man geleistet an die Männer und Frauen von Amalek. Wir wollen beten das Gebet Col niddre, und Dein Schwur soll Dir erlassen sein."

„Vater!" antwortete Ben David ernst: „Du magst mich entbinden des Eides, doch nicht der Zusage, so ich geleistet als redlicher Mann. Wenig Gewinn würde entstehen aus meinem Bekenntniß; es würde mir kosten den Kopf und Estherchen Hab und Gut, und Dir Schande bringen und den Bettelstab."

„Weh mir!" jammerte der Alte: „In welchen Handel hast Du Dich begeben? unbesonnener Mann; Geld ist gut, doch besser das Leben. So Du aber sterben mußt, und Esther verarmen, begehre ich auch nicht länger zu athmen. Denn mehr als todt ist ein Alter von hundert Jahren, das in Kummer und Hunger versiegt." —

„Beruhige Dich, Vater!" versetzte Ben David: „wir werden nicht sterben, Du sollst nicht hungern. Die Leute, die da wissen, daß ich reden könnte, werden schon helfen, ehe es sein wird zu spät. Verlasse Dich darauf!"

„Und wenn sie uns peinigen?" klagte der Greis mit wachsendem Eifer: „Wenn sie uns tödten, schnell wie die Hand des Herrn? Sohn, Sohn! traue nicht auf der Gojim Hilfe und Versprechen! traue nicht auf das Wort, es komme aus der Erde, oder falle vom Himmel! Beten wir nicht täglich: Herr, bau Zion wieder, die Gottesstadt und ihren Tempel? Laß ihn geboren werden und kommen den Messias, den man nennen wird gleich Dir, den Sohn Davids? Und noch ist Zion nicht gebaut, und noch der Messias nicht gekommen; und also werden wir von dannen genommen sein, ehe Hilfe kommt und Rath; als Opfer Deines unseligen Handels und Deines Eigensinns."

„Verzagst Du denn so ganz an der Hilfe des hochgelobten Gottes?" fragte Ben David den Alten, der zwischen Wahn, Glaube und Unglaube ängstlich schwankte, wehmüthig bei der Hand ergreifend: „Vertraust Du denn nicht auf unsere Unschuld selbst, deren Stimme endlich uns frei sprechen wird von dem teuflischen Lügengewebe?"

„Ach," seufzte der Alte, zweifelnd und befangen: „fünf Stimmen giebt's, die hörbar von einem Ende der Welt zum anderen gehen; aber die Stimme der Unschuld ist nicht darunter. Sie ist nicht die Stimme des fruchtbaren Baumes, den man fällt, — nicht die Stimme der Schlange, die man schindet, nicht die eines vom Manne erkannten, von einem Manne geschiedenen Weibes, nicht die Stimme des neugeborenen Kindes . . .!"

„Besinne Dich, Raaf!" unterbrach ihn Ben David sanft: „Ist das Kind nicht das Bild der Unschuld? Halte Dich am Glauben, und laß uns vertrauen." —

Mit vielem Geräusch trat die Wache ein, die ohne Schonung den Greis mit Stricken band, und ihn neben seinem Sohne durch das wilde Volksgedränge hindurch, an die Pforte des Römers führte, wo auf den Stufen der Nachrichter mit seinen Knechten die Aermsten erwartete, die er im geheiligten Rathhause selbst nicht abholen durfte.

(Fortsetzung folgt.)

und, um dies auf jeden Fall zu vermeiden, sich von den übenden Leuten stets mehrere Schritte weit entfernt zu halten. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Unteroffiziere sich in der Erregung zu thatsächlichen Mißhandlungen überhaupt nicht hinreißen lassen können. Außerdem werden die Unteroffiziere auch davor gewarnt, die Mannschaften auf andere Weise, namentlich jedoch beim Exerziren und Turnen durch Ueberanspannung der Körperkräfte, übermäßig lange Ausdehnung ein und derselben Uebung und dergleichen, indirekt zu mißhandeln. Dies wird den Reserve-Unteroffizieren und Unteroffizier-Dienstthuenden in allerstrengster Form zur Pflicht gemacht mit dem Hinzufügen, daß jede Nichtbefolgung der Verwarnung unnachsichtlich schwer bestraft werden würde.

An solchen Verordnungen hat es nie gefehlt, desto mehr an der Befolgung derselben. Der Militarismus bringt die Soldatenmißhandlungen mit sich, an ihm kann nicht gebessert werden. Das ganze militärische System muß von Grund aus umgestaltet werden. —

Sozialdemokratischen Streiksport entdeckt ein offiziöser Waschzettel in den Streiks, die in England im Jahre 1892 ausgefochten wurden, „fast ausschließlich das Werk der neuen — sozialdemokratischen — Trade-Unions". Amüsant ist zunächst, daß je nach dem Augenblicksbedürfniß von den deutschen Kapitalistendienern die englischen Gewerkschaften, auch die neuen, bald als Gegner der Sozialdemokratie gepriesen, bald als deren Anhänger bezeichnet werden. Daraus, daß nur 40 pCt. der 600 Streiks mehr oder weniger siegreich für die Arbeiter ausfielen, folgert der Waschzettel, Streiks seien überhaupt verderblich. Weshalb — muß man da zunächst fragen — werden denn nicht auch die gleichfalls in amtlicher Statistik bereits beleuchteten Streiks von 1893 mit erörtert? Die fielen weit günstiger aus, und in aller Erinnerung ist noch der siegreiche Riesenstreik der Bergleute, die doch einer „alten" Gewerkschaft angehören. Uebrigens mögen sich die offiziösen Skribenten das hinter die Ohren schreiben: Daß ein Streik ein Uebel ist, weiß jeder Arbeiter. Streiks sind aber ein nothwendiges Uebel, weil Arbeiter, die niemals Widerstand leisten gegen Ausbeutung, in ihrer Lebenslage ständig tiefer herabgedrückt werden. —

Die Ehegesetz-Vorlage wurde heute im ungarischen Abgeordnetenhause nach einer erregten Generaldebatte mit vier Stimmen Majorität bei außergewöhnlich stark besuchtem Hause zur Grundlage der Spezialberathung gemacht. Ein unzweifelhafter Sieg Weckerle's, vielleicht aber blos ein Pyrrhussieg. —

Prozeß Wassiliew. Das Berner Kassationsgericht hat das Schwurgerichts-Urtheil gegen den Genossen Dr. Wassiliew, den Sekretär der Berner Arbeiterunion, wegen Formfehler aufgehoben. Wassiliew, der wegen Anstiftung des Krawalles im Juni 1893 angeklagt war, kommt von neuem vor ein Schwurgericht. —

Korruption in der belgischen Armee. Ein Aufsehen erregender Prozeß steht in Brüssel bevor. Der aktive General der belgischen Armee Brewer war von einem Militärlieferanten angeschuldigt worden, sich bedeutenden, unerlaubten Gewinn bei Militärlieferungen gemacht zu haben. Der Kriegsminister General Brassine überwies diese Anschuldigung dem höchsten Militärgerichtshofe, der aus dem Appellationsgerichtsrathe Albrecht als Vorsitzenden und sechs Generalen zusammengesetzt ist. Der Gerichtshof setzte zur Prüfung der Anschuldigung einen Untersuchungsausschuß ein. Wie die „Indép. belge" aus bester Quelle hört, ist diese Prüfung so belastend für den General Brewer ausgefallen, daß er sofort vor den Gerichtshof verwiesen worden ist. Der höchste militärische Gerichtshof ist am 18. d. M. zusammengetreten. —

Die Finanzreform in der italienischen Kammer. Die Erhöhung der Getreidezölle auf 8 Franken (6,40 M.) wurde von der italienischen Kammer mit großer Majorität abgelehnt, die Regierungsvorlage, die einen Eingangszoll von 7 Franks (5,60 M.) forderte, wurde angenommen.

Die Finanzkommission hat beschlossen, die Erhöhung der Salzsteuer abzulehnen.

Obschon die Kammer den Uebergang zur Diskussion der einzelnen Artikel der Finanzreform genehmigt hat, zeigt man sich doch in parlamentarischen Kreisen wenig über das Schicksal der Vorlage beruhigt. Der Widerstand, welchen der Ausschuß den Reformen entgegenstellt, weil dieselben nach den letzten Konzessionen angeblich noch weniger gut sein sollen, wird wahrscheinlich auch den jetzigen Finanzminister **Boselli zur Aufgabe seines Portefeuilles** zwingen. —

Tüchtige Arbeit der italienischen Militärgerichte. Die schweren Urtheile, welche die italienischen Kriegsgerichte während des Ausnahmezustandes in Sizilien und Oberitalien leisteten, sind jetzt vom Mailänder „Secolo" zusammengestellt und geben eine Strafhöhe, die kaum glaublich ist. Es wurden von dem Militärgericht in Massa, seitdem Crispi wieder Minister ist, 391 politisch Angeklagte insgesammt zu 1923 Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurtheilt. (Massa ist einer der kleinsten Bezirke im Königreich.) Ferner verurtheilte das Militärgericht in Palermo vom 3. Februar bis 30. Mai 289 Angeklagte zu 1542 Jahren 5 Monaten Zuchthaus. Das Militärgericht in Caltanisetta 178 Angeklagte zu 865 Jahren 10 Monaten Zuchthaus. Das Militärgericht in Trapani 87 Angeklagte zu 337 Jahren 4 Monaten Zuchthaus. Zusammengenommen giebt das eine Gesammtsumme von 945 Verurtheilten zu 4689 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus!! So haust Crispi in Italien. —

Gegen das englische Oberhaus nahm die Organisation der Regierungspartei, der nationalliberale Verband, in einer von 2000 Theilnehmern besuchten Konferenz, entschieden Stellung. Eine Resolution wurde angenommen, in welcher erklärt wird, die Befugniß des Oberhauses, von den erwählten Volksvertretern genehmigte Gesetzvorlagen zu verstümmeln oder abzulehnen, müsse aufhören; eine andere Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage einzubringen, die das Veto-Recht des Oberhauses abschafft, wurde ebenfalls angenommen, dagegen wurde ein von Labouchère eingebrachter Antrag, welcher die Abschaffung des Oberhauses verlangt, abgelehnt. —

Die Verhaftung Jakobsohn's in Bulgarien hat bisher noch nicht zu dessen Auslieferung an Rußland geführt. In Nachrichten aus Sofia wird die Vermuthung ausgesprochen, daß die vorzeitige Mittheilung der Verhaftung und die Kritik, die sich daran knüpfte, die Machthaber in Sofia bewogen habe, die geplante Auslieferung nicht auszuführen.

Jetzt theilt die offizielle „Agence Balcanique" in einem Beschwichtigungsartikel mit, die plötzliche Flucht Jakobsohn's unmittelbar nach der Entlassung Stambulow's habe den Verdacht der Regierung wachgerufen. Sie habe Befehl gegeben, das Gepäck Jakobsohn's, im Falle er das Land verlassen sollte, zu untersuchen. Daraufhin nahmen die Behörden von Rustschuk die Effekten Jakobsohn's in dem Augenblick, als er sich einschiffen wollte, in Beschlag und bemächtigten sich einer Kassette, in der sich die Dokumente befanden. Jakobsohn verlangte selbst, nach Sofia zurückgebracht zu werden, da er gewisse Enthüllungen zu machen habe. Jakobsohn ist in Sofia, von einer Eskorte geleitet, eingetroffen, wurde aber auf Befehl der Regierung in Freiheit gesetzt. Wahrscheinlich wird man der russischen Regierung die Originale der Dokumente zurückstellen, damit die Beweise für die Verschwörungen gegen Bulgarien beseitigt werden können. Auch dieser Freundschaftsdienst kann dem Ferdinand und seinen Regierungsgehilfen bittere Früchte tragen. —

O welche Lust, Zar aller Reußen zu sein. Bürgerliche Blätter berichten das Folgende:

Das Leben des Zaren soll, wie man uns aus Petersburg schreibt, neuerdings wieder bedroht gewesen sein. Der Zar entschloß sich zur Ernennung des Generals Tscherewin zum Oberaufseher aller Sommer- und Winterpaläste der kaiserlichen Familie nicht nur wegen der durch die Entdeckung der jüngsten nihilistisch-anarchistischen Mordanschläge bei Hofe hervorgerufenen natürlichen Besorgniß, sondern vor allem wegen mehrerer beunruhigender Streiche, die dem Kaiser in den letzten Tagen von den Revolutionären gespielt wurden, die gegenwärtig in Rußland thätiger zu sein scheinen als jemals. Als er sein Arbeitszimmer betrat, fand der Kaiser auf dem Schreibtische unter einer Anzahl zu unterzeichnender Schriftstücke ein Todesurtheil „gegen den Zaren aller Reußen", das innerhalb 24 Stunden mittels des Stranges vollstreckt werden sollte. Das Schriftstück trug den Stempel: „Gesellschaft zur Befreiung aller Russen". Man konnte nicht entdecken, wer das beunruhigende Schriftstück auf den Tisch gelegt hatte. Wenige Tage nachher fand der Zar in einem Salonzimmer einen Schädel, die Stirnknochen trugen die Inschrift: „Alexander!" General Tscherewin hat sein schwieriges Amt damit begonnen, daß er fast alle Diener in den Palästen zu Petersburg, Peterhof, Livadia u. s. w. entließ und sie durch gewesene Soldaten ersetzte, die militärisch organisirt wurden. Außerdem hat er die kaiserlichen Paläste und Gärten genau besichtigt, um festzustellen, ob sich in denselben nicht geheime unterirdische Gänge befinden. —

In Marokko wurde nun der neue Sultan allgemein anerkannt, so daß die befürchteten Unruhen dem Lande erspart bleiben. —

Parteinachrichten.

Von der unteren Saar schreibt man uns: „Wie allerorts, so macht auch hier der Sozialismus gute Fortschritte, obschon unsere Agitation mit den größten Hindernissen und Schwierigkeiten in unserer dunklen Gegend zu kämpfen hat. Daß wir aber Fortschritte, ja erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben, verdanken wir nicht zum kleinsten Theile dem „Paulinusblatte", welches zur Kulturkampfszeit die Bauernschädel etwas aufgerüttelt hat, aber jetzt seinen Stachel so langsam wieder einzieht. Haben wir doch schon auf vielen ländlichen Orten Anhänger unserer Sache gefunden und wird auch schon in aller nächster Zeit eine Konferenz der Genossen stattfinden, um über eine regere und geordnetere Agitation sich zu verständigen. Daß die „Trierische Landes-Zeitung" zur Zeit der Wahl schrieb: „Die Regierung möge sich vorsehen," hätte sie auf sich anwenden sollen, denn gerade die „Landes-Zeitung" mit sammt dem „Paulinus-Blatt" wird bald das Nachsehen haben. Die Wahrheit nur allein kommt zum Sieg und daran kann Herr Dasbach mit Anhang nichts ändern.

* * *

Salza, 19. Juni. Am 15. d. Mts. wurde einer unserer treuesten und bewährtesten Genossen, der bisherige Expedient Louis Kuhnhold zur letzten Ruhe bestattet. Außer seinen Freunden hatten sich der Tabakspinner-Fahnenverein, der Gesangverein Harmonie, der Arbeiter-Gesangverein Lassalle und der Sozialdemokratische Arbeiterverein, sämmtlich mit Fahnen, eingefunden, um ihm die letzte Ehre zu bezeigen. Im Leichenzuge flatterte auch unsere prächtige rothe Fahne zum ersten Male. Als die Genossen nach Beendigung der Predigt den Friedhof mit offener Fahne verließen, um dieselbe wieder an ihren Platz zu bringen, kam der Polizeibeamte und beschlagnahmte die Fahne. Durch die große Menschenmenge wurde schließlich der Beamte von der Fahne immer mehr zurückgedrängt, was zur Folge hatte, daß plötzlich die Fahne den Augen der Nemesis entschwunden war. Hierauf hielten die Genossen im Vereinslokal eine Gedächtnißfeier zu Ehren des Verstorbenen ab, welche trotz des Zwischenfalls in größter Ruhe verlief. Bemerkt sei noch, daß Salza ein solches Leichenbegängniß noch nicht erlebt hat und unsere Gegner können sich ein Beispiel nehmen, wie wir, trotz aller Chikanen, unsere Todten ehren.

* * *

Zürich. Bei der am 17. Juni stattgefundenen Großrathswahl im dritten Züricher Stadtkreis (Außersihl) erhielt Genosse Robert Seidel 1641 Stimmen, sein demokratischer Gegner 2542.

* * *

Die französische Parteipresse umfaßt gegenwärtig 14 politische Organe, von denen eins, die „Petite République Française", täglich erscheint. Da wir sehr häufig nach diesen Blättern und deren Adressen gefragt werden, so lassen wir nachstehend das Verzeichniß folgen, und zwar mit Ausnahme der „Petite République" in französischer Sprache, die ja denen, die sich für diese Blätter interessiren, geläufig ist.

Die Adresse der „Petite République Française", die von dem Abgeordneten Millerand redigirt wird, und fast alle namhafteren französischen Sozialisten zu Mitarbeitern hat, hat ihre Bureaux 149 Rue Montmartre, Paris. Sie kostet im Ausland — also auch in Deutschland 9 Franks vierteljähr. (M 7,20 M.).

Die übrigen, deren Preis in Frankreich zwischen 1 und 2 Franks beträgt, sind nach dem letzten Verzeichniß des „Socialiste":

Le Socialiste, organe central du Parti ouvrier, publié par les soins du Conseil national, hebdomadaire, 73, rue du Ruisseau, Paris. (Einmal wöchentlich.)

Le Travailleur, organe du Parti ouvrier du Nord, hebdomadaire, 28, rue de Fives, Lille. (Einmal wöchentlich.)

Le Réveil ouvrier, organe de la Section calaisienne du Parti, hebdomadaire, 5, rue des Prairies, Calais. (Einmal wöchentlich.)

L'Echo Soissonnais, paraissant trois fois par semaine Soissons. (Dreimal wöchentlich.)

Le Socialiste troyen, organe des groupes du Parti et des syndicats de l'Aube, rue de la Brouette, Troyes. (Nicht angegeben, wie oft erscheinend.)

Le Réveil du Havre, organe du Parti ouvrier havrais, 15, rue Casimir Périer, au Havre. (Einmal wöchentlich.)

Le Réveil du Centre, organe du Parti ouvrier de la Creuse, de la Corrèze et de la Haute-Vienne, Brive. (Einmal wöchentlich.)

La Question sociale, organe de l'Agglomération girondine du Parti, hebdomadaire, rue de Villeneuve, Bordeaux. (Einmal wöchentlich.)

Le Rappel social, organe du Parti ouvrier du Lot, hebdomadaire, Figeac. (Einmal wöchentlich.)

Le Socialiste du Midi, organe des groupes collectivistes de la Haute-Garonne, hebdomadaire, Toulouse. (Einmal wöchentlich.)

Le Réveil social, organe du Parti ouvrier du Tarn, hebdomadaire, 14, rue du Collège, Castres. (Einmal wöchentlich.)

La République sociale, organe du Parti ouvrier de la région de l'Aude, hebdomadaire, place Voltaire, Narbonne. (Einmal wöchentlich.)

Le Socialiste cettois, organe du Parti ouvrier cettois, hebdomadaire, Cette. (Einmal wöchentlich.)

Alle diese Blätter können entweder bei der Post bestellt werden, oder bei dem französischen Parteirath (Conseil national) Rue du Ruisseau 73, Paris.

* *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Maifest-Nummer des süddeutschen Postillon ist durch Gerichtsspruch wieder freigegeben. Redakteur und Verleger desselben, die Genossen Ed. Fuchs und Max Ernst standen am 20. Juni vor dem oberbayrischen Schwurgericht, weil in der Mainummer nach Ansicht des Staatsanwalts zum Klassenhaß aufgereizt sein soll. Auch die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Trotz der Anstrengung des Staatsanwalts erfolgte Freisprechung.

— Am 29. Juni findet vor dem Dresdener Schöffengerichte die Anklage gegen die Austrägerinnen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" wegen groben Unfuges statt.

— Die sächsische Polizei fährt fort, Ausländer abzuschieben. Abermals meldet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" zwei Ausweisungen. Vor einigen Tagen wurde der Schneider Friedrich Rodlich, Oesterreicher, ausgewiesen und Dienstag erhielt man dem Steinmetz Eduard Wasska aus Karlsbad Marschordre. Beide sind politisch nicht bemerkbar geworden, sie gehören ihrer Organisation an, wohl auch diesem oder jenem Verein, aber von einer politischen Thätigkeit kann bei ihnen keine Rede sein.

— Einen köstlichen Polizeihumor verräth folgendes von der Amtshauptmannschaft Chemnitz erlassene Verbot einer in Euba geplanten Versammlung unter freiem Himmel. Danach ist die Versammlung verboten: 1. Weil sie unter freiem Himmel tagen sollte. Da es leicht möglich ist, daß ein Regenwetter kommt, werden die Versammlungsbesucher nach Ansicht des Amtshauptmannes alle in das Lohr'sche Gut flüchten, und da dieses theilweise aus Holz gebaut ist, so könnte leicht Feuersgefahr entstehen! 2. Weil das Grundstück des Gutsbesitzers Ernst Lohr zu klein ist, würden sich auch Versammlungsbesucher auf das Grundstück des Nachbars stellen und dadurch könnten leicht Streitigkeiten entstehen! 3. Weil die Versammlungen immer mehrere Stunden anhalten und daran erfahrungsgemäß immer viele Personen beiderlei Geschlechts theilnehmen, für diese doch nicht genug Aborte da sind, würden sich einige für befugt halten können, Bedürfnisse im Freien zu verrichten, und dadurch könnten Verstöße gegen die Sittlichkeit stattfinden. Die Burgstädter „Volksstimme" bemerkt dazu: Wir wollen kein Wort der Kritik an diese Sache wenden, sondern nur mittheilen, daß wir in nächster Zeit wieder eine Versammlung einberufen werden, und da sollen von uns alle diese gewichtigen Gründe beachtet und genug Abtritte für Herren und Damen gebaut werden.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Schuhmacher!

Da bis jetzt die Unterhandlungen des Arbeiterausschusses mit dem Fabrikanten noch zu keinem Ziele geführt haben, sogar der Fabrikant in der „Volks-Zeitung" eine Annonce hatte einrücken lassen, wonach der Streik nur wegen Differenzen mit dem Werkführer herrührte, sieht sich der Arbeiterausschuß genöthigt, der Kollegenschaft mitzutheilen, daß die Differenzen hauptsächlich des neuen Lohntarifs wegen, wie von uns in unserem Bericht in der Nr. 140 des „Vorwärts" mitgetheilt wurde, ausgebrochen sind. Es wurde jedoch in unserer Zusammenkunft vom 19. Juni von sämmtlichen Arbeitern einstimmig der Beschluß gefaßt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis 1. sämmtliche Lohnforderungen bewilligt sind, und 2. bis der Werkführer Engel, der Sohn des bekannten Schuhfabrikanten Engel aus Erfurt, welcher 1890 die große Rolle im Erfurter Schuhmacher-Streik gespielt hat, entlassen ist. Hätte die Fabrik nicht eine durchweg organisirte Arbeiterschaft, so wären unter dem Drucke dieses Mannes, welcher nicht einmal Fachmann ist, die Verhältnisse überhaupt schon noch unerträglicher geworden. Daß sich dies eine organisirte Arbeiterschaft nicht gefallen lassen kann, muß klar sein, und werden wir von unseren Forderungen auch nicht um ein Haar breit abweichen, damit endlich einmal Umänderung solcher Verhältnisse geschaffen wird; denn wenn der Zuzug streng ferngehalten wird, muß der Sieg unser sein.

Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Arbeiter-Ausschuß
der Fürstenheim'schen Schuhfabrik.
J. A.: Gustav Huhn. Max Wähner.

Burg. Ueber den Stand des Schuhmacher-Streiks können wir folgende Mittheilung geben: In den 5 Fabriken stehen jetzt 270 Leute in Beschäftigung gegen 6—700 früher; darunter 55 männliche und 30 weibliche Streikbrecher am Ort. Zu unterstützen sind noch 239 Ausgesperrte mit 340 Kindern, davon 97 männl. Verh., 24 ledige, 96 weibliche und 22 Frauen, deren Männer abgereist. Wir sind jetzt die 10. Woche im Ausstand; die Haltung der Ausständigen ist eine musterhafte, trotzdem wir Streikbrecher zu verzeichnen haben, und leider auch einige Kommissionsmitglieder, die durch Bock erst wankelmüthig gemacht wurden, zuerst als Streikbrecher in Arbeit getreten sind. Diejenigen, die die Arbeit aufnehmen, müssen unterschreiben, daß sie keinem Fachverein angehören, ferner sind sie für alle Arbeit, welche schadhaft abgeliefert wird, ersatzpflichtig. Sodann ist vierteljährliche Kündigung eingeführt. Die einzige Waffe, welche wir jetzt haben, ist der Boykott und ersuchen wir deshalb die Arbeiter Deutschlands, die Burger Schuhwaaren zu berücksichtigen und den Zuzug streng fernzuhalten. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Das Streik-Komitee.
J. A.: W. Vogt.

Der Braunschweiger Bierboykott wurde in einer großen Versammlung nach einem Referate des Genossen Schoenlank auch auf die Steger'sche Brauerei ausgedehnt. Die beiden früher boykottirten Brauereien sind die Jürgen'sche und die Nationalbrauerei.

Gewerbegerichte sind im Jahre 1893 in folgenden preußischen Städten errichtet worden: Memel, Dirschau, Marienburg, Berlin, Küstrin, Stettin, Ostrowo, Pleschen, Gottesberg, Bolkenhain, Görlitz, Hoyerswerda, Hirschberg, Schmiedeberg, Beuthen (Oberschlesien), Magdeburg, Burg, Teuchern, Nendsburg, Büdelsdorf, Neumünster, Lüneburg, Dortmund, Lünen, Castrop, Hagen, Hattingen, Siegen, Herdfeld, Melsungen, Wiesbaden, Biebrich am Rhein, Oberlahnstein, Koblenz, Essen, Vohwinkel, Opladen, Malstatt-Burbach.

Risiko der Arbeit in der Brauindustrie. In der Bescheerer'schen Brauerei in Görlitz fand am 20. Juni eine Kesselexplosion eines Waschapparates statt. Der Braumeister Hauck erlitt einen Schädelbruch, an dem er bereits verstorben ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 22. Juni.

Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Das Wintermärchen.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Berliner Theater. Wilhelm Tell.
Residenz-Theater. Jugend.
Bellealliance-Theater. Ein Maskenball.
Alexanderplatz-Theater. Faust.
National-Theater. Italien in Berlin.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität. Novität.

Italien in Berlin.

Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von A. Wiedecke.
Dekorationen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinerien vom Theatermeister Otto Weiße. Elektrische Lichteffekte von Lakowsky. Kostüme vom Obergarderobier Paul Hildebrandt.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.**
Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Possen sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Ein **Dahomey-Dorf** mit **51 wilden Weibern.**
Tägl. 8 Vorführungen.
Um 11, 12, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Uhr.

Castan's

Panoptikum.
Der 13jährige Riese.
Die 20jährige Puppenfee.
Ohne Extra-Entree!

Reichshallen

Dönhoffs-Platz.
Im prachtvollen Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal.

Täglich
Humoristische Soirée der Nord-deutschen Sänger.

Zum Schluß:
Italien in Berlin. Ensembleszene.
Anf. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Sonntags Anf. 7 Uhr. Entree durchweg 50 Pf., nach 9 Uhr 30 Pf.

Evora-Bräu

in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden v. 20—100 Ltr. 30 Fl. = 3 M.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Weißbier!

Für **Fabriken** und **Werkstätten** sowie für **Wiederverkäufer** liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 4/10 oder 25 8/10 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluß, ohne Pfandberechnung.
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 214L*
Sedanstraße Nr. 73—75 und 82.
Berliner Weissbier-Brauerei.

Kein Boykott-Bier!! **Prenzlauer Allee 224,** Ecke Treskowstr. Vereinsz. z. vg.

Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am Sonnabend, den 23. d. M., findet bei **Feindt,** Weinstr. 11, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 92/2

Der Vorstand.
J. A.: Julius Janz,
Königsbergerstr. 33.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(E. H. 29.) Filiale Rixdorf.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Zahlstelle von Schöne, Bergstr. 110, nach Prinz Handjerystraße 63 bei **Schaumann** verlegt ist. 1327b **Die Ortsverwaltung.**

20 Mark, wer mir nachweist, daß ich Böhmisches Bier verkauft oder bekommen habe, wie beim Koll. Tempel im Lokal erzählt und durch Stuckateur Mörschel erfahren habe. Mein Bier ist von der Zwölfer-Kommission. 1333b
A. Zimmerling, Fruchtstr. 20.

Erklärung! 1334b
Da sich in der Fabrik des Herrn Groschkus das Gerücht verbreitet hat, ich hätte den Restaurateur Herrn Pesarra, Gollnowstr. 28, wegen längeres Aufhalten seines Lokals denunzirt, ich mich aber von diesem Vorwurf rein fühle, so erkläre ich, daß dieses Gerücht erfunden und ersuche diejenigen, die den Verbreiter des Gerüchts kennen, mir denselben namhaft zu machen, damit ich denselben gerichtlich belangen kann.
Robert Münzer, Gollnowstr. 20.

Achtung!
Erkläre das Gerücht, daß bei mir des Nachts boykottirtes Bier abgeladen worden ist, für unwahr. Ich schenke **kein Ringbier** aus. 1338b
B. Busse, Gastwirth,
Lausitzerstr. 49a.

Costüme im Hause 8—9 M., außer dem Hause pro Tag 2 M. Guter Sitz und saubere Arbeit garantirt. 836M
Louise Hopka,
Schleiermacherstr. 17, H. 3 Tr. l.

Kleiderspind, Vertikow sof. Oranienstraße 153, 3 Tr. r.

Achtung! 1332b Achtung!
Das **Stiftungsfest** d. **Geselligen Arbeitervereins „Hoffnung",** welches morgen, Sonnabend, den 23. Juni bei Rabe, Fichtestraße 29, stattfinden sollte, findet der **Saalsperre wegen nicht statt.** Die ausgegebenen Billets sind an der entnommenen Stelle abzugeben. **Der Vorstand.**

Ethische Gesellschaft.

Sonnabend, den 23. Juni 1894:

Grosses Sommerfest

in den „Arminhallen", Kommandantenstraße Nr. 20, bestehend in **Konzert, Lebenden Bildern, Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts, Kinder-Fackelpolonaise, Ball etc.**

Anfang des Konzerts 5 Uhr.

Den geehrten Damen ist die Kaffeeküche von 4—6 Uhr geöffnet.
Billets zum Preise von 25 Pf. sind zu haben: Restauration **Danner,** Manteuffelstr. 19; **Donath,** Saarbrückerstr. 11; **Hoppe,** Alexandrinenstr. 72, Hof 2 Tr., und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. 93/6
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Müller und Mühlenarbeiter Berlins u. Umgeg.

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 24. Juni, Nachm. 1½ Uhr, i. d. Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64 (2. Eing. Krautstr. 38).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Alw. Mohs** (Leipzig) über: Die Nothwendigkeit der Organisation und die Bedeutung derselben in der Nahrungsmittel-Industrie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 251/4
Es erheischt das größte Interesse aller Müllereiarbeiter zu dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Ueberschuß der Tellersammlung wird den ausgesperrten Brauereiarbeitern zugewiesen. **Die Agitations-Kommission.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen. Mitgliedschaft Berlin.
Sonnabend, 23. Juni, Abends 8½ Uhr, bei **Ehrenberg,** Annenstr. 16:

Lederarbeiter-Abend.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion und Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gesellige Aussprache.** 459/8
Es ist Ehrensache aller in der Lederwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 9½ Uhr, **ebendaselbst:**

Branchenversammlung der Kartonarbeiter.

Tagesordnung: 1. Die wirthschaftliche Lage der Kartonarbeiter. Referent: Kollege **Drews.** 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**
Die Zahlstelle Sperling, Oranienplatz, ist aufgehoben.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Bezirksversammlung für Charlottenburg

am Sonntag, den 24. Juni 1894, Vormittags 10 Uhr, im Restaurant Krause, Bismarckstr. 74.
Tagesordnung: 489/2
1. Vortrag des Genossen Jahn. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Die Rohrleger und Helfer **Charlottenburg's** sind hierzu besonders eingeladen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! **Maurer.** Achtung!

2 große öffentl. Maurerversammlungen

am Sonntag, den 24. Juni 1894, Vormittags 9½ Uhr,
1. „Swinemünder Gesellschaftshaus", früher Queitsch, jetzt Hübner, Swinemünderstr. 35;
2. bei Joel's, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohndrückerei im Baugewerbe, und wie stellen sich die Berliner Maurer dazu? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umgegend.
446/5 J. A.: **Hermann Schulz.**

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, H. pt., gegenüb. Andreasplatz, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

2 Versammlungen

am Freitag, den 22. Juni 1894, Abends 8½ Uhr, in Poppe's Restaurant, Lindenstr. 106;
am Sonnabend, den 23. Juni 1894, Abends 8½ Uhr, im Saale der „Kurfürstenhallen", Kurfürstenstr. 31.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag des Genossen, Reichstags-Abgeordneten **E. Wurm** über: „Alte und neue Agrarier-Politik." 2. Diskussion. 3. Mittheilungen und Fragen.
Mitglieder werden aufgenommen. — Gäste haben Zutritt.
Die zweite Versammlung wird nicht mehr inserirt.
373/19 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 24. Juni 1894, Vormittags präzise 10 Uhr, im „Elysium" Landsberger Allee 40/41:

Uebungsstunde.

Geübt werden die Lieder: Sommer-Sonnenwende, Bannerlied 2c. — Die Vereine werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. — Der Eintritt ist nur Sängern gestattet, Bundes-Mitgliedskarte legitimirt.
Ausschank von Nürnberger, Grätzer und Weissbier.
Im Nebensaale: Ausgabe von Billets und Plakaten zum

Sängerfest in Schmargendorf am 8. Juli 1894.

Die Eintheilung der Vereine in Wahlkreise und deren Obleute, von welchen die Billets verabfolgt werden, ist nach Vorzeigung der Vereins-Bundes-Mitgliedskarte wie folgt:
Obmann des 1. Kreises: **Kühner,** Wilhelmstr. Nr. 134:
Bundes-Nummer: 6. 20. 31. 35. 39. 45. 56. 57. 58. 67. 68. 80. 84. 87. 92. 104. 107. 109. 110. 123. 128. 138. 139. 144. 148. 156. 175 178. 197. 199. 202. 217.
Obmann des 2. Kreises: **Rasche,** Mariannenstr. Nr. 17, Hof 1 Tr.
Bundes-Nummer: 5. 27. 34. 42. 43. 52. 70. 72. 82. 90. 106. 112. 114. 116. 122. 132. 133. 158. 160. 165. 179. 184. 191. 196. 198. 201. 208. 211.
Obmann des 3. Kreises: **Kortum,** Manteuffelstr. Nr. 49, 2 Tr.
Bundes-Nummer: 1. 7. 8. 13. 18. 23. 24. 25. 46. 50. 53. 55. 79. 103. 108. 111. 118. 140. 141. 152. 155. 159. 182. 185. 186. 210. 212. 213.
Obmann des 4. Kreises: **Kaiser,** Pücklerstr. Nr. 54, 3 Tr.
Bundes-Nummer: 3. 9. 11. 16. 17. 22. 29. 30. 37. 40. 48. 54. 60. 63. 64. 66. 71. 74. 77. 78. 83. 85. 88. 94. 100. 101. 105. 125. 126. 127. 129. 142. 143. 147. 162. 169. 170. 174. 176. 177. 183. 187. 200. 206. 209. 216.
Obmann des 5. Kreises: **Meyer,** Mariannenstr. Nr. 2.
Bundes-Nummer: 2. 10. 12. 28. 32. 44. 47. 61. 78. 91. 97. 99. 113. 115. 119. 121. 134. 136. 146. 151. 163. 172. 218.
Obmann des 6. Kreises: **Ad. Neumann,** Pasewalkerstr. Nr. 8.
Bundes-Nummer: 4. 14. 15. 19. 26. 33. 36. 38. 41. 49. 51. 62. 69. 75. 76. 81. 86. 89. 93. 96. 98. 102. 117. 120. 124. 130. 131. 135. 137. 145. 149. 150. 157. 158. 161. 167. 168. 171. 173. 180. 181. 188. 189. 192. 193. 194. 195. 203. 204. 205. 207. 214. 215.
Wir ersuchen die Vereine, von obiger Eintheilung besonders Notiz zu nehmen. 107/12 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Allgemeiner Arbeiter und Arbeiterinnenverein Berlins u. Umg.
(Früher Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verein).

Das Sommernachtsfest

findet am Sonnabend, den 30. Juni, der Lokalsperre wegen nicht im Marienbad (Gesundbrunnen), sondern in den Sälen und Garten des Herrn **Pape,**
Kolbergerstrasse 23, statt. 82/2
Die bisher veranstalteten Programms haben für letztgenanntes Lokal volle Giltigkeit. Unter gütiger Mitwirkung des Volkshumoristen Herrn **Richard Heyne,** des Gesangskomikers Herrn **Paul Verney** u. a. bewährten Kräften. Auch für Kinder ist Rechnung getragen worden, um das Fest zu einem wirklichen Proletarierfest zu machen.
Die Musik wird von den Berufsmusikern ausgeführt.
Programm à 30 Pf., Herren die am Tanz theilnehmen zahlen 80 Pf. nach. Billets sind zu haben in den mit Plakat belegten Stellen, beim Komitee, beim Vereinsvorstand, sowie beim Wirth Herrn Pape.
Anfang 7½ Uhr Abends. Ende ???
Freunde und Gönner sind herzlich willkommen **Das Komitee.**

Zu der morgen, **Sonnabend, den 23. d. M.,** stattfindenden

Dampferpartie mit Sommernachtsball

der **Sattler** nach „Wilhelminenhof" sind Billets noch zum vierten Dampfer im Zigarrengeschäft von **Sasse,** unter Station Jannowitzbrücke, zu haben. — Hin- und Rückfahrt nebst Tanz 80 Pfg. Abfahrt 8½ Uhr. 44/2
Gäste willkommen.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Am Königsthor.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art.
Im neu parquettirten Saale: Täglich: **Gr. Ball.**
Von 5—7½ Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Nordbahn. Paradies-Garten Nordbahn.

am Untermühlen-See in **Birkenwerder.**
Bestens geeignet für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Fabriken. Herrlich schön und schattig am **Wald** und **Wasser** gelegen.
Großer Saal und Garten für 3000 Personen. Gr. Ausspannung. Kaffeeküche. Turngeräthe. Bootfahren u. Angelgelegenheit. Bestgeeignet für Ausflüge aller Art. — **Kein Boykottbier!** 322* **Adolf Burgemeister,** Paradieswirth.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu zwei Beilagen.**

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 142. Freitag, den 22. Juni 1894. 11. Jahrg.

Boykottirt sind:

1. **Schultheiß-Brauerei**, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und **Tivoli**).
2. **Brauerei F. Happoldt.**
3. **Böhmisches Brauhaus**, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. **Brauerei Karl Gregory**, Berlin (Adler-Brauerei).
5. **Vereins-Brauerei Rixdorf.**
6. **Spandauer Berg-Brauerei**, vorm. C. Bechmann, Westend bei Charlottenburg.
7. **Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.**

* * *

Aus dem Brauerring während des Boykotts sind **ausgetreten** und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt:

Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin

* * *

Dem Brauerring gehörten nicht an und die Arbeiterforderungen sind durchgeführt bei:

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Kintz u. Ko., Berlin.

Dem Brauerring gehören nicht an, Aeußerungen über die Durchführung der Arbeiterforderungen liegen aber nicht vor von

F. W. Hoffmann, Werder a. H.
G. Bauer, Werder a. H.
Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
Kaiser-Brauerei, Dummer und Kahl, Charlottenburg.
Brauerei Phönix, Lichterfelde.
Nordstern-Brauerei, Berlin.

* * *

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Anregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien von auswärts Bier nach hier ein:

Brauerei in Wusterhausen.
Exportbrauerei Rathenow.
Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Luckenwalde.
Brauerei Maß, Kottbus.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 21. Juni, Nachmittags 5 Uhr.

Der verstorbene Stadtv. Selle gehörte nicht weniger als 13 Ausschüssen, Deputationen und Kuratorien als Mitglied an. Zu Beginn der Sitzung erfolgen die bezüglichen Ersatzwahlen.

Die 4 neuen Rinderställe auf dem Zentralviehhof sind abgenommen worden. Das Protokoll bringt der Magistrat zur Kenntniß. Stadtv. Talke fordert bei dieser Gelegenheit den Magistrat auf, die endliche Aufhebung der Sperre für Schweine zu betreiben, da sonst der Schweine-Export von Berlin ganz aufhören müßte und das konsumirende Publikum schwer geschädigt werden würde.

Eine bezügliche Resolution gelangt ohne weitere Debatte zur Annahme.

Da mit dem Bau des Millionen-Denkmals auf der Schloßfreiheit begonnen werden soll, haben die Strombehörden von der Stadt die unverzügliche Beseitigung der beiden an der Stadtschleuse belegenen Fluß-Bade-Anstalten gefordert. Die Wiederaufstellung am Mühlendamm resp. an der Fischerbrücke ist von der Strompolizei nicht zugelassen worden, dagegen hat sie sich mit der Verlegung der Schwimmanstalt hinter die Frauen-Bade-Anstalt unterhalb der Waisenbrücke und mit der Verlegung der kleinen Männer-Bade-Anstalt zwischen die Pochhammer'sche Bade-Anstalt und die Waisenbrücke einverstanden erklärt. Da nach dieser Verlegung und nach Vollendung der Männer-Bade-Anstalt an der Jungfernbrücke im Mittelpunkt der Stadt sehr nahe bei einander fünf Männer-Badeanstalten und nur eine kleine für weibliche Personen liegen würden, schlägt der Magistrat vor, die beiden Männer-Badeanstalten an der Inselbrücke zur Benutzung für weibliche Personen zu bestimmen, wogegen aber das bisherige Frauenbad an der Waisenbrücke als Männerbad benutzt werden soll.

Die Vorlage wird angenommen, ein Antrag Mosch auf Ausschußberathung wird trotz Befürwortung durch den Antragsteller und den Stadtv. Hentig von der großen Mehrheit verworfen, nachdem Stadtrath Borchardt sich dagegen ausgesprochen und Stadtv. Singer ausgeführt hat, daß die Anstalten im Zentrum verbleiben müßten und die Verweisung an einen Ausschuß der Bevölkerung die Wohlthat der Benutzung für diesen Sommer entziehen würde.

Dem Beschlusse der Versammlung betr. die Vermehrung des ärztlichen Personals in den Krankenhäusern ist der Magistrat nur hinsichtlich der neuen Oberärzte für die chirurgischen Abtheilungen beigetreten; er lehnt dagegen ab, die Forderung dreier dirigirender Aerzte für die inneren Abtheilungen zu akzeptiren. Er beanstandet auch sämmtliche Bedingungen, welche die Versammlung an die Besetzung dieser neuen Posten geknüpft hat, und setzt weitläufig seine Gründe auseinander, weshalb er nicht für wünschenswerth, noch zweckmäßig, noch nothwendig hält, daß der dirigirende Arzt nicht im Krankenhause wohnt und in der Privatpraxis nicht beschränkt sein soll, daß Spezialisten bevorzugt werden sollen und daß für Moabit ein erprobter Bakteriologe angestellt werden soll. Er hält an dem Titel Oberarzt fest und will auch nur eine dreimonatliche statt einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist stipulirt wissen. Formulirte Anträge enthält die Vorlage nicht.

Stadtv. Jacobi beantragt Ausschußberathung der Vorlage. Er bemängelt, daß der Magistrat so lange auf eine Aeußerung in der Angelegenheit habe warten lassen; es liege hier eine der ärgsten Verschleppungen und außerdem ein Begräbniß vor, da der Magistrat sich einfach auf die Verneinung beschränke. Die Absicht des Magistrats, die Sache einschlafen zu lassen, sei unverkennbar.

Stadtv. Dr. Zadek: Daß der Magistrat so lange Zeit gebraucht hat, uns zu antworten, ist doch nicht verwunderlich. Wir sind ja an solche Verschleppungspolitik des Magistrats gewöhnt. (Unruhe. Vorsteher Langerhans bittet, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen.) An sich ist der Wunsch, den dirigirenden Arzt auch im Krankenhause wohnen zu lassen, gewiß sehr berechtigt, aber es taucht der Verdacht auf, daß der Magistrat lediglich die Assistenzärzte in die Oberarzt-Stellen aufrücken zu lassen beabsichtigt. Daß die dirigirenden Aerzte keine allgemeine Praxis treiben sollen, ist gleichfalls anzuerkennen; aber wir haben ja Spezialisten verlangt und die treiben keine allgemeine Praxis. Besonders die Verhältnisse der Arbeiterklasse, deren Angehörige in diese Krankenhäuser gehen müssen, fordern gebieterisch die Anstellung von Spezialisten. Die Organe der Arbeiterklasse, die Krankenkassen vor allem werden es schließlich sicher auch durchsetzen, daß der Magistrat diesen Forderungen gerecht wird. Die Versammlung hat es selbst verschuldet, daß sich der Magistrat jetzt so ablehnend verhält; sie hat ihm in ihren Beschlüssen zu viel Angriffspunkte geboten.

Stadtrath Straßmann bestreitet, daß die Sache mit dieser Vorlage begraben sei. Die Verzögerung sei zum Theil durch eine mehrwöchentliche Beurlaubung des einen Dezernenten verursacht worden.

Nachdem auch Stadtv. Sachs l unter Zurückweisung der Angriffe des Stadtv. Jacobi sich für Ausschußberathung ausgesprochen hat, wird demgemäß beschlossen und der Ausschuß vom Vorstande sofort ernannt. Zum Ausschuß gehört auch Dr. Zadek.

Das Projekt zum Neubau eines Lehrerwohngebäudes und einer Turnhalle auf dem Grundstücke der Dorotheenschule, Wilhelmshavenerstr. 1—5, beantragt Stadtv. Singer durch einen Ausschuß vorberathen zu lassen, um festzustellen, ob der Magistrat für nöthig erachtet, daß in der That das Direktorwohnhaus 100 000 M. kosten muß. Die Wohnung solle 8 Zimmer und Zubehör und daneben noch 2 Dachstuben umfassen. Es liege weder im Interesse der Gemeinde noch der Beamten, so große Dienstwohnungen einzurichten. Von dieser Opulenz müsse die Stadt wieder etwas abgehen.

Stadtbaurath Blankenstein spricht gegen den Ausschuß. Erreicht werde damit doch nichts, da die Skizze bereits genehmigt sei. Das Haus enthalte nicht blos die Direktorwohnung, sondern im ersten Stock ein Standesamt. Gewöhnlich erhielten allerdings die Direktoren nur 7 Zimmer (Zuruf: Nur 7! Heiterkeit); die Unterbringung der Standesamtsräume ergebe, daß der Direktor sich acht Zimmer gefallen lassen muß. Die beiden Dachstuben seien allerdings ein Novum.

Stadtv. Sachs II erklärt sich für den Antrag Singer, Stadtv. Horwitz für Annahme der Vorlage, da sonst der Fortgang des Baues der Schule in Frage gestellt würde und die Weiterverhandlung der Sache erst im September möglich sei.

Stadtv. Singer: Dann müßten wir überhaupt darauf verzichten, Einwendungen gegen Vorlagen zu erheben, die uns der Magistrat so kurz vor den Ferien macht. Seit Jahren stellen wir an den Magistrat das Ersuchen, dieses Verfahren abzustellen. Jedenfalls können wir durch solche Momente uns unser Recht der eingehenden Prüfung nicht verkümmern lassen. Der betreffende Direktor erhält 6000 Mark Gehalt; die Dienstwohnung muß auf 2400 bis 2500 Mark geschätzt werden. Dieses Mißverhältniß muß doch bei der Entscheidung auch berücksichtigt werden.

Aus der weiteren Debatte ergiebt sich, daß in der genehmigten Skizze die beiden Bodenkammern nicht enthalten gewesen sind.

Stadtv. Sachs II macht darauf aufmerksam, wie einmal die Versammlung auf die Skizze festgenagelt werde, andererseits der Magistrat sie beliebig abändere.

Der Antrag Singer auf Einsetzung eines Ausschusses wird darauf angenommen.

Die Beschlüsse der städtischen Behörden wegen der Dienstalterszulagen sind vom Provinzial-Schulkollegium mit dem Vorbehalt genehmigt worden, daß den Lehrerinnen auf die im öffentlichen preußischen Schuldienst zurückgelegten Dienstjahre voll angerechnet werden. Der Minister macht die Genehmigung von der Erfüllung dieser Forderung abhängig. Der Magistrat ist ihr zu entsprechen bereit und auch die Versammlung erklärt sich heute damit einverstanden.

Zur Fertigstellung des Denkmals für Kurfürst Friedrich I auf der Höhe von Friesack erbittet der Denkmals-Ausschuß von der Stadt Berlin einen Beitrag von 5000 Mark.

Stadtv. Dr. Hermes führt an, daß in diesem Ausschusse der Präsident des Reichstages und auch ein Berliner Stadtrath sitze, daß zu solchen Denkmälern die märkischen Städte stets Beiträge geleistet hätten und daß auch die größte märkische Stadt, Berlin, hierbei nicht zurückgeblieben sei. Der erste Kurfürst habe noch das besondere Verdienst, die widerspenstigen Junker, die auch die märkischen Städte drangsalirten, mit eiserner Faust niedergeschmettert zu haben. Er bewillige daher persönlich sehr gerne die erbetenen 5000 M.

Eine weitere Debatte findet nicht statt. Bei der Abstimmung durch Handaufheben wird die Vorlage vom Bureau für angenommen erklärt; auf energische Protestrufe von verschiedenen Seiten wird die Abstimmung durch Aufstehen wiederholt und als Resultat die Ablehnung konstatirt.

In Sachen der Ueberschreitung des Straßenzuges Unter den Linden—Schloßbrücke durch die Pferdebahn hat der Magistrat auf die Beschlüsse der Versammlung vom 9. März 1893 und auf die wiederholte Anfrage Dinse und Gen. jetzt eine Vorlage gemacht, wonach trotz des Einspruches der Universität die Genehmigung der betr. Linien nach der Dorotheenstraße und nach dem Hackeschen Markt durch Kabinetsordre vom 24. April cr. erfolgt ist. Wegen der auf Einstellung von Arbeiterwagen gerichteten Resolution wird bemerkt, daß der versuchsweise in dieser Beziehung von der Pferdebahn-Gesellschaft aufgestellte Fahrplan für besondere Frühwagen dem augenblicklichen Bedürfnisse genügt. Die Frage der Einführung des Zehnpfennig-Tarifs wird von der Gesellschaft noch erwogen.

Die dritte Resolution betr. die Verbindung des Nordbahnhofes mit Brunnenstraße und Schönhauser Allee soll dadurch zur Ausführung gebracht werden, daß eine neue Linie vom Vinetaplatz durch die Swinemünderstraße, die Kastanien-Allee und den Weinbergsweg nach dem Rosenthaler Thor angelegt wird. — Zur Ausgestaltung des Netzes im Süden der Stadt wird ferner eine Linie Marheineckeplatz-Jossenerstraße-Blücherstraße vorgeschlagen.

Stadtv. Dinse: Die Bedingungen, welche wir an die Genehmigung der neuen Linien geknüpft hatten, sind fast durchweg unerfüllt geblieben. Die Pferdebahn-Gesellschaft giebt allerdings die Million her, aber sonst sind nur wenige Zugeständnisse und auch diese nur provisorisch gemacht worden. Die Konzession in betreff der Arbeiterwagen ist ganz ungenügend, die vorgeschlagenen Linien zum Anschluß des Nordbahnhofes an die innere Stadt kommen dem Bedürfniß nicht entfernt entgegen. Ein ernstlicher Versuch, den Zehnpfennigtarif zu erlangen, ist seitens des Magistrats auch nicht gemacht worden. Die Gesellschaft „prüft“ diese Frage noch immer. Die Erlangung wenigstens eines Geleises durch die Charlottenstraße ist auch durchaus problematisch geblieben; angeblich soll die Charlottenstraße auch nicht einmal für ein Geleise breit genug sein. Ich stimme freilich der Vorlage zu, weil ich das Geringe nehmen muß, um überhaupt etwas zu erhalten.

Darauf wird die Vorlage betreffend die Ueberführung der Pferdebahn über den Opernplatz ohne weitere Debatte angenommen.

Die Linie Vinetaplatz-Rosenthalerthor empfiehlt Stadtverordnete Wallach zur Annahme, während er die Vorlage wegen der Verbindung Marheineckeplatz-Blücherstraße dem Ausschusse überweisen will. Er hält die letztere Linie, sofern sie nach der Friedrichstraße weiter geführt werden soll, für ganz überflüssig, während das Planufer, die Alexandrinenstraße und deren Nachbarschaft einer Verbindung mit dem Zentrum der Stadt noch gänzlich entbehren. Nachdem die Waterloo-Brücke erbaut sei, müsse auch der Engpaß an der Alexandrinenstraße endlich beseitigt werden. Es werde in diesem Carré auch in nicht zu ferner Zeit das erste Meßgebäude seine Stelle finden.

Stadtrath Neubrink: Es wird hier eine ganz neue Trace vorgeschlagen, die mit dem Projekt der Vorlage nichts zu thun hat. Was unter solchen Umständen ein Ausschuß soll, ist mir nicht klar.

Stadtv. Kreitling: Es gilt heute, einen alten Fehler gutzumachen, indem wir die Vorlage einfach annehmen. Seit Jahren wird diese so durchaus nothwendige Verbindung von der so stark gewachsenen Bevölkerung des Stadttheils vor dem Halleschen Thore gefordert.

Stadtv. Mommsen äußert sich in gleichem Sinne; der Verkehr der Zossener Straße gehe durch die Blücher- nach der Friedrichs- und Lindenstraße, nicht nach der Alexandrinenstraße. Dieses Carré habe übrigens einen wahren Ueberfluß an Pferdebahnen. Einstweilen sei der Meßpalast auch noch nicht da.

Stadtv. Wallach entgegnet, daß er sich gar nicht gegen die Linie ausgesprochen, sondern erst von der Blücherstraße an eine andere Trace verlangt hat.

Unter Ablehnung des Antrags Wallach wird die Vorlage in allen Theilen angenommen.

Schluß 7¾ Uhr.

Lokales.

Parteigenossen! Versäumt nicht, Euch in die Wählerlisten zur Gewerbegerichts-Wahl eintragen zu lassen!

Die Parteigenossen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten von der vorigen Wahl verworfen sind und daß ein Jeder, der wählen will, sich unbedingt in die Listen eintragen lassen muß. Am 28. Juni ist der Termin für die Eintragung in die Wählerlisten beendet.

Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., Wochentags von 8—3 Uhr;
2. in der Turnhalle der 181./169. Gemeindeschule, Tempelhofer-Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindeschule, Skalitzerstraße 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindeschule, Straußbergerstraße 9;
6. in der Turnhalle der 8./68. Gemeindeschule Gipsstraße 23A;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindeschule, Kastanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindeschule, Pankstr. 7—8;
9. in der Turnhalle der 118./128. Gemeindeschule, Thurmstraße 86.

und zwar Wochentags von Nachmittags 5 bis 8 Uhr und Sonntags von 12 bis 3 Uhr.

Als Ausweis genügen

für den Arbeitgeber

die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer,

für den Arbeitnehmer

ein Zeugniß seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen ꝛc., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zu den schriftlichen Anmeldungen können in Empfang genommen werden.

1. im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Treppen, während der Dienststunden von Vormittags 8 bis Nachmittags 3 Uhr, und
2. in den oben genannten Anmeldestellen während der vorgeschriebenen Anmeldefrist.

Es wird darauf ganz besonders aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht.

Versäume deshalb niemand die Eintragung rechtzeitig vorzunehmen.

Eine neue Winselei des Brauerringes gelangte gestern in unseren Besitz. Die Rösicke und Konsorten haben ein Flugblatt verfaßt, dessen Verbreitung vermuthlich in einigen Tagen erfolgen wird, und in welchem die Ringbrüder in bekannter Verlogenheit den Versuch machen, die Thatsachen auf den Kopf zu stellen, dabei zugleich an die öffentliche Mildthätigkeit appellirend, indem indirekt die Einwohnerschaft Berlins aufgefordert wird, doch ja Ringbier zu trinken. Zur Erheiterung unserer Genossen im Kampfe gegen den Brauerhochmuth hängen wir einige Sätze des Ring-Machwerks hiermit tiefer. So z. B. schreiben die vereinigten Wasserfärber:

„Die von den vereinigten Brauereien zum 16. Mai angekündigte Entlassung von 20 pCt. ihrer Arbeiter sollte nur für den Fall zur Ausführung gelangen, daß der über die Vereinsbrauerei zu Rixdorf verhängte Boykott bis zum 15. Mai nicht zurückgenommen sei. Diese Zurücknahme ist nicht erfolgt, und zwar, weil ein dahingehender Einfluß auf die Urheber des Boykotts von Seiten der Führer der Arbeiterschaft nicht nur nicht versucht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.“

Wir fragen, wer giebt Herrn Rösicke und seinen Braukollegen das Recht, der Arbeiterschaft Befehle zu ertheilen und wie kommen diese Leute zu der naiven Anschauung, zu glauben, daß ihre Ukase von den Arbeitern allerunterthänigst befolgt werden.

Warum aber theilen die wahrheitsliebenden Herren der Einwohnerschaft Berlins nicht mit, **daß die Gewerkschafts-Kommission in ihrem Schreiben an den Brauerverein ausdrücklich jede Gemeinschaft mit dem Boykott über die Rixdorfer Vereinsbrauerei abgelehnt hat.**

Warum verschweigen die angeblichen Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus, **daß der Boykott erst proklamirt wurde, als Hunderte von Arbeitern die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuths und der Unternehmersolidarität geworden waren.**

„Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.“

Weiter heißt es in dem zur Verbreitung gelangenden Brauereiflugblatt:

„Noch bevor in den zu diesem Zweck am Freitag, den 18. Mai einberufenen Volksversammlungen der Boykott über 7 hiesige Brauereien beschlossen war, hatten die vereinigten Brauereien in einer öffentlichen Kundgebung erklärt, daß ihnen die dauernde Aussperrung der ent-

lassenen Arbeiter fern läge, sie vielmehr bereit seien, dieselben — soweit es der derzeitige Betrieb gestatte — wieder einzustellen, wenn bis zum 24. Mai der Boykott über die dem Vereine angehörigen Brauereien zurückgenommen sei.

Indem auch dieses Anerbieten von den Führern der sozialdemokratischen Partei in ihrer Presse und in ihren Versammlungen, soweit es nicht mit Hohn zurückgewiesen wurde, geflissentlich ihren Anhängern verschwiegen worden ist, haben dieselben die alleinige Verantwortung für die von ihnen beklagte Schädigung der entlassenen Arbeiter auf sich."

Welche Heuchelei in dem ersten und welche Unverschämtheit in dem zweiten Satz.

Erst werfen die Bierprotzen Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster und dann verlangen sie, daß die ohne den geringsten Anlaß Mißhandelten den gnädigen Herren die Stiefel küssen. Nein, so haben wir nicht gewettet. Die Arbeiterschaft Berlins läßt sich nicht mit Füßen treten. Der gedruckte Stoßseufzer der vereinigten Brauherren klingt in folgenden elegischen Redensarten aus:

„Wir erklären hiernach nochmals, daß der von uns geführte Kampf einzig und allein gegen diejenigen gerichtet ist, welche durch Boykottirung von Mitgliedern unseres Vereins deren Existenz zu gefährden suchen. Wir haben von Anfang an nicht mehr und nicht weniger als die Zurücknahme des Boykotts erstrebt. Dies war und bleibt unser Ziel!

Wie von Anfang an, so hat es somit auch heute noch die sozialdemokratische Partei in der Hand, wie lange und in welchem Umfange zahlreiche Arbeiter und sonstige Gewerbetreibende den Wirkungen des Boykotts ausgesetzt bleiben sollen. Jeder, der zur Aufrechthaltung des letzteren beiträgt, verschlechtert somit zugleich die Lage der entlassenen Arbeiter!

So sehr wir im Interesse dieser Kreise eine Beilegung des Streites wünschen, so sind wir uns doch der Bedeutung des Kampfes nicht nur in unserem, sondern auch im Interesse der gesammten Industrie Deutschlands vollauf bewußt und hoffen auch fernerhin der Zustimmung aller unparteiischen Kreise sicher zu sein, wenn wir bei der im Vorstehenden dargelegten Stellungnahme beharren!"

Wir begreifen den Schmerz, welchen die stetig fallenden Bieraktien den Brauereidirektoren verursachen, und wir können uns denken, daß die Aussicht auf den Fortfall der Tantieme die Aufsichtsräthe nicht gerade heiter stimmt.

Aber es ist den Herren nicht zu helfen, sie mögen die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, nun auch auslöffeln, wenn's auch bitter schmeckt. Wer die Entstehungsursache des Boykotts kennt, weiß, daß derselbe der Arbeiterschaft aufgedrungen ist und wer die Berliner Arbeiter kennt, weiß auch, daß der Kampf mit aller Energie so lange geführt wird, bis sich bei den Bierprotzen das Sprichwort bewährt hat: Hochmuth kommt vor dem Fall. Die Arbeiterschaft hat nicht die Existenz von Mitgliedern des Brauereiringes zu gefährden versucht, sondern der Ring hat in brutalster Weise die Ehre und Würde der Arbeiterschaft mit Füßen getreten.

So steht die Sache und nicht anders.

Von der Zwölferkommission geht uns die Mittheilung zu, daß für Bier ausreichend gesorgt ist. Die Herren Wirthe, welche Bier beziehen wollen, welches der Arbeiterschaft konvenirt, werden darauf hingewiesen, daß sie sich entweder an die unterzeichneten Kommissionsmitglieder oder auch an die bekannten Brauereien direkt zu wenden haben, von denen sie prompt bedient werden.

J. Henke, Gr. Frankfurterstr. 73. F. Wilke, Andreasstr. 26. W. Lorenz, Koppenstr. 47. H. Köhn, Naunynstr. 83. G. Spieckermann, Weberstr. 66. Haferland, Bellermannstraße 87. M. Scheps, Reinickendorferstr. 7. B. Stabernack, Mühlenstr. 49a. G. Tempel, Langestr. 65. F. Zubeil, Naunynstr. 86. Schonheim, Gräfestraße 8. Wernicke, Charlottenburg, Krummestr. 19.

Achtung, Parteigenossen! Das Bureau der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter befindet sich Blumenstraße 38. Zur Empfangnahme und Abrechnung von Sammellisten und Unterstützungsgeldern ist jeden Tag (auch Sonntags) in der Zeit zwischen 9 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends mindestens ein Kommissionsmitglied anwesend. Die Unterstützung für die Ausgesperrten wird nur in den Stunden von Vormittags 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—5 Uhr ausbezahlt.

Die dem Ringe nicht angehörigen Brauereibesitzer resp. Leiter werden ersucht, sich bei Bedarf von Arbeitskräften nur an das Bureau (J. Wiedemann, Blumenstr. 38) zu wenden. Die ausgesperrten und gemaßregelten Brauereiarbeiter, sowie die im alten Arbeitsnachweis eingetragen gewesenen organisirten Brauer haben die Verpflichtung, sich jeden zweiten Tag auf dem Bureau zu melden. Nur dann ist es der Kommission möglich, eine geregelte und gerechte Vertheilung der geforderten Arbeitskräfte durchzuführen.

Die Sammelliste Nr. 199 für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter ist am vergangenen Sonntag in Friedrichshagen von einem Genossen verloren. Gezeichnet waren 2,25 Mk.; die Genossen werden ersucht, die Liste anzuhalten und in der Expedition des „Vorwärts" abzuliefern.

Charakterbilder. Die letzten Wochen haben gar manche interessante Charakteristik aus der bürgerlichen Gesellschaft gebracht. Die Brutalität der Brau-Unternehmer ist ebenso wie die Verlegenheit bürgerlicher Organe auch dem Blödesten sichtbar geworden. Wir registriren noch ein Drittes: die „Gesinnungstüchtigkeit" unserer Wirthe. Gleich vorweg sei bemerkt, daß eine ganze Reihe verständiger Wirthe und Saalinhaber, wie die neue Lokalliste ausweist, durch unsere Kritik nicht getroffen werden. Verständig sagen wir deshalb, weil — und hierbei haben wir die Saalfrage im Auge — die Frucht logischen Denkens die sein müßte, die Säle unter keinen Umständen zu sperren, von anderen Bedenken ganz abgesehen. Es steht fest, daß sich kein Einsichtiger über den kläglichen Ausgang dieser pomphaft angekündigten „Saalsperre" im Unklaren befinden konnte. Wie betäubt stehen nun die Arrangeure dieses Heldenstückes da. Welche geradezu elende Rolle haben manche dieser stolzen Saalverweigerer gespielt! Nicht einmal zu einem runden netten: „Nein" fanden sie den Muth; die Genossen, denen der Auftrag ertheilt war, Erklärungen in bezug auf die Lokalfrage einzuziehen, wurden mit nichtigen Ausreden: der Herr ist „krank", „verreist", „ausgegangen", „schläft", „erbittet Bedenkzeit" 2c. hingehalten. Es mag hier eingeschaltet werden, daß in der gesammten arbeitenden Bevölkerung eine Erbitterung gegen die Saal„inhaber" herrscht, wie sie selbst unter dem Ausnahmegesetz nicht vorhanden war. Es gab vordem noch Optimisten, die sich nicht ausreden lassen wollten, daß diverse Lokalbesitzer schon allein aus Dankbarkeit gegen die Arbeiterschaft, die sie bei miserablem Bier ausschließlich durch Versammlungen und Vergnügungen über Wasser gehalten hat, sich nicht zu Schwanzpolitikern der Ringmänner degradiren lassen würden. Das neueste Intermezzo hat gezeigt, daß sich bei den Wirthen zur Perfidie die totale Unfähigkeit, ihre Geschäftsinteressen wahrzunehmen, gesellt. Das Resultat wird nach Wunsch ausfallen. Die Arbeiterschaft wird sich künftig durch kein Bitten und kein Flehen davon abbringen lassen, auch die Saalfrage rein geschäftlich zu behandeln — mag zu Grunde gehen, wer zu einfältig ist, seine Zeit zu begreifen. — Die Todten reiten schnell. Wie bald wird sich das effektvolle Bild vor unseren Augen entrollen, welches einer der nicht hypnotisirten Saalbesitzer jüngst im Kreise seiner Freunde ankündigte: „Erst sperren sie ihre Buden zu, dann sperren sie die Hände auf, und dann, wenn die Millionen in Nichts zerflossen, dann sperren sie — das Maul auf." — —

Wie die kleinen Brauereibesitzer über Herrn Röhicke denken. Die Nr. 84 der „Deutschen Brau-Industrie" vom 19. Juni bringt auf ihrer ersten Seite Herrn Röhicke folgende Liebenswürdigkeiten entgegen:

Auf der Generalversammlung der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin, am Freitag, den 8. d. M., wurde es für sehr vortheilhaft gehalten, einen „Gersten- und Hopfenmarkt in Berlin" zu errichten, und diese Idee von Herrn Röhicke, Direktor der Schultheiß-Tivoli-Brauerei sehr warm befürwortet. Herr Röhicke führte etwa Folgendes an:

> Die mittleren und kleinen Brauereibetriebe bekommen sehr oft gar keine Gerstenproben zugeschickt, vielmehr müssen sich dieselben erst mit der Bitte um Zustellung von Proben an den Gerstenlieferanten wenden. Hierauf aber wäre es wiederum sehr schwer, die richtige Auswahl zu treffen, und käme es sehr oft vor, daß, bevor ein endgiltiger Entschluß gefaßt, der Boden mit geringen Malzsorten gefüllt wäre.

Manches Wahre mag ja an der Sache sein, aber zum mindesten ist sie doch stark übertrieben. Ein gut geleiteter kleiner Betrieb wird jedenfalls eine sorgfältige Auswahl seiner Rohmaterialien auch ohne Herrn Röhicke's Hilfe zu treffen wissen, an Angebot wird es dabei auch nicht fehlen. Angenommen aber ein Gersten- und Hopfenmarkt in Berlin wäre so zweckmäßig, so sind es wahrlich nicht die oben angeführten Gründe gewesen, die Fürsorge für die kleinen und mittleren Brauereien, welche Herrn Röhicke veranlaßten, so warm für den Gersten- und Hopfenmarkt einzutreten. Ein Herr, der die ganze Provinz Brandenburg mit Bierniederlagen überschwemmt und sein Geschäft nicht etwa durch die Qualität seiner Biere, sondern durch Preisschleuderei und die Aufdringlichkeit seiner Bierreisenden macht, darf sich nicht gebärden, als wolle er den kleineren Betrieben mit seinen Erfahrungen — die doch auf dem Gerstenmarkt maßgebend sein werden — hilfreich zur Seite stehen. Es ist mir ein Herzensbedürfniß, diese meine Ansicht öffentlich bekannt zu geben und bin ich überzeugt, daß ich nicht vereinzelt mit derselben dastehen werde.

Otto Beckereit.

Daß dieser Schmerzensschrei aus tiefster Brust kommt, wird auch Herr Röhicke wohl nicht bestreiten. Desgleichen steht aber auch mit Sicherheit fest, daß den kleinen Brauereien alles lamentiren nichts hilft, zumal sie mückengleich dem Licht, das Herr Röhicke zur Zeit leuchten läßt, mit einem Eifer zufliegen, der nur zu deutlich die Absicht erkennen läßt, sich die Flügel zu verbrennen!

„Rothe Nelke" heißt ein Gesangverein, der in Bourgeoisblättern niedersten Kalibers zur Auffrischung einiger Boykottmärchen durchaus herhalten soll. In einigen solchen Blättchen wird von einem zeilenschindenden Tintenkuli mitgetheilt, in der „Rothen Nelke" sei eine „Bierpatronille" aufgetaucht, habe den Gästen die „schaurige Mittheilung" gemacht, daß ihre Kehlen ruinirt würden, da sie im Begriff stünden, boykottirtes Bier durch ihre Kehlen zu jagen 2c. Von all diesem Gefasel würden wir nichts erwähnen, wenn wir nicht von zuständiger Seite um Klarstellung dahin gebeten wären, daß nicht boykottirtes, sondern Bier aus der Brauerei Carlsberg (Charlottenburg) getrunken wurde, daß niemand die von dem bürgerlichen Tintenklex verbreitete Schauermittheilung machte, daß aber der Verbrauch von Bier auf den Nullpunkt herabsank, als ein Mitglied des Vereins mittheilte, daß das Lokal von Noack, in dem Sangesbrüder von der „Rothen Nelke" beisammen wären, zu Arbeiterversammlungen nicht zu haben ist. — Warum Herr Tintenklex falsch berichtet hat? Aber! Kann denn ein bürgerliches Herz, und sei es das eines Tintenkulis, auch nur die einfachsten Dinge unbefangen und richtig auffassen, wenn es sich um rothe Nelken handelt? Das kann doch nicht einmal ein Büffel.

Die Lokalkommission von Stralau giebt bekannt, daß sämmtliche Wirthe dieses Vorortes Gefallen darin gefunden haben, den Arbeitern ihre Lokalitäten für Versammlungen zu sperren. Es ergeht daher an die Arbeiterschaft Berlins die Aufforderung, beim Verkehr in Stralau ihr Verhalten diesem Beschluß der Wirthe gemäß einzurichten. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß die Brauerei Stralau die erste war, die ihren Saal für Versammlungen zurückzog.

Bewußte Unwahrheit in Sachen des Bierboykotts wirft uns eine Zeitung vor. Daß dies die „Staatsbürger-Zeitung" ist, die verlogenste, schmutzigste, die Verleumdung berufsmäßig betreibende Vettel ist, wird die Trübsinnigsten zu schallender Heiterkeit anregen.

Zur Ausbeutung der sogenannten Kopfarbeit, die vom Kapital längst mit derselben Rücksichtslosigkeit betrieben wird, wie die Ausbeutung der Handarbeit, haben die jüngsten Tage einen ganz besonders lehrreichen Beitrag geliefert. Der deutsche Bühnenverein — eine Vereinigung von Theaterdirektoren, also von Arbeitgebern — will den Schriftstellern die Einnahmen aus der Aufführung ihrer Stücke beschneiden und ihnen auch sonst ihre Autorrechte in mancher Weise verkürzen. Dagegen wollen sich nun aber die in ihren Interessen und theilweise geradezu in ihrer Existenz bedrohten deutschen Dramatiker auflehnen. Wildenbruch, Wichert, Sudermann, Kadelburg und Blumenthal sind beauftragt worden, ein Syndikat der deutschen Bühnenschriftsteller zu gründen. Jede Schädigung eines einzelnen Schriftstellers durch den Ring der Theaterdirektoren soll gemeinsam abgewehrt werden. Damit wäre also die „Lohnfrage" bei den Bühnenschriftstellern glücklich in dasselbe Stadium getreten, das sie bei dem darstellenden Personal ja längst erreicht hat. Der Direktorenring will den Schriftstellern ebenfalls den Brotkorb höher hängen — keine üble Idee! Bei dem darstellenden Personal ist ihm ja die Knebelung gelungen, indem er das bekannte und beliebte Mittel zur Anwendung brachte, kontraktbrüchig gewordenes (oder auch durch Chikanen zum Kontraktbruch gezwungenes) Personal von allen Ringbühnen auszusperren. „Ganz wie bei uns!" werden die Handarbeiter unter unseren Lesern denken. Schnurrig ist nur, daß die „Aufhetzung" dies Mal nicht von — Sozialdemokraten ausgeht. Man bedenke, daß zwei so militärfromme Herren wie Wildenbruch und Wichert an der Spitze des Ausschusses stehen. Beide haben sich bekanntlich bisher sogar der wärmsten Förderung durch den Kaiser zu erfreuen gehabt. Das Allerschnurrigste ist, daß die Verkürzung der Einnahmen von dem Weimarischen Intendanten Bronsart von Schellendorf vorgeschlagen worden ist. Wenn schon so hoch begünstigte Bühnenschriftsteller gegen Hoftheater-Intendanten sich auflehnen, was sollen dann erst die weniger gut situirten Schriftsteller thun? Die Gelüste des Herrn von Schellendorf, der sich mit seinem Vorschlag auf eine Stufe mit Herrn Schippanowski stellt, dürften auch in diesen Kreisen eine Gährung hervorrufen, die mit Genugthuung zu begrüßen ist. Auch hier giebt es ein gewaltiges Heer von Unbeschäftigten, das nach Arbeit und Verdienst trachtet. Freilich darf man von dem sogenannten „Geistesproletariat" noch nicht viel erwarten. Solidaritätsgefühl sucht man hier meist vergeblich. Darum darf sich auch der ausbeutende Arbeitgeber dem „Geistesproletarier" gegenüber beinahe noch über müthiger benehmen als gegenüber dem vorwiegend mit der Hand arbeitenden Proletarier. Bei der „Lohnbewegung" der Bühnen-Schriftsteller ist vollends zu befürchten, daß die leitende Theilnahme der Herren Wildenbruch, Wichert u. s. w. eine ausgeprägt antikapitalistische Richtung von ihr fernzuhalten wissen wird. Am Ende könnte es scheinen, als ob diese ganze Angelegenheit unsere Genossen überhaupt sehr wenig angeht. Wir meinen jedoch, daß sich gerade an diesem Beispiel mit seltener Deutlichkeit zeigt, wie sehr dem kapitalbesitzenden Unternehmerthum ein ausbeuterischer Charakter innewohnt, ob es sich dabei nun um Ausbeutung von Hand- oder von Kopfarbeit handelt. Dem Handarbeiter, der seine Forderung höheren Lohnes mit dem Hinweis auf die Höhe des Unternehmergewinnes begründet, wird erwidert, die „geistige Arbeit" der leitenden, rechnenden, denkenden Unternehmers müsse eben besser bezahlt werden. In Wirklichkeit denkt aber das Unternehmerthum von dem Kopfarbeiter und der Entlohnung, die ihm für seine Arbeit zukommt, ebenso gering wie von dem Handarbeiter. Beide sind ein Ausbeutungsobjekt, wenn sie es sich gefallen lassen. Und beide können sich dem Unternehmerthum gegenüber nur behaupten, wenn sie sich zu gemeinsamer Vertheidigung ihrer Interessen zusammenschließen.

Den Wahlvereins-Mitgliedern des 3. Wahlkreises zur Nachricht, daß am Sonntag, den 24. Juni, ein Familienausflug nach Schmargendorf stattfindet. Treffpunkt um 11 Uhr Morgens in Sandsouci.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in christlicher Beleuchtung. Drollig malt sich die Welt in den Köpfen des aus einer Reihe hoher Beamter, Pastoren und deren Damen bestehenden Kuratoriums vom „Paul Gerhardt-Stift". Diese Herrschaften geben sich zur Zeit die Ehre, den Klingelbeutel für ihr frommes Werk unter der Bevölkerung herumgehen zu lassen. Zur Motivirung ihres Thuns versenden sie ein Flugblatt, in dem zum Preise frommer Schwestern u. a. folgendes geschrieben steht:

„Der Sozialist, der nie zufrieden, die Arbeitszeit auf acht Stunden reduziren und den Lohn um 50 pCt. erhöhen will, kommt mit sich selber in Zwiespalt, wenn er sieht, daß die Schwester unter Umständen Tag und Nacht dient, nicht mit Murren, sondern stille, theilnehmend, freudig, ohne zu rechnen: was wird mir dafür? Es ist das nichts besonderes, es ist eben christlich, aber kaum bei andrer Gelegenheit tritt ihm der Kontrast zwischen dem Prinzip, dem er folgt und das ihn unglücklich und unzufrieden macht, und dem, welchem ein Christ, in diesem Falle die Schwester, folgt und das sie glücklich und zufrieden macht, so schroff und für ihn so beschämend entgegen."

Wir wollen auf die Aufopferung der Diakonissinnen, die meistens nur den einen Fehler hat, daß sie unter dem unkleidsamen Mantel der Frömmigkeit geübt wird, keinen Stein werfen. Wohl aber erlauben wir uns, an die hochgeborenen Herrschaften, die diesen Aufruf unterschrieben haben, die höfliche Bitte zu richten, auch nur einmal eine einzige Woche lang den „Sozialisten" in der mit Pestluft geschwängerten staubigen Fabrik abzulösen, die ihn bei zwölfstündiger und längerer Arbeitshast gegen einen Lohn, der auch nicht im entferntesten zum normalen Sattessen ausreicht, frühzeitig zu Tode martert. Nur eine einzige Woche! Vielleicht dämmert dem Generalsuperintendenten Brückner, der Frau v. Gohler, dem Generalkonsul Gilka, dem Herrn v. Mirbach, Oberhofmeister, Exzellenz, den Gräfinnen Dohna, zu Eulenburg 2c. 2c. nach Verlauf einer solchen Woche „freudiger Arbeit" ein Licht darüber auf, warum der Sozialist und die Sozialistin die Arbeitszeit auf acht Stunden reduziren und den Lohn um 50 pCt. erhöhen wollen, und warum sie, so lange sie in diesem Höllenleben noch nicht zur Bestialität herabgestoßen sind, nothgedrungen die erhabene Tugend der Unzufriedenheit üben müssen.

Ueber die höchst zweifelhaften Mittel, die von einigen Leuten benutzt werden, um den Mitgliedern einer Ortskasse in bezug auf ihr Bestimmungsrecht in den Verwaltungsgeschäften und der Wahl ihrer Vertreter hindernd in den Weg zu treten, darüber geben folgende beiden Schriftstücke, die wir ohne Kommentar unseren Lesern zur Kenntniß geben, einen deutlichen Beweis:

Berlin, den 21./3. 94.

Einer hochlöblichen Gewerbe-Deputation
hier.

Unterzeichnete Arbeitgeber erlauben sich hiermit auf folgende Vorgänge der letzten Generalversammlung der hiesigen Orts-Krankenkasse der Tischler vom 15. März 1894 aufmerksam zu machen.

Wie die beiliegende Tagesordnung (Protokoll) zeigt, sollte § 56 des Statuts, welcher den Vertretern der Generalversammlung die Wahlen der Beamten überweist, dahin geändert werden, daß künftig nur das Wahlrecht den Arbeitnehmern zuerkannt wurde. Der Antrag wurde mit großer Majorität der Arbeitnehmer angenommen. An Stelle des Rendanten-Stellvertreters Furchtbar, dem man nur das Zeugniß eines tüchtigen Beamten geben konnte, der aber trotzdem gekündigt wurde, da er sich nicht den allgemeinen Arbeiterbeschlüssen füge, wurde der frühere Vorsitzende der Berliner Holzarbeiter, Koblenzer, gewählt. Die Arbeitnehmer waren nahezu einstimmig der Ansicht, daß für ihre gemaßregelten Kollegen die Aemter der Kasse und diese selbst stets ein Zufluchtsort sein müsse. Unserm Verlangen, diese von der großen Mehrheit der Arbeitnehmer getheilten Ansichten protokolliren zu lassen, wurde nicht Folge gegeben. Wenn wir nun auch nicht der Meinung sind, daß eine hochlöbliche Gewerbe-Deputation derartigen ganz ungesetzlichen Anträgen, wie die Umänderung des § 56 ihre Zustimmung geben werden, halten wir uns doch im Interesse einer gedeihlichen Fortentwickelung unserer Kasse für verpflichtet, auf das Gefährliche derartiger Versuche hinzuweisen, und bitten, der Neufassung des § 56, sowie auch der Wahl des Rendanten-Stellvertreters die Bestätigung versagen zu wollen.

Hochachtungsvoll
gez. C. Rahardt, Tischlermeister,
Oranienstraße 9,
folgen 74 weitere Unterschriften.

Berlin, den 13. April 1894.

Einer wohllöbl. Gewerbedeputation des Magistrats erlaube ich mir hiermit ganz ergebenst folgendes zu unterbreiten.

Nach Einsicht des Protokolls von der am 15. März cr. abgehaltenen Generalversammlung der Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Berlins fühle ich mich als Mitglied berechtigt, in der Absassung des Protokolls auf einige Irrthümer aufmerksam zu machen und deren Abhilfe herbeizuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung. Führt der Herr Schriftführer der § 51 Absatz c des Statuts an, letzterer Absatz nicht vorhanden ist.

Der nur bezwecken sollte, den Arbeitgebern das Recht abzuschneiden, bei den Wahlen der Kassenbeamten nicht mitzustimmen.

Der Herr Schriftführer muß sich aber auch mindestens bemühen, einen wahrheitsgemäßen Bericht vom Verlauf der ganzen Versammlung zu bringen und nicht nur einzelne Theile der Verhandlung protokolliren.

Als ein Herr König folgenden Wortlaut als Redner gebraucht hatte:

Die Beamtenstellen der Ortskassen müssen nur dazu dienen, diese Kollegen, welche politisch oder gewerkschaftlich gemaßregelt werden, einen Unterschlupf zu bieten.

Der Tischlermeister Herr Lubrich stellte einen direkten Antrag, dieses wörtlich im Protokoll niederzuschreiben.

Der Herr Schriftführer antwortete: Sollte er dieses thun, so würde er sofort sein Amt als Schriftführer niederlegen.

Dieser Antrag des Herrn Lubrich wurde von der Versammlung abgelehnt; aber dennoch war selbiger verpflichtet, diesen Antrag in Erwägung zu ziehen.

Ferner protestirten die Arbeitgeber nicht nur, sondern sie hatten vorher schon erklärt, daß sie sich der Abstimmung über ungesetzliche Anträge enthalten würden.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung ist zu bemerken, daß dieser Antrag nicht ausgedehnt wurde, sondern ersterer wurde in seiner Fassung zurückgezogen, und nun wurde eine neue Formulirung des Antrages vorgenommen, schriftlich ist zwar selbiger nach

§ 51 Absatz 4 des Statuts nicht gestellt worden, selbst die Vorschriften des § 54 Absatz 5 des Statuts sind nicht in Anbetracht gezogen worden.

Auch bei der vollzogenen Wahl, welche durch Stimmzettel erfolgte, ist nicht richtig gehandelt worden, man hat sich bei der Ausgabe der Stimmzettel nicht einmal überführt, wie viel ausgegeben worden sind, es ist auch vorher nicht festgestellt worden, wieviel wahlberechtigte Personen anwesend waren.

Ferner haben die beiden Beisitzer dieses Protokoll noch nicht unterzeichnet, es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß vielleicht dieselben: ge-n die Fassung könnten Einspruch erheben, mithin würde die ganze Arbeit umsonst sein, aus diesem Grunde erscheint es wohl nothwendig, diese Sache näher zu untersuchen.

gez. Paul Furchtbar,
Rendant-Stellvertreter
der Orts-Krankenkasse der Tischler.

Mord oder Selbstmord. Eine dunkle Angelegenheit beschäftigt gegenwärtig die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II. Am Dienstag Morgen gegen 7 Uhr sahen Pferdebahn-Kutscher, Soldaten und noch andere Personen etwa 200 Meter von der Chaussee Tempelhof-Berlin einen vornehm gekleideten Mann anscheinend schlafend auf dem Exerzierplatz liegen. Als man sich gegen 11 Uhr der Stelle näherte, fand man eine Leiche. Der Todte ist etwa 30 Jahre alt gewesen, trug einen schwarzen Cheviotanzug, einen grauen weichen Filzhut mit breitem dunklem Ripsbande, tadellose Wäsche und auf den gelben Manschettenknöpfen in erhabener Ausführung einen Leuchtthurm bezw. ein Schiff. Der Unbekannte hat langes dunkelblondes Haar und einen starken, kurzen Schnurrbart. Auf der rechten Wange ist eine Narbe sichtbar. In dem Jacket ist die Firma Kolbe u. Kriem, Hamburg, Bleichenbrücke 6, eingedruckt. Die nähere Besichtigung der Leiche hat ein merkwürdiges Ergebniß herbeigeführt. In der linken Brust ist ein Schußkanal sichtbar. Rock, Weste und Hemd sind jedoch nicht durchlöchert, waren aber vollständig zugeknöpft. Ausweispapiere, Werthgegenstände waren ebenso wenig vorhanden, wie eine Schußwaffe, die rechte Hand des Todten war in den Rock geschoben und ruhte auf der linken Brust. Die Leiche war der Stiefel entkleidet, die man in einiger Entfernung auffand. In einer Rocktasche steckten, in Zeitungspapier eingewickelt, drei Revolverpatronen, die zu der Annahme berechtigen, daß der Unbekannte sich selbst den Schuß in die Brust beigebracht habe. Fast unglaublich muß aber erscheinen, daß er sich später die Kleider hat zunähen können. Man neigt vorläufig der Ansicht zu, daß eine Beraubung der Leiche eines Selbstmörders vorliegen kann.

Drei schwere Eisenbahn-Unglücksfälle haben sich in den letzten Tagen im Betrieb des Stadt-Nordrings zugetragen. Das folgenschwerste Unglück ereignete sich am Mittwoch Nachmittag um ½5 Uhr in der Nähe des Bahnhofs Wedding an der Ueberbrückung des Tegeler Weges. An dieser Stelle waren acht Bahnarbeiter der Arbeitskolonne Nr. 60 vom Gesundbrunnen mit der Ausbesserung des Bahndammes an dem Personengeleise Nr. 2 beschäftigt, als der Hornist das Warnungssignal für den um 4 Uhr 22 Minuten vom Bahnhof Beusselstraße abgelassenen Nordringzug, sowie für den mit einiger Verspätung um 4 Uhr 25 Minuten vom Bahnhof Wedding abgelassenen Personenzug gab. In demselben Augenblick brauste vom Bahnhof Moabit her auf dem Gütergeleise Nr. 2 ein Güterzug heran und so war von den vier Geleisen nur das Gütergeleise Nr. 1 frei, auf welches sich dann auch die Arbeiter zurückzogen. Zwei der Männer, die Arbeiter Korezinsky und Schwarz traten jedoch zu weit über das Geleise Nr. 1 hinaus, beide wurden von dem Güterzuge erfaßt und überfahren. K. wurde auf der Stelle getödtet; der Körper war buchstäblich in Stücke geschnitten. Der zweite Arbeiter ist lebensgefährlich verletzt; er wurde nach der Charitee gebracht, der rechte Arm des Unglücklichen ist vom Rumpf getrennt und außerdem hat er schwere innere Verletzungen davongetragen.

Ein ganz ähnlicher Unglücksfall hat sich am 11. d. M., wie merkwürdigerweise erst nachträglich bekannt wird, an dem Bahnhof Beusselstraße zugetragen; die Bedienungsmannschaften des um 10 Uhr Abends auf dem Schlesischen Bahnhofe eintreffenden Vorortzuges 1061, welcher früh Morgens um 6 Uhr die Weiterfahrt anzutreten hat, pflegen in dem Dienstgebäude des Güterbahnhofes zu Moabit zu übernachten, bis wohin sie mit dem Nordring-Zuge fahren. Um das Gebäude zu erreichen, muß das Personal die Geleise der Hamburger Bahn überschreiten. So war dies auch am genannten Abend der Fall; als die Beamten sich an dem ersten Geleise befanden, bemerkten sie das Heranbrausen eines Zuges aus der Richtung Spandau und blieben stehen, ohne zu bemerken, daß vom Lehrter Bahnhof ein Personenzug herankam. Von diesem letzteren Train wurden drei der Beamten zu Boden gerissen, doch während zwei derselben ohne jeglichen Schaden davonkamen, erhielt der Bremser Neugebauer eine so schwere Verletzung an der Schläfe, daß der Tod sofort erfolgte.

Das dritte Unglück ereignete sich am Montag Vormittag an der Station Jungfernheide. Gegen ½10 Uhr war dort an einem Herzstück der Verbindung eines Geleises der Stadtbahn mit der Hamburger Bahn ein Arbeiter Wegener mit der Reinigung der Weiche beschäftigt, ohne zu bemerken, daß der um ½10 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof fällige Vorortzug von Nauen herannahte. Ebenso wenig wurde der Arbeitende von dem Lokomotivführer wahrgenommen; W. wurde überfahren und der Kopf des Bedauernswerthen buchstäblich zermalmt. Der Lokomotivführer, der keine Ahnung von dem entsetzlichen Unglück hatte, machte auf dem Lehrter Bahnhof Meldung, daß an dem Herzstück etwas schadhaft sein müsse, weil die Lokomotive beim Passiren der Stelle hochgesprungen sei; man schickte sofort Mannschaften hinaus und fand hier den unglücklichen W. todt neben dem Geleise liegend vor.

Angesichts der in neuester Zeit geradezu in schreckenerregender Häufigkeit erfolgten Vernichtungen von Menschenleben auf den Bahnkörpern der Stadt- und Ringbahn muß man sich fragen, ob denn unsere vielgepriesene Kultur es noch nicht dahin gebracht hat, daß das Leben der Bahnarbeiter hinfort besser als bisher geschützt werden kann. Sollte es ohne Rücksicht darauf, ob dem Staat ein paar lumpige tausend Mark mehr zugeführt werden oder nicht, nicht möglich sein, Leben und Gesundheit des Personals derart zu sichern, daß der Streckenarbeiter z. B. nicht mehr mit Grauen daran denken muß, ob er lebend wieder heimkehrt, wenn er im Morgengrauen seine Familie verläßt, um sich für einen Lohn, der auch nicht entfernt zu anständiger Ernährung ausreicht, dem Staat zur Verfügung zu stellen?

Merkwürdige Zustände herrschen in der Poliklinik des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses in der Reinickendorferstraße. Laut Bekanntmachung am Eingang ist die Sprechstunde für innerlich kranke Kinder auf täglich 10—11 Uhr, diejenige für äußerlich kranke Kinder auf täglich 2½—3½ Uhr festgesetzt. Daraus darf man aber nun beileibe nicht schließen, daß es innerhalb der genannten Zeiten jeder Mutter gestattet sei, mit dem kranken Kinde die Poliklinik zu betreten und den Arzt zu konsultiren. Ja, diejenigen Frauen, welche sich zum ersten Male einstellen, dürfen das; aber von vielen anderen Frauen wird darüber Klage geführt, daß ihnen oft schon um 10½ beziehungsweise 8 Uhr der Eintritt verweigert worden sei mit dem Bedeuten, gefälligst am nächsten Tage „pünktlicher" zu kommen. Frauen, die sich am anderen Tage bei den Aerzten — vielleicht waren es auch nur Kandidaten — beschwerten, erhielten zur Antwort, daß ihnen der Zutritt nicht verweigert werden dürfe. Es ist also die Möglichkeit vorhanden, daß an der Verwaltung die eigentliche Schuld nicht liegt. Trotzdem geht es seit Jahr und Tag in der alten Weise weiter. Wir sind der Ansicht, daß man gerade in einem Kinder-Krankenhause die poliklinischen Sprechstunden eher ausdehnen als abkürzen sollte. Wenn die Sprechstunden vom Publikum übermäßig stark in Anspruch genommen werden, so giebt es geeignetere Mittel, um dem abzuhelfen, als Mütter, die womöglich vom anderen Ende der Stadt kommen, schlankweg auf den nächsten Tag zu vertrösten.

Den hiesigen Militärkapellen ist eine Verfügung des Kriegsministers zugegangen, derzufolge sie sich mit den Zivilmusikern über die Preisforderungen für Musikaufführungen verständigen sollen. Der Verband der Zivilmusiker hat infolge dessen einen Tarif aufgestellt, dessen Sätze aber den Militärmusikern zu hoch erscheinen. Sie fürchten, daß sie bei Annahme dieser Sätze mit denjenigen Kapellen, die sich zumeist aus Lehrlingen zusammensetzen, nicht konkurriren können.

Unseres Erachtens brauchen die Militärkapellen diese Furcht nicht zu hegen. Solange das honette bürgerliche Publikum der Konzertsäle weniger die Kunstleistungen als die bunten Uniformen anstarren will, werden geschäftskundige Saalwirthe immer noch Obdach für die Militärmusiker schaffen.

Eine Sammelliste für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter wurde nebst dem gezeichneten Betrag von 9,05 M. einem Arbeiter von einem Beamten des 82. Polizeireviers abgenommen. Die Liste trägt die Nummer 3092.

Die Sammelliste Nr. 235 für die ausgesperrten Böttcher ist als gefunden in der Redaktion abgeliefert worden und kann dort abgeholt werden.

Ueber die Motive des Selbstmordes des nationalliberalen Landtags-Abgeordneten vom Heede erfahren die „Leipz. N. N." aus angeblich bester Quelle, daß dieser Herr ein Opfer des Berliner Bauschwindels geworden ist. Sein finanzieller Ruin war die Folge der Zahlungseinstellung eines bekannten großen Bauspekulanten, an dessen Unternehmungen er mit großen Summen betheiligt war.

Auf der an der Landsberger Chaussee gelegenen Wiese des Handelsmanns Brunow war am Mittwoch Nachmittag, wie die „Kreuz-Zeitung" mittheilt, der 26jährige Knecht Kölling mit zwei Mägden mit Heueinfahren beschäftigt. Als die ziemlich große zweispännige Fuhre, die übrigens etwas schief gepackt war, von der Wiese fahren wollte und die Pferde bereits angezogen hatten, schlug der Wagen um und begrub den Kutscher mit den beiden Mägden. Den sofort herbeigeeilten Mannschaften der Hönower freiwilligen Feuerwehr gelang es, unter großer Anstrengung nach halbstündiger Thätigkeit nur die beiden Mägde zu retten, sie hatten aber so schwere innere und äußere Verletzungen erlitten, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten; der Knecht war bereits todt; der Brustkasten war ihm eingedrückt.

Jüdisch-mammonistische und christlich-feudale Sittlichkeitsverbrecher. Ad 1. Jüdischer Wüstling. Ein Sittlichkeitsverbrechen ist der „St.-Ztg." zufolge von einem Juden, Namens Süßkind, Mitinhaber des an der Ecke der Schulzendorferstraße und Weddingplatz belegenen Herrengarderoben-Geschäfts Colin und Süßkind, an einem 14jährigen Mädchen begangen worden. Das Scheusal hat das Kind in seinen Laden gelockt und es dort vergewaltigt. Die Entdeckung des Verbrechens ist der Aufmerksamkeit der dort haltenden Droschkenkutscher zu verdanken, die Anzeige ist von einem Postbeamten erfolgt. ad 2) Feudal-christlich-schneidige Wüstlinge. Die „Volks-Zeitung" von gestern Abend berichtet: Der Abschied ertheilt worden ist durch Kabinetsordre vom 31. Mai dem Kommandeur des Dragoner-Regiments König Friedrich III. (2. Schlesisches) Nr. 8, Oberst-Lieutenant v. R. . . . — Diese Form der Entlassung, welche Verlust von Titel und Pensionsberechtigung in sich schließt, ist durch Vorkommnisse veranlaßt worden, deren gerichtliche Aburtheilung auch im bürgerlichen Verfahren bei Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden würde (§ 175 R.-St.-G.-B. Widernatürliche Unzucht.) Im vergangenen Jahre wurde der Oberstlieutenant und etatsmäßige Stabsoffizier eines anderen schlesischen Regiments auf grund eines Vergehens gegen § 176 R.-St.-G.-B. entlassen. Damals wurde der Abgang desselben aber nicht durch das „Mil.-Woch.-Bl." veröffentlicht, sondern war nur aus dem entsprechenden Vermerk der Rangliste zu ersehen.

Selbstmord. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde am Mittwoch Nachmittag der 39jährige Arbeiter Gottlieb Müller, Weißenburgerstr. 67, nach der Wache des 16. Polizeireviers gebracht. Nach seiner Entlassung begab er sich sogleich nach seiner Wohnung und hat sich dort Abends zwischen 6 und 7 Uhr erhängt. Um 9 Uhr wurde er von der Ehefrau todt aufgefunden.

Polizeibericht. Am 19. d. Mts. wurde ein achtjähriges Mädchen vor dem Neubau Dunckerstraße 2 durch den vom Winde umgerissenen Bauzaun getroffen und am Unterschenkel schwer verletzt. — Am 20. d. Mts. Morgens fiel in der Isslandstraße ein Mädchen beim Oeffnen des Fensters aus dem dritten Stock auf den Hof hinab und erlitt einen Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen. — Auf der Ringbahn wurden Nachmittags bei der Ueberführung am Südufer zwei Streckenarbeiter durch einen Zug überfahren; einer wurde auf der Stelle getödtet, der andere sehr schwer verletzt. — Abends wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Weißenburgerstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 21. Juni.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius R. = C.)
Swinemünde	759	S	1	bedeckt	16
Hamburg	758	NNW	2	Regen	13
Berlin	759	S	2	Regen	13
Wiesbaden	764	W	2	bedeckt	16
München	766	W	3	Regen	11
Wien	764	W	2	wolkig	14
Haparanda	761	SW	2	wolkenlos	18
Petersburg	755	NO	1	bedeckt	10
Cork	766	SW	2	wolkig	13
Aberdeen	765	SO	2	heiter	14
Paris	767	W	1	bedeckt	17

Witterung in Deutschland am 21. Juni, 8 Uhr Morgens.

Nach raschem Fallen des Barometers ist im größten Theile Deutschlands wieder Regenwetter eingetreten. Heute Morgen ist es allgemein trübe und finden Regenfälle hauptsächlich zwischen Weser und Oder statt. An der Nordsee und im nordwestlichen Binnenlande haben sich heftige nordwestliche Winde erhoben und eine neue Abkühlung eingeleitet. Im Osten und Süden hingegen sind die Temperaturen gestiegen und erreichen heute früh in verschiedenen Gegenden 16 Grad Celsius.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Juni 1894.

Aufklärendes Wetter mit mäßigen westlichen Winden, kühlerer Nacht und steigender Tagestemperatur; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Daß bei der Abfassung von Beschwerdeschriften an Behörden eine besondere Vorsicht geboten ist, lehrte eine Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Fabrikant Z. hatte eines Tages die Ringbahn benutzt und war auf der Station Gesundbrunnen ausgestiegen. Auf dem Bahnsteig streifte er einen Laternenpfahl. Aus diesem ragte ein Nagel hervor, wodurch der Ueberzieher des Z. einen Riß erhielt. Z. schrieb darauf an das Betriebsamt, daß er die Eisenbahn-Verwaltung für den Schaden verantwortlich mache, den er durch die Nachlässigkeit der Beamten erlitten habe, er verlange den verdorbenen Ueberzieher mit 45 Mark ersetzt. Das Betriebsamt wollte die Berechtigung dieser Forderung nicht anerkennen, worauf Z. seinen Anspruch auf 22 M. ermäßigte. Das Betriebsamt erwiderte ihm, daß es ihm höchstens sechs Mark bewilligen würde, um den Schaden wieder ausbessern zu lassen. Nun antwortete Z., daß er nicht gewohnt sei, geflickte Kleidungsstücke zu tragen, wenn das Betriebsamt nicht die 22 M. bewilligen wolle, werde er sich an den Eisenbahn-Minister wenden und die Sache der Oeffentlichkeit übergeben. Hierin erblickte das Betriebsamt einen Verstoß gegen den § 114 des Str.-G.-B. und der Staatsanwalt erhob auch in diesem Sinne gegen Z. Anklage. Der genannte Paragraph bedroht denjenigen mit Gefängnißstrafe, der es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nöthigen. Im gestrigen Termine machte der Vertreter der Anklagebehörde eine andere Ansicht geltend, er hielt nicht eine Drohung, sondern eine Beleidigung für vorliegend und beantragte hierfür eine Geldstrafe von 15 M. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, plädirte nicht nur für völlige Freisprechung des Angeschuldigten, sondern noch für Auferlegung der für die Vertheidigung nothwendigen Kosten der Staatskasse. Die Anklage hätte garnicht erhoben werden müssen. Unmöglich könne es als eine Beleidigung aufgefaßt werden, wenn jemand in Aussicht stelle, das Verfahren einer Behörde wahrheitsgetreu der öffentlichen Beurtheilung zu unterbreiten. Der Gerichtshof kam nach langer Berathung zu dem überraschenden Urtheil, daß der Angeklagte doch des Vergehens im Sinne des § 114 des Str.-G.-B. für schuldig befunden und deshalb zu einem Tage Gefängniß verurtheilt worden sei. Die Gewährung von Schadenersatz für Unfälle, die auf der Eisenbahn vorkommen, müsse als eine Amtshandlung angesehen werden und durch eine Drohung habe der Angeklagte auf die Entschließung einer Behörde einwirken wollen.

Acht Kutscher der Eisenhandlung Druckenmüller standen gestern wegen Diebstahls vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I, während sich der Schlossermeister Georg Feye wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatte. Die genannte Firma ist durch die angeschuldigten Kutscher lange Zeit hindurch geschädigt worden. Der Angeklagte Arbeiter Paul Tümmler genoß eine Art Vertrauensstellung, es gehörte zu seinen Obliegenheiten, soviel Eisen den Kutschern zuzutheilen, wie ihm der Lagerverwalter angab. Tümmler übergab nun den Kutschern mehr Waare, wie sie bei den Kunden abzuliefern hatten und beauftragte sie, die überschüssige Waare zum Schlossermeister Feye zu bringen, der sie ihnen abnehmen und baar bezahlen würde. Der Erlös solle zwischen Tümmler und dem betreffenden Kutscher getheilt werden. Diese Durchstechereien haben lange gedauert, Feye zeigte sich als ein stets williger Abnehmer, er zahlte für die veruntreute Waare etwa den halben Werth. Einer der Kutscher ging schließlich zum Chef und offenbarte das Treiben. Feye klärte sich sofort bereit, eine Summe von 2500 M. an die geschädigte Firma zu zahlen. Natürlich mußten den Anstifter und den Hehler die härtesten Strafen treffen. Tümmler wurde zu anderthalb Jahren Gefängniß und 3jährigem Ehrverlust und Feye zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 3jährigem Ehrverlust verurtheilt. Die übrigen angeklagten Kutscher kamen mit geringen Gefängnißstrafen davon. Auf den Antrag seines Vertheidigers, Rechtsanwalts Dr. Friedmann, wurde Feye gegen eine Kaution von 5000 M. einstweilen aus der Untersuchungshaft entlassen.

Wie Juristen titteln. Die „Juristische Wochenschrift" veröffentlicht bezüglich der gerichtlichen Zuständigkeit bei Preßbeleidigungen ein Erkenntniß vom 26. April, auf welches auch schon in dem Erkenntnisse gegen Freiherrn v. Thüngen vom Gerichtshofe bezug genommen wurde. Es heißt da u. A.: „Für die rechtliche Beurtheilung der Frage, an welchem Orte eine Beleidigung stattgefunden habe, ist es ohne Bedeutung, ob sie mittels der Presse oder in anderer Weise begangen ist. Die Beleidigung ist nicht ein reines Handlungsdelikt, sondern ein Erfolgsdelikt. Kommt es aber bei der Beleidigungshandlung auf die Wirkung derselben an und erweist sich diese Wirkung bei der gedruckten, geschriebenen oder sonstwie mechanisch vervielfältigten Beleidigung darin, daß sie gelesen wird, so erscheint dann jedes einzelne Zeitungsblatt als der Träger einer Beleidigung. Hiernach vollendet sich die durch die Presse begangene Beleidigung an jedem Orte, wo durch das Lesen eines betreffenden Zeitungsblattes die beleidigende Aeußerung zur Kenntniß eines Dritten gelangt und hiermit ist zugleich die örtliche Zuständigkeit des Gerichts zur Aburtheilung derselben festgestellt. Der Umstand allein, daß ein Exemplar der betreffenden Zeitung unter Kreuzband anonym nach einem anderen Orte jemanden zugeschickt worden, würde allerdings nicht ausreichen, die Zuständigkeit des Gerichts dieses Bestimmungsortes zu begründen. Ebenso würde es noch nicht ausreichen, wenn blos die Versendung der betreffenden Exemplare an Abonnenten, die an dem fraglichen Orte wohnen, festgestellt würde, vielmehr ist der Nachweis erforderlich, daß die Kenntniß von der stattgefundenen Beleidigung durch das Lesen der den Abonnenten der Zeitschrift zugesendeten Exemplare vermittelt worden ist."

Ein Massenprozeß gegen 34 Lehrer und einen Zeitungsverleger. Aus Schneidemühl wird der „Volks-Zeitung" geschrieben:

In der am 19. d. Mts. abgehaltenen Strafkammer-Sitzung des hiesigen Landgerichts spielte sich ein interessanter Prozeß ab. Es handelte sich um eine Anklage gegen den Verleger des „Schneidemühler Tageblattes" und 34 Mitglieder des freien Lehrervereins, welche sich wegen öffentlicher Beleidigung der beiden Stadtverordneten, der Rechtsanwälte Köpp und Dr. Glaß, zu verantworten hatten. Der Thatbestand ist folgender: Auf wiederholte Eingaben der hiesigen, völlig unzureichend besoldeten Lehrer hatte der Kultusminister den Magistrat beauftragt, den Stadtverordneten einen neuen Besoldungsplan für die Lehrer an den hiesigen Volksschulen zu unterbreiten. Die Mehrheit der Städteväter erkannte jedoch das Bedürfniß der Gehaltserhöhung nicht an, und die beide Rechtsanwälte Dr. Glaß und Köpp, welche sich übrigens einer großen Praxis und daher auch eines hohen Einkommens erfreuen, eiferten in der betreffenden Sitzung am 8. März mit scharfen Worten gegen die Anforderungen der Lehrerschaft. Hierbei mag noch bemerkt werden, daß die beiden Herren der liberalen Partei zugerechnet zu werden pflegen. Herr Dr. Glaß führte damals aus, daß er eine Nothlage bei den Lehrern nicht anerkenne, mit 100—150 M. Mehreinnahmen kämen sie aus den Schulden nicht heraus. Die Lehrer heiratheten leichtsinnig mit 19—20 Jahren (!) und geriethen schon dadurch in Schulden; sie verständen nicht zu wirthschaften, übrigens könnten auch junge Leute, die mit 18—19 Jahren ins Amt kämen (!), nicht mehr Gehalt verlangen. (Das Anfangsgehalt beträgt 900 M.) Rechtsanwalt Köpp schloß sich den Ausführungen des Dr. Glaß an und führte dann weiter aus, daß die Lehrer stets unzufrieden seien, ihre Dankbarkeit würden sich die städtischen Behörden nie erwerben. Ein Student habe auch nicht mehr als

900 Mark zu verzehren (!). Der Lehrerverein beschloß, diese Angriffe auf den Lehrerstand in einer Erklärung in den Tagesblättern zurückzuweisen, indessen wurde dieselbe nur von dem liberalen „Schneidemühler Tageblatt“ aufgenommen, die „parteilose“ „Schneidemühler Zeitung“ verweigerte die Aufnahme. In dieser Erklärung bezeichnete der Lehrerverein die Behauptungen der beiden Herren als aus der Luft gegriffen, die Herren Dr. Glaß und Köpp hätten wieder einmal die Gelegenheit benutzt, ihrer Mißachtung des Volksschullehrerstandes Ausdruck zu geben. Durch diese Erklärung fühlten sich Dr. Glaß und Köpp beleidigt und stellten Strafantrag, worauf die königl. Staatsanwaltschaft Anklage gegen 34 Mitglieder des Lehrervereins, welche die Erklärung beschlossen hatten, und den Verleger des „Sch. Tgbl.“ erhob. In der heutigen Verhandlung gelang es den Angeklagten, den Beweis zu erbringen, daß sämmtliche Behauptungen zutreffend seien, die Angriffe der Herren Dr. Glaß und Köpp seien als eine Beleidigung des Volksschullehrerstandes angesehen worden, welche die Angeklagten zur Wahrung ihrer Standesehre zurückweisen zu müssen geglaubt hätten. Sie hätten die Presse gewählt, weil die Angriffe durch die Tagesblätter zur Kenntniß der Bevölkerung gelangt und dem Stadtverordneten Töchterschuldirektor Ernst eine Widerlegung durch Beibringung statistischen Materials in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung durch Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung unmöglich gemacht worden seien. Eine Beleidigung habe ihnen fern gelegen. Trotzdem der Gerichtshof annahm, daß die Lehrer sich durch die Ausführungen der Herren Dr. Glaß und Köpp beleidigt fühlen mußten, den Angeklagten mit Ausnahme des Zeitungsverlegers auch der Schutz des § 193 R.-Str.-G.-B. zuzubilligen sei, gelangte dennoch der Gerichtshof zu einem verurtheilenden Erkenntniß, weil in der Wendung, die Herren Dr. Glaß und Köpp hätten wieder einmal die den Volksschullehrern so oft gezeigte Mißachtung, ja Feindschaft zum Ausdruck gebracht, eine Beleidigung zu finden sei. Der Zeitungsverleger erhielt daher 20, die Lehrer je 10 M. Geldstrafe.

Gegen dieses Urtheil wird Revision eingelegt werden.

Inzwischen hat der Kultusminister die Erhöhung der Lehrergehälter vom 1. Juli ab verfügt.

In Mannheim wurden nach der am Donnerstag beendeten zweitägigen gerichtlichen Verhandlung nach längerer Berathung die Inhaber der Firma Salomon Maaß, Bankier Wilhelm Maaß zu 2 Jahren und 4 Monaten, Dr. Max Maaß zu 1 Jahr und 2 Monaten und Eugen Maaß zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

Die Fabrik-Revisionsthätigkeit des Gewerbe-Inspektors Strick für Reuß j. L. im Jahre 1893 erstreckte sich auf 460 Gewerbebetriebe. In diesen Fabrik- oder fabrikähnlichen Betrieben werden insgesammt 778 männliche jugendliche, 10 961 männlich erwachsene, 431 weiblich jugendliche, 6541 weiblich erwachsene, also im Ganzen 18 711 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren betrug 74, gegenüber 132 im Vorjahre, es ist somit eine weitere Abnahme von 44 pCt. zu verzeichnen. Die jüngeren Leute beiderlei Geschlechts erreichten die Zahl 1185, gegenüber 1296 im Vorjahre, mithin eine Abnahme von 12,5 pCt.

Zum schottischen Bergarbeiterstreik wird aus Glasgow telegraphirt:

In einer heute Nachmittag stattgehabten Versammlung der schottischen Grubenbesitzer wurde mit großer Mehrheit beschlossen, sich auf keine Vorschläge zu einer Einigung einzulassen, sondern sich auf den Streik vorzubereiten, welcher am Dienstag beginnen soll.

Zunahme des Irrsinns. Durch die Ueberfüllung der irischen Irrenanstalten auf die Zunahme des Irrsinns aufmerksam gemacht, ließ der irische Staatssekretär John Morley eine Untersuchung über diese Frage anstellen, deren Ergebniß jetzt in Form eines Blaubuchs vorliegt. Dieser Bericht stellt die gräßliche Thatsache fest, daß vom Jahre 1851—1891 die Zahl der Irrsinnigen sich um 200 pCt. vergrößert hat, trotz des Umstandes, daß sich die Bevölkerung verringerte; auch die Zahl der unheilbar Wahnsinnigen ist gestiegen. Als Ursachen führen die Sachverständigen in erster Linie den Mißbrauch des Alkohols und Thees an, welch letzterer von den untern Klassen in Irland den ganzen Tag über mit Brot genossen wird; dabei brauen sie ihn so stark, daß das Thein wie Gift wirkt. Zweitens schreiben die Berichterstatter die Zunahme des Wahnsinns der Auswanderung zu, infolgedessen die Schwachen und Geisteskranken zurückblieben, während andererseits eine große Anzahl Auswanderer, krank an Geist und Körper, zurückkehrten. Andere Gründe sind das Darniederliegen des Ackerbaues und die dadurch verursachten Sorgen sowie das Heirathen unter Blutsverwandten.

Im wesentlichen sind es ökonomische Ursachen, das Elend in Irland, das den Rückgang der Bevölkerung, die kolossale Auswanderung, die Zunahme des Alkoholismus, auch die Verwandten-Ehen und als Zusammenfassung aller dieser Folgen die Vermehrung der Irrsinnigen hervorrufen. Bessere soziale Zustände **werden auch in Irland die Bevölkerung wieder gesunden machen.**

Vermischtes.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet. Der Wasserstand der Oder, der seit Mittwoch wieder um 1,5 Meter gestiegen ist, beträgt in Ratibor heute 6,5 Meter. Das Wetter ist bedeckt. In Breslau fällt neuerdings starker Regen. Auf der Bahnstrecke Pleß-Dziedzitz ist der befürchtete Dammrutsch eingetreten; der Güterverkehr ist infolge dessen eingestellt, der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. — Im ungarischen Ueberschwemmungsgebiete herrscht Mangel an Lebensmitteln. Obwohl das Wasser langsam fällt, sind noch 9 Orte gefährdet. In der Komorner Gegend sind die Felder auf dem rechten Waagufer und die Gemeinde Gutakisziget überschwemmt und die Dämme durchbrochen. Auch mehrere Opfer an Menschenleben sind zu beklagen, einige Häuser sind eingestürzt. Auf der Strecke Galgocz-Lipotvar-Szered ist der Gesammtverkehr wieder aufgenommen. Auf der Linie Trencsin-Toeplitz-Vlarapaß wird der Personenverkehr mittels Umsteigens aufrecht erhalten. Zwischen Waag-Neustadl und Zsolna ruht der gesammte Verkehr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Vertrauensmann. Darüber, wann eine Behörde Bescheid zu ertheilen hat, existirt keine Bestimmung. Je weniger begründet die Antwort ist, desto länger pflegt die Antwort in derlei Fällen auf sich warten zu lassen. Wenn Sie erst sechs Wochen auf eine Antwort gewartet haben, so ist das nichts Auffallendes. Solche behördliche „Wartezeit“ pflegt übrigens insoweit aufklärend zu wirken, als sie immer klarer die — Fixigkeit von behördlichen Organen weiteren Kreisen offenbart.

Th. M. Als Adresse genügt: Ferd. Bueb, Mitgl. d. R., Mülausen im Elsaß.

Friedrichsberg. Die Lokalliste gedenken wir in den nächsten Tagen zu veröffentlichen. Die Bekanntgabe aus einzelnen Orten zu bringen, erscheint uns werthlos.

Karl Heukel. Manuskript nur auf einer Seite beschreiben.

Hähn 32. Nein.

E. 155. 1. Ja. 2. Nein.

J. S. 10. Das kann nur ein sachverständiger Arzt entscheiden.

E. K. Es kann zur Anstrengung einer Klage nicht gerathen werden, weil Sie den Beweis, daß die Motten vor dem Verkauf in dem Sopha sich befanden, nicht werden führen können.

F. G. Leider nein.

P. P. Ja.

E. R., Reichenbergerstraße. Die Sprechstunde ist für Jeden ohne Unterschied die nämliche.

L. R. 84. Dorotheenstädtisches Realgymnasium, Georgenstraße 30/31, erfahren Sie das Nähere.

Briefkasten der Expedition.

Für die Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

Unbekannt W. 25,—. J. G. 3,—. Dr. R. 3,—. F. 3,—. Ungenannt 3,—. Von den Möbelpolirern der Möbelfabrik Equist 4,—. Von einer amerik. Auktion Tegelerstr. 26, Bräsicke, 3,—. Polatz' Bau, Petersburgerstraße, durch Gaßmann 3,40. Vom Sommernachtsball des Gesangvereins „Rütli“, Friedenau, 22,70 durch Kosinsky. Schneiderwerkstatt Ed. Kohn, Gartenstraße 6,—. Rauchklub „Collegia“, Landpartie, amerikanische Auktion 5,—. Aus der Tischlerei von Tönsemann u. Co. 4,50. Beim Ein- und Auskeilen einer Budike von Hartmann gesammelt 4,—. Dr. F. für von seiner Frau getrunkenes Ringbier 7,—. Buchdruckerei Herrmann, Konsumkasse 50,—. Gesammelt im blauen Affen 1,—. Leseklub der „Freunde“ durch Aufnahme eines Mitgliedes 1,80. Arbeitssaal Mix u. Genest, Neuenburgerstraße, 3. Rate 7,05. Arbeiter der Fabrik Borchardt Nachf., Ritterstraße, 6,—. Gesammelt bei einer Geburtstagsfeier Fennstraße 18 Raupenfraß 2,—. R. Z. 3,—. Aus Wallmann's Buchdruckerei, Groß-Lichterfelde, 2. Rate 4,—. Amerikanische Auktion auf der Landpartie von den Arbeitern der Paatz'schen Fabrik durch Ou. 7,35. Photographische Tischlerei Kath u. Walter 25,—. Vom ersten Kutscher von Wagner und Dänneberger 1,—. Aus der Maler-Werkstatt Nieske 3,—. Zwei aus Grunow's Malerbude 3,—. Tischlerei Rohwer, Ritterstr. 49, 2. Rate, 6,10. Amerikanische Auktion einer Streichholzschachtel bei Schmitz, Triftstr. 40B, 3,05. Von den Genossen in Otterswiek a./H. durch Löwe 30,—. Tanzlehrerverein „Solidarität“ 10,—. Verb. deutscher Buchdrucker Mitgliedschaft Cöthen 10,—. Zwei streitende Vereine Schneeglöckchen 2,—. Felsenfest —,80. Summa 272,75 M. Bereits quittirt 1914,68 M., in Summa 2187,43 M.

Berichtigung. In Nr. 136 und 139 soll es statt sozial. Studenten 3,— und Kleinbürger 2,96 aus Harburg, Marburg heißen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 21. Juni. Wie die „Kölnische Volks-Zeitung“ meldet, ist gestern Abend auf dem Hüttenwerk „Phönix“ bei Ruhrort eine eiserne Dachkonstruktion des Bessemerwerks eingestürzt. Drei Arbeiter blieben todt, drei andere wurden schwer verletzt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 9½ Uhr, bei **Lange,** Stromstraße 28:

Bezirks-Versammlung in Moabit.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zu der beabsichtigten Gründung einer Innungs-Krankenkasse. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 45/8

Montag, den 25. Juni, Abends 8½ Uhr, im **Kolberger Salon** (großer Saal), Kolbergerstraße 23:

Branchen-Versammlung der Modelltischler.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Nichtmitglieder haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlin's und Umgegend.

Große öffentl. Versammlung

am Sonntag, den 24. Juni 1894, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über das Submissionswesen. Referent: Genosse und Redakteur **Kessler.** 2. Berichterstattung über die Streiks in unserer Gewerkschaft. 3. Verschiedenes. 296/1

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann: J. Buchmann, Willibald-Alexisstr. 38.

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 24. Juni 1894, Vormittags 9½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die Bedeutung des Gewerbegerichts“. Referent: Genosse **Astor.** 2. Diskussion. 3. Berichterstattung des Delegirten von der Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. 469/8

Der Einberufer.

Frucht-Säfte

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche **1,30 Mk.**

Eugen Neumann & Co., 781M

6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Der billigste und zuverlässigste **Uhren-Einkauf** sowie **Reparatur** ist unzweifelhaft bei 254L*

Albin Grüger, Uhrmacher,

Oranienstr. 1, Berlin SO.

Nickel-Cylind.-Remont.	von 5	M. an.
Silberne „ „	„ 12	„ „
Goldene Damen-Remont.	„ 22	„ „
Goldene Herren-Remont.	„ 36	„ „
Getr. silb. Cylinderuhren	„ 8	„ „
Regulateure m. Schlagw.	„ 16	„ „
Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten		

In

Roh-Tabaken

und **Utensilien** für

Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin

Neue Friedrich-Strasse 9.

Strong reelle Bedienung.

Creditgewährung!

nach Uebereinkunft!

Ein Jeder mache den Versuch.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!

Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichh. Lager von ca. **1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge,** sowie einzelne **Röcke, Jaquets, Hosen, Westen** 2c. Ferner **Uhren, Ketten, Ringe, Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel** 2c. Sämmtliche **Sachen in alt und neu.**

A. Wergien,

Schneidermeister und Partheiwaaren-Händler, 5794Z*

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maaß werden gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, **recht genau** auf Namen und Hausnummer zu achten.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Gelegenheitskauf.

Geheime Dokumente der russischen Orientpolitik 1881—1890.

Nach dem in Sofia erschienenen russischen Original herausgegeben von R. Leonow. — Berlin 1893.

247 Seiten (anstatt M. 5,—) **M. 2,—,**

Diese Sammlung offizieller Aktenstücke und Depeschen der russischen Regierungsbeamten ist von der bulgarischen Regierung veröffentlicht worden, um vor Europa den Nachweis zu liefern, wie die Zaren-Regierung ihre Lockspitzel und Agenten in Bulgarien offen zu Mord und Dynamit-Attentaten auffordert. Ein Sach- und Personen-Register, wie eine chronologische Zusammenstellung der auf die Aktenstücke bezüglichen geschichtlichen Vorkommnisse erhöhen den Werth dieses nur in kleiner Anzahl vorhandenen Buches, das eines der wichtigsten Quellenwerke für die Geschichte der letzten Jahre ist.

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.

Inhaber: **Wilhelm Schmidt.**

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Frei-Konzert** und **Ball.** Großer schattiger Garten. 4 Kegelbahnen. Kaffeeküche von 1 Uhr ab geöffnet. 175L*

!Roh-Tabak!

Sämmtl. in- und ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt

Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,

Brunnenstrasse 185.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.

Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L*

Otto Naether,

Uhrmacher,

Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.

Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. [5417Z*

Liefere frei ins Haus, auch nach außerhalb für Restaurateure, Wiederverkäufer hochfeine 1301b

Wurstwaaren,

Schmalz u. s. w. per Kasse zu auffallend billigen Preisen.

Porsch, Wollinerstr. 48.

Hiermit nehme ich die gethanen Aeußerungen gegen den Kollegen **Möllers** zurück. 1330b

Richard Ehrhardt, Tischler.

Größte Auswahl eleganter **Herren- und Knaben-Garderoben,** sowie Arbeitersachen zu den billigsten Preisen. 1335b **H. Flieg,** Bergmannstr. 104.

Das beste Brot im Norden!

5¾ Pfd. gut ausgebacken, aus reinem Roggenmehl, bekommt man in **Pfeiffer's** Brotbäckerei, Brunnenstraße 161, Hof im Backhaus.

NB. Jeden Sonnabend Obst-, Kaffee- und Napfkuchen, sowie Bärmbrote zu 10 und 20 Pf. 1337b

Arbeitsmarkt.

Bandsägenschneider, tücht., verlangt Fabrik Müllerstr. 146/147. 838M

Ein anständiger, sehr zuverlässiger Mann, Familienvater, bittet Jemanden um irgend welche Beschäftigung. Bitte Adressen bei Carl Junold, Grüner Weg 2, v. 1 Tr., abzugeben. 1336b

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 142. Freitag, den 22. Juni 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Aus England.

Das nonconformistische Gewissen, das Derby-Rennen und die politische Wirkung desselben.

Unser Londoner Korrespondent schrieb uns in der vorigen Woche nachfolgenden Brief, den wir unseres Raummangels wegen erst heute zum Abdruck bringen können.

Nach der Schlacht haben die Marodeure das Wort, und nach dem Karneval die Fastenprediger. Derby Day, der große Karneval von Epsom, ist vorüber, und die Freude im liberalen Lager über den Sieg von Rosebery's Ladas wird übertönt durch die Proteste aus dem Lager der Nonconformisten (die religiösen Sektirer) wider die Theilnahme des Premierministers an dem „Karneval des Hallunkenthums“. So — „the carnival of rascality“ — hat einer der einflußreichsten Wortführer des Nonconformistenthums, der Methodistenprediger Hugh Price Hughes, am Tag nach dem Derby dasselbe in einem Briefe an das „Daily Chronicle“ bezeichnet, und hinzugefügt, er und viele andere progressive Nonconformisten unterschrieben das Wort eines seiner Kollegen, „das nonconformistische Gewissen werde einen die Wettrennen mitmachenden Premierminister nicht lange ertragen“. Seitdem bringt jede Nummer des „Chronicle“ Massen von Zuschriften über den Gegenstand, und wenn sich darunter auch solche von Nonconformisten befinden, die Rosebery in Schutz nehmen und meinen, das Rennenlassen von Pferden sei ja eine harmlose und für die Pferdezucht sogar nützliche Sache, blos das Wetten, oder bestimmte Arten des Wettens, für die Rosebery aber nichts könne, seien zu verdammen, so ist doch klar ersichtlich, daß eine nicht geringe, und in anbetracht ihres Eifers nicht gering zu schätzende Sektion der Nonconformisten auf Seiten des Herrn Price Hughes stehen. Und es ist nicht zu leugnen, daß sie die größere Logik auf ihrer Seite haben. Ist das Wetten verwerflich, so ist es schwer, eine Institution zu unterstützen, die so von Grund aus, so „organisch“ mit dem Wetten verbunden ist, wie die Pferderennen. Eine Cricketpartie, eine Fußball-Partie, ein Boot-Wettfahren lassen sich ohne Spekulationswetten denken und finden auch häufig ohne solche statt, ein Pferderennen ohne „Buchmacher“ ꝛc. ist fast undenkbar und jedenfalls zur Zeit in England ein Ding, das „nicht ist“. Der Nutzen der Zucht von Rennpferden ist aber ziemlich problematisch, da die sozusagen berufsmäßigen Renner kaum zu etwas anderem zu gebrauchen sind, als eben die Parforcetouren auf den Wettrennen. So wenigstens wird behauptet, und es ist auch sehr wohl begreiflich, daß die Züchtung der Eigenschaften, die den Renner qualifiziren, auf Kosten derjenigen anderen geschieht, die sonst an Pferden geschätzt werden.

Wie dem indeß sei, die Extremen des Nonconformistenthums sind erbittert über den „racing Premier“, wie es viele dieser sonderbaren Heiligen Rosebery nicht verzeihen können, daß er seine Reden mit allerhand Witzen und Witzchen, statt, wie sein Vorgänger, mit religiösen und moralischen Betrachtungen würzt. Letzteres ist sicher etwas lächerlich, aber es steckt doch auch selbst in dieser Beschwerde ein berechtigter Kern. Es giebt verschiedene Arten von Witz, darunter auch eine Spezies, bei der man den Gedanken nicht los wird, dem Redner sei es um die gerade behandelte Sache überhaupt nicht ernst, eine tändelnde Art des Sprechens, und darin hat Rosebery seit der Uebernahme der Premierschaft in der That viel geleistet, so daß wiederholt seine Reden hinterher erst interpretirt werden mußten. Es mag nur Form, nur Widerwille gegen falsches Pathos gewesen sein, was ihn veranlaßte, seine Reden im Konversationston zu halten, aber wenn man mit solchen Reden je nachdem eine gewählte Zuhörerschaar bestrickt, auf die Massen im Lande verfehlen sie ihren Zweck. Diese verlangen scharfe, unmißverständliche Erklärungen, Kampfeslosungen, Inspiration von ihren Führern. Sie sehen ihm eher Ecken nach als Glätte, und Rosebery's Reden waren in der letzten Zeit meist unheimlich glatt, zu sehr darauf berechnet, es aller Welt recht zu machen und nirgends sehr anzustoßen. In dieser Welt der Klassenkämpfe ist das aber nicht angängig, wenigstens nicht für einen Parteiführer; er versöhnt dadurch die Gegner nicht, und dämpft nur den Eifer im eigenen Lager.

Wenn also Herr Price Hughes schrieb, „diejenigen, die während drei Generationen das Rückgrat der liberalen Partei gebildet, sind über den unglückselig leichtfertigen Ton, den der Premierminister in seinen öffentlichen Reden angeschlagen, durchaus nicht entzückt, so steckt darin nicht nur puritanische Engherzigkeit. Der Nachsatz „sie (die Vorerwähnten) gedenken des Elends der Millionen Enterbten dieses Landes, und haben keine Sympathie für Reden, die auf jeder zweiten Linie mit „Gelächter“, „lautes Gelächter“, ausgezeichnet sind“ — deutet vielmehr auf die politisch-soziale Seite des Sektirerthums. Die englischen Sektirer waren von jeher in ihrer großen Mehrheit politisch radikal, heute aber geht durch die Sektirerbewegung, soweit dieselbe in der Arbeiterklasse ihre Gefolgschaft hat oder sucht, ein stark sozialistischer Zug, während viele Arbeiterführer, auch wenn sie selbst nicht religiös sind, in gewissen Punkten mit den puritanischen Tendenzen der Sektirer sympathisiren. Der Arbeiter, der in die „Chapel“ (die Kapelle der Sektirer) geht, ist noch für die Trade Union oder den politischen Arbeiterklub zu haben und umgekehrt, der Arbeiter aber, der das Public House (Wirthshaus) zum Wallfahrtsort gewählt hat und regelmäßiger Kunde der „Buchmacher“ ist, ist in der Regel für beide verloren. Sektirerprediger unterstützen häufig von der Kanzel herab und durch Sammlungen die Arbeiter in Streikfällen, und Gewerkschaftsführer betreten der Abwechselung halber die Kanzel und unterstützen, selbst wenn der Gegenstand ihrer Predigt die Arbeiterbewegung ist, den Besuch der Chapel. Kurz, es herrschen noch allerhand Beziehungen hinüber und herüber, und wie man vom Standpunkt der „Aufklärung“ auch darüber denken mag, soviel ist sicher, daß der puritanische Mucker in sozialpolitischer Hinsicht meist hundertmal muthiger ist als der freidenkerische Mucker. Herr Hugh Price Hughes ist in der kapitalistischen Welt viel schlechter angeschrieben als sein atheistischer Kollege und Antagonist Foote, mit dem er jüngst einen sehr unterhaltsamen Streit um eine gerettete Schusterseele auszufechten hatte.

Im Ganzen haben bisher die radikalen Nonconformisten den Kitt abgegeben, der die ihren Einflüssen zugängigen Arbeiter mit der liberalen Partei verband. In Gladstone hatten sie einen ihnen kongenialen Premierminister, wie sollen sie da nicht unangenehm berührt sein, wenn dessen Nachfolger witzelnde Reden hält und Wettrennen patronisirt? Und wenn sie auch nicht gleich in Massen der Partei den Rücken kehren werden, so genügt, angesichts des ohnehin starken Zersetzungsprozesses in der liberalen Partei, die Lauheit einer größeren Anzahl bereits, deren Wahlaussichten erheblich zu verschlechtern.

Es klingt unglaublich oder unsinnig für den, der die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, daß politische Blätter allen Ernstes die Frage aufwerfen konnten, wieviel Stimmen der Gewinn des großen Derby-Preises durch Rosebery's Pferd der liberalen Partei wohl bei der nächsten Wahl eintragen werde. Aber Kenner der Verhältnisse behaupten, daß die Idee, von dem Sieg auf dem Rennplatz eine Rückwirkung auf die Wahlen vorauszusetzen, eine gar nicht so irrationelle sei. Die Sportleute und ihr Anhang sind sonst fast durch die Bank konservativ. Aber sie sind als Spieler abergläubisch, und der Sport und seine Interessen geht vielen über die Politik. Warum sollen also nicht viele von ihnen für eine Regierung stimmen, an deren Spitze der Besitzer von Ladas steht, während der Führer der konservativen Partei im Hause der Lords (Salisbury) seine Mußezeit mit wissenschaftlichen Experimenten verbringt, und der Führer derselben im Unterhause, Balfour, Neu-Hegelianismus treibt?

Schade nur, daß bei Spielern Eindrücke nicht lange vorhalten. Wenn also die Wahlen nicht bald erfolgen, werden neue Eindrücke den des Derby bei ihnen längst wieder verwischt haben. Und die Interessen des Sports sind bei den Konservativen jedenfalls besser gewahrt als bei den Liberalen. Ich erwähne diese Kalkulation also mehr der Kuriosität halber und als Material für den Kulturhistoriker.

Das „nonconformistische Gewissen“ aber ist zähe und nachtragend. Es hat seinerzeit den Rücktritt Parnell's erzwungen und es wird auch jetzt schwerlich als quantité négligeable behandelt werden können. Schon sein Schreien ist der Partei ziemlich fatal.

Eine tragikomische Rolle spielt bei der Affäre das „Daily Chronicle“. Dieses Blatt ist das offiziöse Organ, wenn nicht Rosebery's selbst, so derjenigen, die Rosebery's Premierschaft am eifrigsten, man darf auch sagen, am aufdringlichsten betrieben haben. Andererseits macht es sehr viel in erleuchtetem Christenthum und christlichem Sozialismus und öffnet den Wortführern des Nonconformerthums gern seine Spalten. So kann es sie ihnen auch jetzt nicht verschließen, wo sie den von ihm als Gottesgesandten Premierminister denunziren und muß sogar bis zu einem gewissen Grade mit ihnen — heulen. Aber es steht nicht nur zwischen diesen zwei Stühlen. Mit den Nonconformisten verdammt es die Wetten, aber mit den frivolen Toryblättern bringt es die Rennberichte und die Nachrichten über den Stand der Wettchancen. Und dabei sind es gerade diese Berichte in der Tagespresse, die das Wetten zu einer nationalen Pest, es zu einem regelmäßig betriebenen Spielgeschäft gemacht. Ehedem wetteten nur diejenigen, die die Rennplätze besuchten, heute aber wird überall gewettet, dank den Wettberichten der Presse. Verschiedene Einsender appelliren denn auch an die Redaktion des „Chronicle“, diese Berichte einzustellen, aber davon ist natürlich keine Rede. Ein Tageblatt hat höhere Pflichten.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Lohmeyer. Sitzung vom 19. Juni.

Kolonnenführer oder selbständiger Unternehmer? Diese der Kammer III sich oft aufdrängende Frage mußte in einem Prozeß gegen den Zimmermeister Fronecke, von welchem ein Arbeiter und drei Putzer rückständigen Lohn (45 M., 24 M., 24 M. und 36 M.) forderten, abermals entschieden werden. Der Beklagte betrachte die Kläger nämlich nicht als seine Arbeiter, sondern als die des angeblichen Putzmeisters Rohde. Sie gingen ihm nichts an, er habe nur mit Rohde in Geldangelegenheiten zu thun. An diesen hätte er sich aber laut eines mit ihm geschlossenen Vertrages schadlos halten können. Derselbe verpflichtete Rohde zur Ausführung des Façadenputzes in bestimmter Zeit, wozu er sich Leute anzunehmen hatte. Für den Fall der Verzögerung der Arbeit bestimmt der Vertrag, daß Fronecke das Recht habe, dieselbe von anderen Leuten auf Kosten Rohde's fertigmachen zu lassen. Hierauf stützt sich der Beklagte. Er hätte, meint er, nur vertragsmäßig gehandelt, wenn er Rohde und dessen Leute entließ, als sie eines Tages müssig herumstanden und trotz Aufforderung dazu nicht arbeiten wollten. Wenn dieselben noch Forderungen hätten, müßten sie sich schon an Rohde halten; der sei ihr Arbeitgeber und hätte sie zu bezahlen gehabt. Vom ihm, Beklagten, habe derselbe — siehe Vertrag — nichts mehr zu bekommen. Rohde habe die Kläger bei den wöchentlichen Abschlagszahlungen benachtheiligt. Im Laufe der Verhandlung (Rohde fungirte auch als Zeuge) wurde festgestellt, daß die Kläger thatsächlich die angegebenen Summen noch zu fordern hatten, nicht aber, weil sie Rohde benachtheiligte (dies geschah überhaupt nicht); daß sie an dem fraglichen Tage nur auf dem Bau „herumstanden“ und nicht sofort auf die Aufforderung weiter arbeiteten, weil sie erst das ihnen geschuldete Geld haben wollten (der Vertrag setzte an Vorschuß — Wochengeld — 6 M. pro Tag und Mann fest); und endlich, daß sie nicht freiwillig, sondern nur auf den Befehl des Beklagten: „Sofort den Bau zu verlassen, da sie nicht arbeiten wollten!“ gegangen sind. Der Beklagte giebt zu, „für Rohde“ die Unfall-, Krankenversicherung ꝛc. geregelt zu haben.

Das Gericht erkannte die Ansprüche der Kläger als berechtigt an. — Gründe: Das Verhältniß des Beklagten zu Rohde sei nur das eines Arbeitgebers zum Kolonnenführer gewesen. Im Vertrage sei Rohde nichts als Vergütigung ausgesetzt, es stehe im Gegentheil ausdrücklich darin, daß eine Extravergütigung nicht gegeben werde. Da nun erweislich Rohde — wie jeder Kolonnenführer — mit den in den Vertrag eingeschlossenen Putzern zu gleichen Theilen arbeitete, berechnete sich seine Entschädigung nach der zu leistenden Arbeit. Demzufolge sei er Arbeiter gleich den anderen gewesen. Dazu komme, daß Fronecke die Versicherungen der Leute besorgte und die Bücher selbst stempelte. Und im Vertrage sei ausdrücklich gesagt, die Kolonnenzahl festzustellen, stehe Fr. zu. — Nun sei seitens des Beklagten behauptet worden, er habe die vertragsmäßig ausbedungenen Beträge an Rohde gezahlt. Dem Gerichtshof sei unerfindlich, wie Rohde bezahlt werden sollte; dessen Pflicht war es doch, „die Arbeit schnell fertig zu machen“, und sein Recht, „keine besondere Vergütigung zu erhalten“. Da er selbst mitarbeitete, hatte er einen Theil der

Aus dem High Life.

Schamlos und Ekel erregend im höchsten Grade ist die frivole Art und Weise, wie die sogenannte „gute Gesellschaft“ in dem Annoncentheile gewisser Blätter das „Heirathsgeschäft“ betreibt. Eine liebliche Blüthenlese solcher Offerten finden wir in der Morgen-Ausgabe des „Berliner Tageblatt“ vom 19. d. M. Da ist zu lesen:

Junger, hübscher, fremder Herr wünscht sich mit vermögender, besserer Dame
zu verheirathen.
Damen, welche auf keinen Pantoffelhelden reflektiren, belieben Offerten mit Photographie, Vermögensangabe unter F. L. 4075 in der Exped. d. Bl., W., Friedrichstr. 66, zu hinterlegen.

„Hübsch?“ Rührendes Geständniß! „Fremd?“ Wo? In Berlin? Wohl aus Talldorf zugewandert!? — „Mit vermögender Dame?“ Vermögend, das ist doch die Hauptsache! Warum also nicht gesperrt gedruckt!? — „Kein Pantoffelheld?“ Aber, Verehrtester! Wozu diese unnöthige Aufrichtigkeit! Besonders wenn man nach Geld heirathet! So was plaudert man doch erst nach der Hochzeit aus. — — —

F. m. Bruder a. bester jüd. Familie, 32 J., vornehmes Aeußere, im ersten Bankhaus thät., wird Selbstständigk. durch Heirath gesucht. Offert. unt. K. J. 376 a. d. Exp. d. Bl.

Gottd'gerechter! Was für ein edles Gemüth! So selbstlos und treu! Welch ein liebevolles Bruderherz! — Und wie genial verklausulirt! Fast als ob das Monnaie nur Nebensache wäre und der Nebbach zu den gleichgiltigsten Dingen gehörte! — — —

Reiche Heirath
sucht ein hervorragend befähigter, solider, gebildeter Landwirth, große, angenehme Erscheinung, 43 Jahr alt, Wittwer mit Kindern. Diskretion auf Ehrenwort. Gefl. Offerten an die Expedition des „Berliner Tageblatt“, Berlin SW. unter J. T. 5045 erbeten.

Der „Nothleidende“ darf natürlich im Chorus der Mitgiftjäger nicht fehlen. Zumal bei seiner hervorragenden Befähigung“! Zum Geldausgeben wahrscheinlich! Die landwirthschaftliche Ausstellung scheint doch verdammte Löcher in die Börsen der Herren Agrarier gefressen zu haben. Dieser Mann ist wenigstens ehrlich. Er sagt, was er will. Reiche Heirath! Das ist des Pudels Kern. — — —

Ein Graf wünscht sich zu verheirathen. Offert. unt. V. t. 41653 bef. Rudolf Mosse, Halle a. S.

Kolossal! Kurz und schneidig! Ueh! — Eilt herbei, ihr Töchter des Landes! Ein Graf bietet sich aus. Ein Graf braucht Geld. Eilt herbei, ihr Töchter des Landes! Krumm könnt ihr sein und schief und „schüchtern uff de Dogen“. Wenn nur viel Geld im Kasten klingt! Dann heirathet — euer Geld ein Graf. Eilt herbei, ihr Töchter des Landes! — — —

Kavaliers-Heirathen
jeder Art vermittelt eine Standesperson in vornehmster Weise. Ehrenwörtliche Diskretion. Zuschriften unter M. N. 144 an Haasenstein u. Vogler A.-G., Mainz.

Kavaliere! Vornehm! Standesperson! Ehrenwörtliche Diskretion! — Und diese Annonce! — Welch' eine Begriffsverwirrung! — — —

Dame von alt. Adel, Gemahlin e. hies. renomm. Arztes, verm. Heirathen jed. Alt. a. nur best. Kr. in nob. u. diskr. Weise. Rendezvous im eig. Hause in Gegenw. d. betr. Angeh. Gefl. Zuschr. von distng. Damen resp. deren Eltern oder Vorm. u. Herren an Frau v. B., Annonc.-Bureau, Friedrichstr. 115, 1 Tr.

Allewetter! Feine Familie! — — —
Im Anschlusse hieran noch:

Frau Regler, jetzt Görlitz, Breitestr. 23, fr. Geburtshelf. in Berlin u. Wiesbaden.

Wichtig f. Damen. Störung i. Befind. w. v. erfahr. Frauenarzt sich. beseit. Off. an Dr. Arno, Ann.-Bur., Friedrichstr. 115, I.

Pfui Teufel! —
High life and mean sentiment; vornehme Welt und niedrige Gesinnung, das spricht aus jedem Worte obiger Annoncen. Ist diese „Gesellschaft“ nicht werth, daß sie zu Grunde gehe!? —

Literarisches.

Bamberger, Ludwig, Charakteristiken. (Band II der Gesammelten Schriften), Berlin 1894. Rosenbaum u. Hart. 328 S. 8°.

Seit Karl Hillebrand's und Heinrich Homberger's Tode steht Ludwig Bamberger in erster Reihe unter den wenigen deutschen Schriftstellern, die Essay's ähnlich wie die Franzosen und Engländer zu schreiben vermögen. Beim Essay kommt es mehr auf die Eleganz der Bearbeitung, die Skizzirung mit wenigen, aber treffenden Pinselstrichen als auf die erschöpfende Erörterung an. In unserer schnelllebigen Zeit, die so hohe Ansprüche an die Arbeitskraft des Einzelnen stellt, ihm so wenig Zeit zur Ruhe und zu ungestörtem Studium läßt, die andererseits den Wissensdurst so sehr anstachelt, müßte man erfreut sein, wenn wir in Deutschland mehr Schriftsteller hätten, die Talent und Lust zum Verfassen von Essay's haben. Die Beherrschung der Form, großes Wissen und viel Lebenserfahrung vereinigt sich in den Essay's Ludwig Bamberger's, die auch für den politischen Gegner nicht werthlos sind. Schon der Name des Verfassers bürgt dafür, daß eine der unserigen direkt entgegengesetzte wirthschaftliche und historische Weltanschauung in seinen Schriften vertreten wird, daß sich bei ihm die Welt ganz anders spiegelt wie bei uns, daß er im Gegensatze zu uns in den Personen die treibenden Kräfte der Weltgeschichte sieht. Aber gerade deshalb kann auch dieser Band der Bamberger'schen Schriften empfohlen werden, als Material zum Studium des Liberalismus in Deutschland. Unsere Genossen werden niemals begreifen, daß Bamberger einen Mann wie Lasker so sehr überschätzt, sie werden aber gerade durch diese Bewerthung Lasker's zu einem Rückschluß auf die Bedeutung des Liberalismus geführt. Viel Treffliches enthält die Kritik der Geschichtsauffassung Heinrich von Treitschke's, die desto schärfer wirkt, weil sie von einem Manne herrührt, der lange Zeit im wesentlichen auf gleichem Boden wie Treitschke stand. Bamberger's Erinnerungen an den edlen Moritz Hartmann, seine psychologisch feine Charakterisirung Napoleons III. und so manches andere wird von Freund wie Feind mit Nutzen, wenn mit Verständniß und Kritik, gelesen werden. Wir können hier nicht alle 14 Essays, die den Band füllen, Revue passiren lassen, und wollen deshalb nur erwähnen, daß neben Bildern von liberalen Politikern und Oekonomen auch literarischen Freunden Bamberger's, so vor allem den

Wochenvorschüsse für sich zu beanspruchen. Nach Rohdes, von den Klägern nicht bestrittener Aufstellung, habe derselbe die laut Quittung erhaltenen Beträge an die Leute vertheilt, wie es sich gehörte. In der Woche, die mit dem 7. April abschließt, sei vom Beklagten nichts an Rohde gezahlt worden; als die Leute das Geld verlangten, wurden sie entlassen. Beklagter war seiner kontraktlichen Verpflichtung, 6 M. pro Mann und Tag zu zahlen, nicht nachgekommen. Wenn er dadurch die Kläger bewegte „herumzustehen" und ihr Geld zu verlangen, dann hätte er selbst die Situation verursacht, die ihn laut Vertrag berechtigt, die Arbeit anderweitig fertig zu machen und sich event. an Rohde schadlos zu halten. Jedoch könne nur der Sinn jener Bestimmung des Vertrages sein, daß sie in Kraft trete, wenn durch Rohde's Schuld die „Verzögerung" entstehe. Dies sei nicht der Fall gewesen. Da gegen Rohde's Aufstellung von den betheiligten Putzern nichts eingewandt sei, so habe das Gericht sie als richtig angesehen und in der Folge als nicht erwiesen betrachtet, daß Rohde etwa gar Beträge in seine Tasche fließen ließ, die ihm nicht gehörten. Aus allen diesen Gründen wäre nicht Rohde, sondern Fronecke verpflichtet, die Kläger zu befriedigen, da nicht bestritten wurde, daß dieselben im einzelnen die von ihnen angegebenen Tage gearbeitet haben, ohne dafür Lohn zu bekommen.

Der Anstreicher C. wurde mit einer Lohnentschädigungs-Klage wegen unrechtmäßiger Entlassung abgewiesen. Er hatte zugestandenermaßen einen Handwagen zu ziehen sich geweigert, den er schon mehrmals gezogen, und war deshalb entlassen worden. Das Gericht sah eine Arbeitsverweigerung in dem Verhalten des Klägers. Es nahm an, daß das Ziehen des Wagens mit zu den Funktionen des Klägers gehörte, weil er selbst zugestand, ihn öfter gezogen und auch Schilder für den Beklagten an und abmachen geholfen zu haben. C. hatte seine Klage nämlich damit begründet, er sei Anstreicher gewesen und hätte deshalb den Wagen nicht ziehen brauchen.

Auf eigenartige Weise hat ein 20jähriger junger Mensch, Hermann Ertel aus Rixdorf, es verstanden, eine Anzahl Arbeiter empfindlich zu schädigen. Sobald nämlich Ertel erfuhr, daß die Taschenuhr eines Bekannten nicht recht im Gange war, ließ er sich dieselbe unter dem Vorwande geben, er wolle sie unentgeltlich repariren. Ging Jemand darauf ein, sah er seine Uhr natürlich nicht wieder, denn Ertel hatte nichts Eiligeres zu thun, als den Chronometer zu Geld zu machen. Wegen dergleichen Schwindeleien ist Ertel vor Kurzem zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Dieser Tage wurde er dem Rixdorfer Schöffengericht vorgeführt, um sich wegen eines weiteren derartigen Falles, dessen Opfer der Weber Rahmig geworden war, zu verantworten. Das Urtheil lautete auf eine Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängniß.

Der Ausruf „Hoch die internationale, revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie" soll nun auch im Bezirk des Kammergerichts als „grober Unfug" aufgefaßt werden. Der erste Versuchsprozeß nach dieser Richtung hin ist im Kammergerichtsbezirk bei dem Amtsgericht zu Oranienburg gemacht. Der Genosse Paris soll durch Ausbringen des Hochs am Schluß einer Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, also eines geschlossenen Vereins, den § 360 Nr. 11 verletzt haben und diese Missethat mit 15 M. Geld büßen. Er hat selbstredend Entscheidung in öffentlicher Gerichtssitzung beantragt. Grober Unfug durch ein Hoch liegt auch nach der phantasievollsten Auffassung nur dann vor, wenn das Publikum als solches in seiner Sicherheit u. s. w. sich gefährdet fühlt. „Publikum" waren mit Ausnahme von Sozialdemokraten nur die zur Ueberwachung entsendeten Angehörigen der heiligen Hermandad. Auf wie schwachen Füßen muß die Sicherheit im Kreise Niederbarnim stehen, wenn selbst diese Gendarmen schon durch ein Hoch auf die Sozialdemokratie in ihrer Sicherheit u. s. w. sich gefährdet oder belästigt fühlen können. Unter der Herrschaft des sanftseligen Sozialistengesetzes wurde auch einmal der Versuch im Bezirk des Kammergerichts gemacht, die Gendarmen — zu Roß und zu Fuß — als „Publikum", das durch sozialdemokratische Gesänge im Wald und auf der Haide durch die Sozi belästigt wurde, juristisch konstruiren zu lassen. Der Versuch mißlang damals — heute steht an der Spitze des Strafsenats des Kammergerichts ein früherer Staatsanwalt, es urtheilen in ihm 3 frühere Staatsanwälte. Trotzdem wird man abzuwarten haben, wie jetzt nach dem Fall des Sozialistengesetzes geurtheilt werden wird. Jedenfalls ist auch der Verurtheilungs-Versuch ein Beitrag für den — Fortschritt unserer Rechtspflege auch ohne jenes Gesetz.

Essayisten Hillebrand und Homberger, dem ausgezeichneten Uebersetzer Gildemeister, dem französischen Historiker Renan und Chuquet treffende Charakteristiken gewidmet sind. Der Stil der Essays ist ein vortrefflicher, die Sprache schön und sorgsam gepflegt, selten stößt man auf ein unangenehm in's Ohr klingendes Wort, wie z. B. auf S. 298, wo es heißt: „im Sinne schlechthiniger (!) Anwendbarkeit".

Wer der politischen und literarischen Entwickelung der Gegenwart im Einzelnen gefolgt ist und die Fähigkeit der Kritik besitzt, wird das Buch Bamberger's mit Nutzen und Genuß lesen, wenn er auch kaum auf einer Seite sich des Widerspruches mit dem Verfasser wird entschlagen können.

Die gesammelten Schriften L. Bamberger's sollen in vier Bänden erscheinen, der erste noch nicht abgeschlossene soll die Selbstbiographie dieses Führers des deutschen Liberalismus enthalten. —n.

„Der Sozialdemokrat", Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsspediteure pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,80 M.

Nr. 21 vom 21. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Das System Löwy zur Regelung der Kohlenproduktion. — Die ungarische Parteileitung. — Plechanow: Anarchismus und Sozialismus. II. — Die Wahl in Elmshorn-Pinneberg. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Geschichte des Trade Unionismus in England. I. — Groß- und Kleinbetrieb in der Schuhmacherei. — Der amerikanische Farmer. — J. Bruhns: Dem Andenken eines Märtyrers. — Industrie. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches. — Todtenliste. — Vermischtes.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinr. Braun (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 38 hat unter anderem folgenden Inhalt: Italienische Briefe. VI. Parteien. Von Professor Dr. Werner Sombart. — Zur Statistik der Zwangsversteigerungen in Sachsen. — Zur Frage des Wasserrechts in der Schweiz. — Die ausländischen Arbeiter in Frankreich. — Ausbeutung der Nothlage der Versicherten seitens der Versicherungs-Gesellschaft. — Juristische Korporationsrechte für Arbeiter- und Unternehmer-Verbände in England. — Spanische Arbeitsverhältnisse. — Schutz den Seeleuten. Von Dr. Bruno Schoenlank. — Der Schutz jugendlicher und weiblicher Arbeiter in Oesterreich. — Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in Italien. — Die Arbeitszeit der Eisenbahnbediensteten in Frankreich. — Ausdehnung der Invaliditäts- und Altersversicherung auf die Hausgewerbetreibenden in der Textilindustrie.

Versammlungen.

Eine Bezirksversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter tagte am 12. Juni in „Kliem's Volksgarten". Genosse Wiedemann hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Lage der Arbeiterklasse und die Gewerkschafts-Organisation". An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Hartmann, Wolter und Albrecht im Sinne des Referats. Unter Verschiedenem wurden die Verhältnisse in der Eisenmöbel-Fabrik Karl Schulz, Hasenhaide, einer Kritik unterzogen. Besonders geklagt wurde über die von seiten des Meisters Müller gegenüber den Arbeitern angewendete „noble" Behandlung. Leider war es nicht möglich, von den dort in Arbeit stehenden Kollegen jemanden zu bewegen, weitere noch dort vorhandene Mißstände aufzudecken aus Furcht vor Maßregelungen. Die Kollegen wurden ersucht, sich in einer Beschwerde an den Vorstand zu wenden, damit von diesem die Zustände in den Fabriken der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Ferner wurde berichtet, daß Schnittarbeiter bei der Firma Max Kray den horrenden Lohn von 12 bis 13 M. pro Woche verdienen, deswegen würden auch fast allwöchentlich neue Arbeiter eingestellt; es gehe dort zu wie im Taubenschlag. Nachdem verschiedene Redner noch über diese Angelegenheiten gesprochen, wurden die Kollegen nochmals aufgefordert, sich zu organisiren, dem Berliner Metallarbeiter-Verband beizutreten; nur durch Organisation sei es möglich, bessere Zustände herbeizuführen. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden auf das am 7. Juli stattfindende Sommernachtsfest aufmerksam gemacht.

Die Filiale des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede beschäftigte sich in ihrer Vereinsversammlung am 16. Juni mit den Anträgen zur Generalversammlung. Es wurde beschlossen, einer siebengliedrigen Kommission den Auftrag zu ertheilen, einen Statutenentwurf auszuarbeiten. Hierauf theilt das Vergnügungskomitee mit, daß der Saal zum Stiftungsfest abbestellt ist.

Der Zentralverband deutscher Maurer (Filiale Berlin II) tagte am 17. Juni. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, gab der Vorsitzende den Bericht über die Verhandlungen mit den Verbandskollegen auf dem Bau in Halensee betreffend die Stellung der Kollegen zur Maifeier. Von den Kollegen, gegen die sich der Vorwurf richtete, waren sämmtliche erschienen, während diejenigen, die die Beschwerde erhoben hatten, bis auf einen durch Abwesenheit glänzten. Gegenüber dem ihnen gemachten Vorwurf bemerkten die Kollegen, daß sie die Beschlüsse der Gewerkschaft geachtet hätten. Eine Maifeier konnte auf dem Bau nicht durchgeführt werden, da nach dem Benehmen des Poliers eine Maßregelung unweigerlich eingetreten wäre. Dieser Auffassung schloß sich die Kommission an, nur wurde das Verhalten der Kollegen insofern getadelt, als von den organisirten Kollegen verabsäumt wurde, eine Abstimmung herbeizuführen. — Auf der Tagesordnung stand sodann ein Vortrag über das Thema: „Die wirthschaftliche Lage der Maurer." Das Referat hierzu hatte der Kollege Schigolsky übernommen. An der Diskussion über den Vortrag betheiligten sich die Kollegen Gröppler, Günther, Fritsch und Heinze. Schigolsky geißelte das Benehmen eines Poliers, der in dem Bierausschank, den er auf dem Bau betreibt, Happoldtsches Bier verzapft; diejenigen Arbeiter, die sich weigern, das Bier zu trinken, würden entlassen. Zum Hilfskassirer für Schöneberg wählte die Versammlung den Kollegen Fischer. Das Stiftungsfest findet in den Arminhallen statt. Am Sonntag ist für Schöneberg eine Wanderversammlung einberufen.

Der allgemeine Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands hielt am 17. Juni eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Wie wird der Lohntarif in Berlin innegehalten? Das Referat hierzu hatte der Kollege Schmädicke übernommen. Die Bekanntgabe derjenigen Arbeitgeber, die nach dem Tarif zahlen, soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Im Anschluß hieran gelangte folgender von Jahn gestellter Antrag zur Annahme: „Die Kollegen verpflichten sich, alle Unregelmäßigkeiten, welche auf den Bauten vorkommen, dem Vorstand jede Woche zu übermitteln." Hierauf gab der Kollege Babiel den Bericht über die Verhandlungen betreffs der Sonntagsruhe; die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Bei der Ersatzwahl der Arbeitsvermittlungs-Kommission wurden die Kollegen Keßner, Berg und Malch, zu Revisoren die Kollegen Meinke und Paul gewählt.

Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Lederwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 18. Juni Herr Zahnarzt Semmel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Arbeiterorganisationen". In der Diskussion sprachen Sailer und Riese, die kräftig für die Durchführung des Bierboykotts eintraten. Die Versammlung fand in den Arminhallen statt, wo auch künftig der Verein tagt (jeden Montag nach dem 1. und 15.). Ferner wurde ein Beschluß gefaßt über die Aenderungen des Arbeitsnachweis-Reglements, die durch das Inkrafttreten der Arbeitslosen-Unterstützung nöthig wareu; auch stimmte die Versammlung einem Antrag auf erneute Bekanntgabe des Arbeitsnachweises durch Versendung von Karten zu. Das Sommerfest soll am 16. Juli — da sämmtliche Lokale der Hasenhaide verweigert werden — in den Arminhallen stattfinden.

Der Verband deutscher Korbmacher (Filiale Berlin) hielt am 18. Juni eine Versammlung ab. Zur Besprechung gelangten die Mißstände in der Luxusbranche, so wird von einer Werkstatt berichtet, daß hier mit Vorliebe Kollegen von Außerhalb eingestellt werden. Da die Betreffenden von den hiesigen Verhältnissen keine Ahnung haben, können diese von den Arbeitgebern in jeder Form ausgebeutet werden. Infolge dessen gehört ein Lohn von 12—18 M. nicht zu den Seltenheiten. Dem Verbande gehört keiner der dort arbeitenden Kollegen an. Die Agitationskommission berichtete, daß die Absicht besteht, Fragebogen auszugeben, um auf die Weise aus jeder einzelnen Werkstatt ziffernmäßige Beweise über die bestehenden Verhältnisse zu gewinnen. Die Zusammenstellung soll dann möglichst zum Herbst auf Grund des gewonnenen Materials zu Forderungen gegen die Arbeitgeber benützt werden. Hierauf wurde der Aufruf der Kollegen von Gestjaht, betreffend den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband, verhandelt. Allgemein war man der Ansicht, daß die Kollegen durch ihre fortwährende Nörgelei an der Form der Organisation dem Verbande keinerlei Nutzen erweisen. Die Versammlung erledigte, da sie noch auf demselben Standpunkt steht wie vor einigen Monaten, diese Sache durch Uebergang zur Tagesordnung. Die Versammlung wählte hierauf den Kollegen Fritz Schmidt als Zeitungsverbreiter. Aus der Werkstatt von Kröbke, Wilhelmsberg, wird berichtet, daß dort 10—20 Pf. unter Tarif gearbeitet wird; die Werkstatt wird den Kollegen zur Beachtung empfohlen.

Die Steinsetzer und Berufsgenossen hielten am 20. d. im Swinemünder Gesellschaftshause eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Koopmann über die Kämpfe der Arbeiterorganisationen sprach. Ebenso wie vom Referenten wurde von allen Rednern, die zur Diskussion das Wort nahmen, der Nutzen der Organisation und speziell des Steinsetzer-Verbandes hervorgehoben, der gegenwärtig bei dem Streik in Stettin eine Probe seines Werthes abzulegen habe. An alle Steinsetzer und Berufsgenossen erging die dringende Mahnung, sich dem Verbande anzuschließen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Im Anschluß hieran gab der Vertrauensmann Lade die Abrechnung von der Maifeier. Dieselbe ergab: Einnahme 70 M. 3 Pf., Ausgabe 64 M. 15 Pf., Ueberschuß 5 M. 88 Pf. Der weiterhin erstattete halbjährliche Bericht ergab an Einnahme 114 M. 77 Pf., an Ausgabe 112 M. 93 Pf., an Bestand 2 M. 84 Pf. Die Richtigkeit der Abrechnungen wurde von den Revisoren bestätigt und auf deren Antrag hin der Vertrauensmann einstimmig entlastet. Es folgte die Berichterstattung des Delegirten zur Gewerkschaftskommission. Die Sammlung für den Stettiner Streik und der Vertrieb der Marken für den Generalfonds wurde Allen dringend ans Herz gelegt.

In dem Arbeiter-Bildungsverein zu Schöneberg hielt Genosse Pfannkuch am Montag, den 18. d. M., einen interessanten Vortrag über: „Werth und Bedeutung der Presse". Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen betheiligte sich an der Diskussion der Genosse Schubert im Sinne des Referats. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß zu der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahl Formulare an folgenden Stellen zu haben sind: Hoffmann, Sedanstr. 10; Pommerehnke, Bahnstr. 23; Klauke, Goltzstr. 43. Genosse Schubert stellte das dringende Ersuchen, sich der Lokalkommission zur Verfügung zu stellen und sie in der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Ferner stellte Genosse Kolmann den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: Ist die Freisinnige Volkspartei eine Volkspartei? Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 25. d. M., statt.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Steglitz und Friedenau hielt am 19. Juni eine Generalversammlung ab, in der Genosse Jahn über das Thema: „Die Grundlage zur Volksbildung" referirte. Unter Vereinsangelegenheiten entspann sich eine lebhafte Debatte. Mittlerweile war die Polizeistunde eingetreten und der überwachende Beamte verlangte, daß die Versammlung geschlossen wird. Da der Vorsitzende dem nicht Folge leistete, so wurde die Versammlung aufgelöst.

Tertilarbeiter und -Arbeiterinnen! Am Sonnabend, den 23. Juni, findet bei Zeindt, Weinstr. 11, Versammlung statt.

Berliner Damenchor. Freitag, den 22. Juni, Abends 8½—10½ Uhr, im Rosenthaler Kludhaus, Rosenthalerstr. 11/12, Einübung von Duetten. Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 170a und Südost-Schule, Waldemarstr. 14, Deutsch (Logik und Rethorik). Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Marienthorstr. 8. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 69.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstraße 130, 2 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserscher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Nord, Bergstraße 68, bei Keller. — Vorwärts 1, S.O. Adalbertstr. 21, bei Koll. — Kummer'scher Gesangverein, Langestraße 45, bei Tempel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstraße 2, bei Peter. — Maiglöckchen, Hochstr. 32a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit Putzer, Seydelstr. 36. — Palme, in Betten, bei Schröder. — Morgenroth 4, Köpenick, Müggelheimerstr. 2 bei Held. — Gesangverein Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstr. 75. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — Gesangverein Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Retchert. — Gesangverein Freie Sänger in Schmargendorf, Wirthshaus Friedrichs. — Zukunft 1, Steglitz, Ahornstr., im Gambrinus. — Gesango. Collegia 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Vereinte Sangesbrüder Moabit, Stromstr. 29 bei Lang. — Sängerverein Sorgenfrei, Melchiorstr. 15 bei Stehmann. — Vineta, Veteranenstraße 19 bei Schulz. — Freie Liedertafel, Neue Königstraße 73 bei Hahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengert's Volksgarten. — Sängerchor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Kölig. — Brauer-Gesangverein Gerstenähre, Alte Jakobstr. 83 b. Wienecke. — Johanni, Rüdersdorferstraße 45, Gesellschaftshaus „Ostend". — Einigkeit, Gr.-Lichterfelde bei Gries, Giesensdorf. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus — Maiengruß, Köpenick, Grünstraße 55 bei Paul. — Arion, Wittenberge, Thurmstraße 23, Zentralhalle. — Oberon, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Frisch, Naunynstr. 66 bei Frau Zudell. — Freya 2 (gem. Chor), Rixdorf, Bergstraße 133, Hoffmann's Festsäle (Inhaber Runge). — Lorelei, Grünstraße Nr. 4. — Gesangverein der Klempner und Berufsgenossen, Siemensstraße Nr. 17 bei Biek. — Lustige Sänger, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 18 bei Glaser. — Deutsche Liedertafel, Grüner Weg Nr. 29, Restaurant Saeger. — Sängerkreis (Weißensee), Königschaussee Nr. 46 bei Dorn. — Apollo, Grünstraße Nr. 21 bei Sommer. — Rheingold (vorm. Mohe'sches Doppel-Quartett), Büschingstr. 7 bei Jakob. — Sängerkette, Fottbuser Damm 74 bei Hilfe. — Spandau in Spandau, Neumeisterstr. 5, Restaurant Radtke. — Lorbeerzweig, Siemenswerderstr. 25 bei Quetisch. — Melodia, Rixdorf, Bergstr. 133, Hoffmann's Festsäle. — Oranke, Weißensee, Königs-Chaussee 19 bei Kriedemann. — Stralauer Liedertafel, Rummelsburg, Berlinerstraße bei Felsecke. — Syrene, Linienstraße 19 bei Neumann. — Lieder'scher Männerchor, Ackerstr. 123 bei Stümke. — Gesangverein Moabit, Havelbergerstr. 21.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Gent, Adalbertstr. 35. **Freitag:** Vergnügungsverein Frisch auf, Abends 9 Uhr, Ohmgasse 2 bei Krebs. — Skatklub Kairo, Abends 8 Uhr bei Flick, Simeonstr. 22.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — Männerchor Waldesrauschen, Abends 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87. — Privat-Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Pantuseestr. 35. — Theaterverein Vulkania, 9 Uhr, Jäger's Gesellschaftshaus, Gartenstraße 13—14. — Theaterverein Freier Wille, jeden Freitag Abend 9½ Uhr bei Sauermann, Adalbertstr. 8.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10. — Kraft- und Artistenklub Berolina jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Grützner, Waldemarstr. 42. — Turnverein Germania (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes) turnt Dienstags und Freitags Abends von 8½—10½ Uhr Ackerstr. 67. — Turnverein Fichte (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes Deutschlands.) Die zweite Männer-Abtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag Abends von 8—10 Uhr in der Stallitzerstr. 35/36.

Vergnügungsverein Veilchen, Abends 9½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 183 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr Alte Jakobstr. 128 (Logenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, Abends 9 Uhr im Restaurant Holzbächer, Dresdenerstraße 2. — Lepidopt. Vereinigung Orion, Abends 9 Uhr Sitzung Charlottenstr. 95, Restaurant Effenberg. — Musikverein Hoffnung, Abends von 9—11 Uhr Uebungsstunde Prenzlauerstraße 35—37 bei Schneider. — Vergnügungsverein Berolina-Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstraße Nr. 28, Sitzung. Nach derselben Tanz. — Tanzlehrer-Verein Solidarität, Abends 8½ Uhr im Lokale von Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16, Sitzung. — Rauchklub Rothe Fahne, Freitag Abends 9 Uhr, Tunnelhr. 48 bei Kricheldorff. — Ruderverein Vorwärts, Sitzung Abends 9 Uhr, in der Spreeterrasse, Jannowitzbrücke. — Gesangverein Freya (gemischter Chor) Rixdorf, Abends 9 Uhr, bei Barta, Bergstr. 120. — Vergnügungsverein Im Grand, Sitzung Abends 9 Uhr, bei Fr. Germer, Landsbergerstr. 105.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrns Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Eingelaufene Druckschriften.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämmtliche der Redaktion zugehende literarische Neuigkeiten an. Wir bitten unsere Leser die Nennung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbestätigung aufzufassen.

Blos über diejenigen Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichen wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, Kritiken. Genügt einer Verlagsbuchhandlung die Anführung der übersandten Rezensionsexemplare in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Neuerscheinungen des Verlages absehen zu wollen.

Die Juden und die körperliche Arbeit. Von Prof. Dr. W. Pohlmann. Berlin. Verlag von M. Harrwitz, Potsdamerstraße 41a.

Ein Ei des Kolumbus. Soziale Betrachtungen von Karl Erdmann. Berlin. Verlag des Bibliographischen Bureaus.

Die Korruption in der Presse. Von Emil Zimmermann. Leipzig. (Im Selbstverlag.) Börnerstr. 30.

Rathgeber für Arbeiter im Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung. Braunschweig. Verlag von A. Günther. Preis 50 Pf.

Liebknecht, Volks-Fremdwörterbuch. Heft 7 und 8.

Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871. Heft 7 u. 8.

Ueber die sozialdemokratische Bewegung und die Nothwendigkeit gründlicher Reformen. Von M. Müller sen. Kiel u. Leipzig. Verlag von Lipsius u. Tischer.

Die Erlösung der Menschheit vom Fluche des Alkohols. Von Dr. med. H. Wehberg. Berlin. Verlag Louis Heuser, Oberwallstr. 14/16.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.